

Proletarier aller Länder vereinigt euch! Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker vereinigt euch!

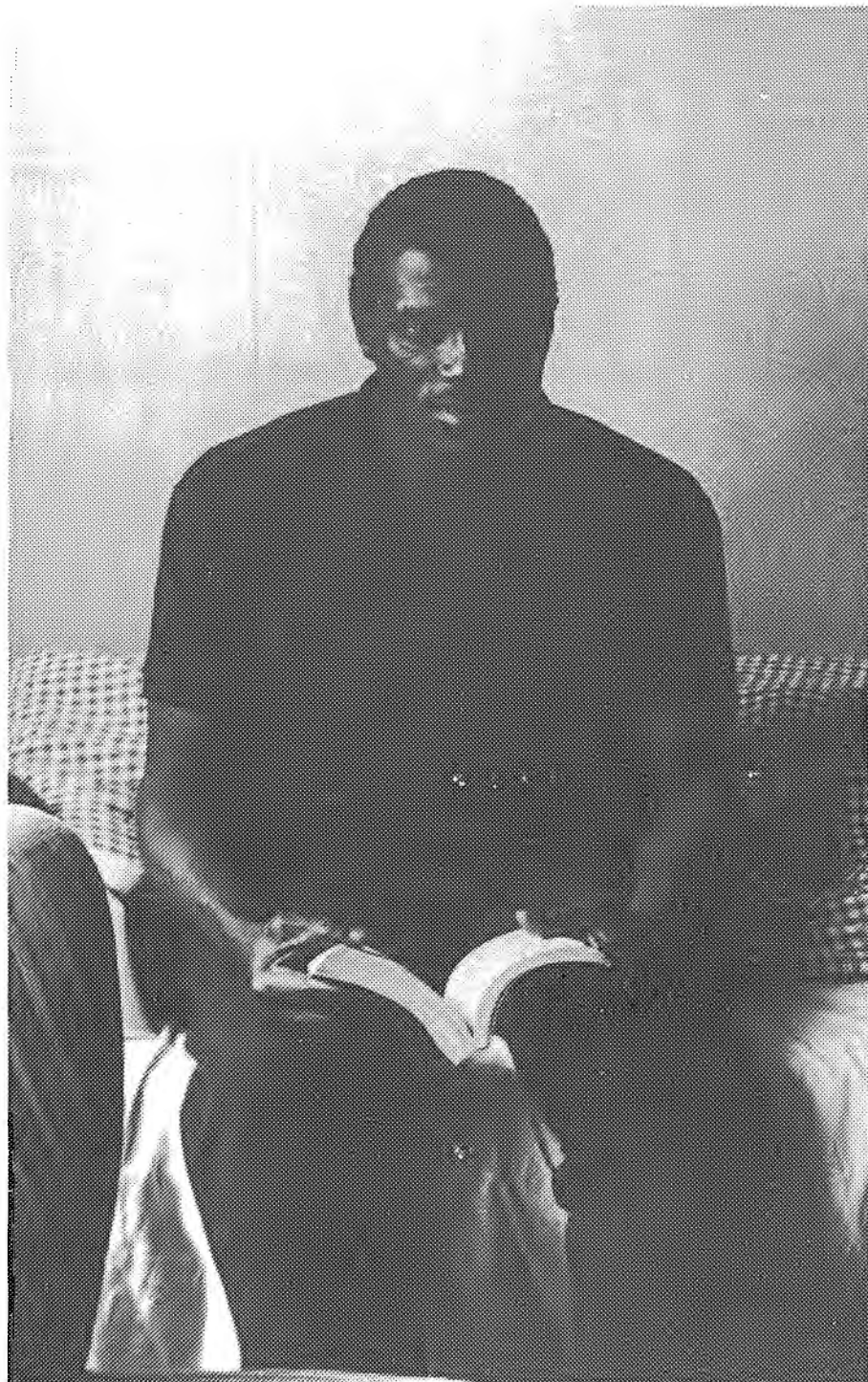
Politische Berichte



15. April 1988
Jg. 9 Nr. 8

G 7756 D

Preis:
2,50



Afghanistan: Die SU zieht ihre Truppen ab, USA versuchen, eine friedliche Lösung zu blockieren Seite 4



US-Präsidentenwahlen: Jesse Jacksons Erfolg in den Vorwahlen stört die Bourgeoisie Seite 8



SPD-Diskussion zu Lafontaines Thesen: Vogel & Co. umschiffen die Kritik an der unzureichenden Lohnhöhe Seite 10

Zeitschrift des Bundes Westdeutscher Kommunisten (BWK)

Herausgegeben von der Bundesdelegiertenkonferenz des BWK, 5000 Köln 1, Zülpicher Str. 7, Telefon 0221/216442
Erscheint vierzehntäglich bei: GNN Gesellschaft für Nachrichtenerfassung und Nachrichtenverbreitung, Verlagsgesellschaft Politische Berichte m.b.H., 5000 Köln 1, Zülpicher Str. 7, Telefon 0221/21 1658.

Preis: 2,50 DM

Aktuelles aus Politik und Wirtschaft

Afghanistan: Die Sowjetunion zieht ihre Truppen ab. Die USA versuchen, eine friedliche Lösung zu blockieren. 4

Kapitalexport: Auslandsvermögen der Konzerne verdreifacht 7

Beamte: Kürzere Arbeitszeit nur bei Kürzung der Besoldung? . . . 7

USA-Präsidentswahlen: Jesse Jacksons Erfolg in den Vorwahlen stört die Bourgeoisie . . . 8

SPD: Gerecht verteilen? Vogel & Co. umschiffen Kritik an unzureichender Lohnhöhe . . . 10
Dokumentiert: SPD-Parteivorstand zu Arbeitszeit- und Lohnpolitik . . 11

Auslandsberichterstattung

Indien: Über die Ursachen der kommunalistischen Konflikte . . 12

Portugal: Generalstreik gegen neues Arbeitszeitgesetz 13

Ungarn: Große Steuerreform mit enormen Preissteigerungen . . . 14

Namibia: Minenarbeitergewerkschaft für Mindestlohn 14

Schweden: Waffenlieferungen im internationalen Verbund 14

Italien: Frauen-Power in Rom . . 15

Internationale Meldungen 16

Aus Verbänden und Parteien

Veröffentlichungen: Kriegsdienstverweigerer gegen Zivildienstübungen 18
Dokumentation gegen Angriffe auf Feyka-Kurdistan 18

Giftgas-Krieg gegen Kurden: Kurdische Organisationen in der BRD protestieren gegen Giftgas-Einsatz 19

Reportagen und Berichte regional

Regionale Nachrichten 21

Entgelttarifvertrag: HAW-Betriebsrat verhandelt über die Anhebung der unteren Lohngruppen 22

Oppositionelles Lokalradio: „Radio Z“ weiter auf Sendung . . . 22

Spendensammlung: Waffen für die APLA

In der letzten Ausgabe der „Politischen Berichte“ hatten wir das Spendenkonto veröffentlicht, auf das Spenden für die Azanische Volksbefreiungsarmee (APLA) überwiesen werden sollen. Bei allen Überweisungen auf dieses Konto muß der Name der Kontoinhaberin angegeben werden! Hier deshalb noch einmal das Spendenkonto: Christiane Schneider, Konto Nr. 1318-470448, Hamburger Sparkasse, BLZ 20050550, Stichwort: Azania. – (rül)

NPD und REP von zwei Wahlausschüssen abgelehnt

Zu den Landtagswahlen in Schleswig-Holstein haben DKP, UWSH, REP und NPD in allen Wahlkreisen die erforderlichen Unterschriften eingereicht; die ÖDP, FSU und SHP in einigen Wahlkreisen. Für die Nichtzulassung von NPD und REP waren Unterschriftensammlungen durchgeführt und den entsprechenden Kreiswahlausschüssen bekanntgegeben worden. Der Landeswahlausschuß hatte am 30.03. alle o.g. Parteien zugelassen. Am 08.04. tagten die Kreiswahlausschüsse. In Lübeck sind mit einer rot-grünen Mehrheit je vier Kandidaten von NPD und Republikanern „aus politischen Gründen“ (gem. § 139 GG in Verbindung mit Rechtsvorschriften des Alliierten Kontrollrates) nicht zugelassen worden, obwohl die Formalien in Ordnung waren. In Rendsburg wurden ebenfalls vier Kandidaten der NPD aus gleichen Gründen abgelehnt; die REP wurden zugelassen. Die abgelehnten Parteien kündigten Beschwerde dagegen an. Die Frist läuft am 11.4. ab. Am 14.04. tagt nun nochmals der Landeswahlausschuß, der über die Nichtzulassung beraten wird. Die REP haben bei Nichtzulassung in Lübeck schon angekündigt, gerichtliche Schritte für Wahlverschiebung einzuleiten, falls der Landeswahlausschuß die Kreiswahlbeschlüsse nicht aufhebt. In Lübeck haben die REP nach eigenen Aussagen 80% ihrer Mitglieder aus dem BGS-Bereich. – (ale)

Westberlin: Ärztekammer für NS-Entschädigung

Auf einer Veranstaltung der Ärztekammer von Westberlin „Früher minderwertig – heute gleichwertig?“ forderte der Kammerpräsident eine Änderung der Entschädigungspraxis gegenüber den Euthanasiegeschädigten und Zwangssterilisierten aus der Faschistenherrschaft. Die gesetzliche Grundlage, das „Gesetz zur Verhinderung erbkranken Nachwuchses“, wurde bis heute nicht durch den Deutschen Bundestag für nichtig erklärt. Die jetzt noch etwa 80000 lebenden Opfer haben keinerlei Rechtsanspruch

auf Entschädigung. Einige von ihnen erhielten aus einem Härtefond der Bundesregierung einmalig 5000 DM. Maßgeblich beteiligt an dieser Situation waren und sind Ärzte, die im Faschismus die Zwangssterilisationen ermöglichten und später nicht bereit waren, sich in Gutachten für eine Entschädigung der Opfer – meist Blinde, Taube, Behinderte, Alkoholiker, Nichtseßhafte sowie Sinti und Roma – auszusprechen. Die Opfer leben meist in bitterster Not, wie die Initiatorin des Bundes für Euthanasiegeschädigte äußerte. Sie waren gezwungenermaßen kinderlos, meist ehelos.



Sinti und Roma fordern Entschädigung – auch für Zwangssterilisierung durch die Faschisten.

Der „Bund für Euthanasiegeschädigte“ wurde im Februar 1987 gegründet. Das Finanzamt versagte ihm zunächst die Gemeinnützigkeit, während das für die HIAG, eine Nachfolgeorganisation ehemaliger SS-Angehöriger, kein Problem war. Auf den Delegiertenversammlungen der Berliner Ärztekammer steht das Thema „Medizin im Nationalsozialismus“ auf der Tagesordnung. (Aus: Informationsdienst Gesundheitspolitik – elf, uld)

IG Metall gegen neues Ausländerwahlrecht

Willi Sturm, Vorstandsmitglied der IG Metall, forderte im Namen des Vorstands „alle Demokraten quer durch die Parteien“ auf, gegen die Planungen von Bundesinnenminister Zimmermann zum Ausländerwahlrecht aufzutreten. Die IG Metall wendet sich insbesondere gegen die Forderung, künftig für Kinder ausländischer Arbeiter bis zu 16 Jahren eine Paß- und Visumpflicht einzuführen. Sturm kritisierte das Vorhaben, die Altersgrenze für nachfolgende Kinder auf sechs Jahre zu senken, mit dem Hinweis: Der Verfassungsgrundsatz, nach dem die Familie die erste und wichtigste Lebensgemeinschaft in Staat und Gesellschaft sei, werde damit für einen großen Teil der ausländischen Arbeiter und ihrer Familien außer Kraft gesetzt. Das Argument wendet sich vor allem an die kirchlichen und

liberalen Kräfte. Deutlich bezog die IG Metall Position gegen die Ausweisungsbestimmungen: Zimmermanns Vorschlag, auch arbeitslosen Ausländern nach acht Jahren die Aufenthaltsberechtigung zu erteilen, werde durch die an anderer Stelle stehende Regelung ausgehebelt, wonach der mehr als ein Jahr andauernde Bezug von Arbeitslosenhilfe als Ausweisungsgrund festgeschrieben werde. Der neu hinzugekommene Ausweisungstatbestand der „Herabwürdigung der Bundesrepublik Deutschland und ihrer Verfassungsorgane“ öffne dem Denunziantentum Tür und Tor und dürfe darum kein Bestandteil des Ausländerrechts werden. Unklar ist, warum die IG Metall nicht gegen die vorgesehenen Ausländerbeiräte Stellung nimmt, weil das Innenministerium diese Einrichtungen als Alternative zum kommunalen Wahlrecht für Ausländer versteht, für das die IG Metall eintritt. – (Quelle: Unsere Zeit vom 7.4.88 – uld)

Rebmanns „Kalter Krieg“ mit bundesweiten Razzien

Die Jagd auf angebliche Ost-Agenten bot Generalbundesanwalt Rebmann Gelegenheit zur erneuten Durchführung bundesweiter Razzien und den Staatssicherheitsbehörden die Möglichkeit, erheblichen Druck auf alle Leute auszuüben, die irgendwelche freundlichen Kontakte in Staaten des RGW haben.

33 „Objekte“ hat Rebmann in einer koordinierten Aktion durchsuchen lassen. Die Durchsuchungen erfolgten ohne richterlichen Beschluß, mit der Begründung „Gefahr im Verzug“. Immerhin ist aus den jetzt bekanntgegebenen Tatsachen ersichtlich, daß die Aktion wochenlang in Absprache mit dem Verfassungsschutz und dem Bundesinnenministerium geplant worden ist. Die Begründung „Gefahr im Verzug“ kann unter solchen Umständen nur bedeuten, daß die Bundesanwaltschaft keine Gerichte einschalten wollte – womöglich, weil die Beweis-

lage viel zu dünn war, um richterliche Beschlüsse zu erwirken. Das Ergebnis der Razzia: Sechs Leute sind noch immer in Haft, zwei Festgenommene vorläufig freigelassen. Ein Anwalt hat Dienstaufsichtsbeschwerde gegen Rebmann eingereicht. Der Distel-Verlag, der Pahl-Rugenstein-Verlag und der Verlag Arbeiterbewegung und Gesellschaftswissenschaft protestieren in einer gemeinsamen Erklärung gegen vorläufige Festnahme von Dr. Gert Meyer. Die Erklärung dokumentieren wir im folgenden vollständig:

„Im Rahmen der bundesweiten Ermittlungen, die von der Generalbundesanwaltschaft in den letzten Tagen durchgeführt wurden, ist auch ein Autor und langjähriger Mitarbeiter unseres Verlages, Dr. Gert Meyer, am 24. März vorläufig festgenommen worden. Er wurde am folgenden Tag wieder freigelassen. Gleichwohl ist das Verfahren gegen ihn nicht abgeschlossen.

Der Wissenschaftler hat sich insbesondere durch wesentliche Studien zur Geschichte der Politik der Sowjetunion ausgewiesen. Mit seinen wissenschaftlichen Arbeiten und seinem öffentlichen Auftreten hat er seit Jahren zur Politik der Entspannung und der Aussöhnung beigetragen. Wir möchten vor Versuchen warnen, wissenschaftliche oder politische Kontakte zur Sowjetunion in die Nähe von Gesetzesübertretungen zu rücken und damit die Wissenschaftsfreiheit in Frage zu stellen. Dies würde die in den letzten Jahren entwickelten Verbindungen zwischen Wissenschaftlern aus der Bundesrepublik und den östlichen Nachbarstaaten gefährden.

Unabhängig vom Ausgang der Ermittlungen sind wir der Meinung, daß hinter der Aktion Bestrebungen stehen, den Entspannungs- und Abrüstungsprozeß anzuhalten sowie verlorengegangene Zerr- und Feindbilder neu zu beleben.

Die Integrität unseres Autors Dr. Meyer steht für uns außer Zweifel.“ – (uld)

Rheinhausen: Der Krupp-Vorstand hält an der Stilllegung fest .23

CIMEX-Prozeß: Innenminister verweigert Einsicht in Szenarien .23

Giftstoffe bei Bosch: Gesundheitliche Schäden nehmen zu, die Ursachen werden verdeckt24

Beschäftigungsplan Grundig: „Verbesserte Wettbewerbsfähigkeit“ 25

Revanchismus: Schlesiermuseum soll nach Hildesheim25

§ 129a-Verfahren: NRW-Innenminister Schnoor praktiziert eine Seite seiner „Differenzierung“: Zerstörung durch Isolation26
„NRW-Linie“ bei staatlicher Unterdrückung27

Nachrichten aus der Arbeiterbewegung29

VG Karlsruhe: Die NPD soll Anspruch auf städtische Räume haben 29

Aus Kultur und Wissenschaft – Diskussionsbeiträge

Dänische Karikaturen: Widerstand gegen die deutsche Besatzungsmacht30

Ausländerrecht: Verfassungsgericht erklärt Ausländerstopp zum Staatsziel31

Hermann Löns: Wiedergeburt zur Verbreitung völkischer Sichtweisen 32

Spezialberichte

Wahlen Baden-Württemberg: Gegen die Formierung von Reaktion und Faschismus Antifaschismus zu einem Sammelpunkt des Widerstandes machen34
Starke Kräfte in der CDU für Hinwendung zu ganz rechten und faschistischen Positionen34
NPD: Erschreckendes Ergebnis . . .35
ÖPD und „Christliche Liga“ gegen Arbeiterinteressen, für Opfer, Dienst und Verzicht36
Republikaner: Bindeglied zwischen Konservatismus und Faschismus .37
Radikalisierung im bürgerlichen Lager39

Titelbild: Asylbewerber im Sammel-lager Stuttgart-Wangen. Foto: Arbeiterfotografie, 1987

Anzeige

Leseheft zum Thema

Frau – Mann – Jungfräulichkeit – Ehe – Gesetz und Moral
– ihrem Woher und Wozu und was daran Gut und Böse sei . . .

mit Texten aus der Bibel, von Plato, Aristoteles, Tertullian, Ambrosius, Hieronymus, Augustinus, Thomas von Aquin, Martin Luther.

Gebunden, 150 Seiten, 15,- DM. Einmalige, begrenzte Auflage.

Bestellungen bis zum 30.04.88 an:

GNN-Verlag, Postfach 260226, 5000 Köln 1.

Später eingehende Bestellungen können nicht berücksichtigt werden.

Genfer Abkommen

Die Sowjetunion zieht ihre Truppen aus Afghanistan zurück. Die USA versuchen, die friedliche Lösung zu blockieren.

Bis Mitte April wollen Afghanistan und Pakistan und womöglich die Außenminister der UdSSR und der USA ein Abkommen über die friedliche Beilegung des Afghanistan-Konflikts unterzeichnen. Dieses Abkommen wurde im Laufe der letzten sechs Jahre in indirekten Verhandlungen zwischen Pakistan und Afghanistan unter Vermittlung der UNO ausgehandelt und enthält vier Dokumente zu den Komplexen: gegenseitiger Verzicht auf Einmischung und Intervention, Regelung der Rückkehr der afghanischen Flüchtlinge, internationale Garantien für das Abkommen durch die USA und UdSSR, sowjetischer Truppenrückzug aus Afghanistan. Ob das Abkommen jedoch das Ende des Krieges wirklich erreicht, ist noch keineswegs gesichert.

Je stärker in den letzten Jahren der Wille der Sowjetunion wurde, ihre Militärintervention in Afghanistan zu beenden, desto deutlicher trat ein Interesse der USA an der Fortsetzung der Kampfhandlungen und an der Fortsetzung der sowjetischen Verwicklung zutage. So haben die USA, nachdem drei von vier Dokumenten schon fertiggestellt waren, den Abschluß des Abkommens jahrelang durch die Forderung blockiert, daß die Sowjetunion ihren Rückzug binnen kürzester Frist (drei bis sechs Monate) durchzuführen habe, was nach ihrem Kalkül der Preisgabe der afghanischen Regierung gleichgekommen wäre. Inzwischen ist die Sowjetunion den US-amerikanischen Forderungen weit entgegenge-

kommen.

Sie will den Truppenrückzug, die Unterzeichnung des Abkommens vorausgesetzt, am 15. Mai beginnen und innerhalb von zehn Monaten abschließen. Dies hatte Gorbatschow am 8.2.88 angeboten und am 7.4. mit der afghanischen Regierung verbindlich vereinbart. Dabei soll die UdSSR inoffiziell zugesichert haben, daß sie die Hälfte der über 100000 Soldaten in den ersten fünf Monaten abzieht. (1)

Nachdem sich im letzten Jahr abzeichnen begann, daß die UdSSR ihren ursprünglichen Zeitplan, der einen Abzug im Verlauf von vier Jahren vorsah, ändern würde, stellten die USA neue Bedingungen. Obwohl die



Die pakistanische Regierung wird derzeit von den USA mit neuen F-16-Kampfflugzeugen ausgerüstet.

Vereinbarung zwischen Pakistan und Afghanistan über den gegenseitigen Verzicht auf Einmischung und Intervention beinhaltete, daß die USA ihre Unterstützung für die moslemischen Widerstandsorganisationen einstellen, machten sie jetzt zur Voraussetzung, daß die UdSSR ihre durch Verträge geregelte wirtschaftliche und militärische Hilfe an die afghanische Regierung ebenfalls zu beenden habe. Andernfalls wollten die USA ihre Waffenlieferungen fortsetzen. Auch das verzögerte und gefährdete das Abkommen. Nach monatelangem Weigern hat die Sowjetunion schließlich auch dieser Bedingung nachgegeben: Damit werden die moslemischen Widerstandsorganisationen auch weiterhin von den USA aus- und ausgerüstet.

Dies schafft eine gefährliche Situation. Denn die von den Imperialisten bezahlten und von afghanischen Großgrundbesitzern geführten Widerstandsorganisationen lehnen das Abkommen rigoros ab und erklären sich für nicht daran gebunden. Während also die UdSSR ihre Truppen abzieht und die derzeitige afghanische Regierung sich auf eine friedliche Lösung und die Bildung einer breiten Koalitionsregierung verpflichtet, befähigen die USA ihre Verbündeten zur Fortsetzung des Krieges und rufen öffentlich zur Vernichtung der antiimperialistischen Kräfte auf. (2) Sie brechen damit das Abkommen, bevor es unterzeichnet ist.

Eine weitere Provokation, ebenfalls darauf angelegt, das Abkommen zu

Gauweiler will „Programm gegen nationale Dekadenz“

In einem Interview mit der Zeitschrift „Esquire“ hat sich Peter Gauweiler (CSU) für „ein Programm zur Überwindung der nationalen Dekadenz“ ausgesprochen. Der SPD-Fraktionsvorsitzende im bayerischen Landtag, Hiersemann, erklärte, daß diese Sprache rechtsradikalem und antidemokratischem Gedankengut zuzuordnen sei. Gauweiler verteidigte seine Forderung in einem weiteren Interview mit der „Augsburger Allgemeinen“ mit dem Hinweis, daß die Bundesrepublik sich in vielen Bereichen bereits in Verfall und Niedergang befinde. Die Immunschwächekrankheit Aids habe diese Entwicklung sichtbar gemacht. Die im zwanzigsten Jahrhundert geschaffenen Verhältnisse hätten dem Aids-Virus „ein ideales Biotop“ geboten. Jede Gesellschaft würde von den Seuchen geplagt werden, für deren Verbreitung

sie die Voraussetzungen liefere. „Internationaler Sex-Tourismus“, „Verwahrlosung ganzer Stadtviertel“, „öffentliche Prostitution“, „publizistische Beförderung auch der widerlichsten geschlechtlichen Erniedrigung“ und „völlige Gefühllosigkeit gegen rohe Gewalt“ seien der Humus für Aids. – (dil)

Schnoor will Verfassungsschutz für Kapitalisten

Der nordrhein-westfälische Innenminister Schnoor verteidigte Verfassungsschutz-Spitzelei gegenüber Leuten, die sich beim Mannesmann-Konzern bewerben. Nach seiner Auskunft hat er die Überprüfung von Beschäftigten durch den Verfassungsschutz für insgesamt zehn Unternehmen in NRW genehmigt, darunter auch für die Firma Mannesmann. Die Überprüfungen geschehen ohne Wissen der Bewerber und meist ohne Wissen der Betriebsräte. Bei Mannesmann

werden nach einem Bericht von „Monitor“ am 5.4. alle Beschäftigten überprüft. Laut „Welt“ vom 7.4. forderte Schnoor, daß der „rechtlich unsichere“ Zustand der Benutzung des Verfassungsschutzes durch Privatunternehmen aufhören müsse. Er forderte eine bundeseinheitliche Regelung. Schnoor ist der erste SPD-Innenminister, der so für die im Referentenentwurf des Bundesinnenministeriums vorgesehene Erlaubnis solcher Spitzelei eintritt. – (uld)

Bundesbank: Gewinn sinkt nur vorübergehend

Weil sie ihre Guthaben an Dollar-Wertpapieren stets zum niedrigsten Wert bilanzieren muß, wird die Bundesbank in diesem Jahr „nur“ ca. 240 Mio. DM Gewinn an den Bundeshaushalt abführen. 50 Mrd. Dollar Wertpapiere der Bundesbank, bisher zu 1,72 DM je Dollar bilanziert, stehen nun mit 1,58 DM je Dollar, dem



Die USA liefern den moslemischen Widerstandsorganisationen Waffen im Werte von jährlich 600 Mio. \$.

blockieren, konnte die Sowjetunion allem Anschein nach gerade noch zurückschlagen. Im Februar, kurz vor Beginn der letzten Verhandlungsrunde, lancierte die Reagan-Administration eine öffentliche Debatte über eine neuerliche Bedingung: „Tatsächlich ist“, schrieb z.B. die „FAZ“ (3), „die Einigung auf eine Übergangsregierung in Kabul, in der die Kommunisten, wenn überhaupt, nur eine unter mehreren Parteien sein könnten, Voraussetzung dafür, daß die Genfer Verhandlungen abgeschlossen werden können.“ Die unverblümte Aufforderung an die Sowjetunion, die antiimperialistischen Kräfte in Afghanistan selbst aus dem Wege zu räumen, wurde von Pakistan unverzüglich übernommen und in die Verhandlungen hineingetragen. Doch diesen Preis zahlten die Sowjetunion und Afghani-

stan nicht.

Entgegengesetzte Interessen von USA und Sowjetunion

Die Absicht der Sowjetunion, ihren Militäreinsatz in Afghanistan so schnell wie möglich zu beenden, wird nicht einmal mehr von der imperialistischen Presse bestritten. Seit geraumer Zeit wächst in der sowjetischen Öffentlichkeit die Kritik an der Intervention. Es wird berichtet, daß die Frage nach „Sinn und Kosten der Entsendung der Truppen“ auf Versammlungen offen erörtert wird. (4) Verschiedene sowjetische Zeitungen, ja selbst Partei- und Staatsführung bezeichneten den Einmarsch als Fehler, der, so z.B. die „Literaturnaja Gaseta“, aus einer falschen Einschätzung der Lage resultiert habe. (4) Dafür spricht einiges. So geben auch westliche Be-

obachter zu, daß der sowjetische Einmarsch in Afghanistan 1979 nach der Art der Durchführung und der Bewaffnung der Truppen eindeutig auf die Abwehr eines äußeren Angriffs, nicht aber auf das Eingreifen in einen Bürgerkrieg ausgerichtet war. (5) Worin aber bestand die falsche Einschätzung der Lage, und inwiefern ist die UdSSR heute imstande, ihren schwerwiegenden Fehler zu korrigieren und ihre Intervention zu beenden?

Die NATO hatte 1979 den Beschluß zur Stationierung atomarer Mittelstreckenraketen in Westeuropa gefällt. Damit bedrohten die Imperialisten die sowjetischen Industriezentren westlich des Ural. Angesichts dessen wurde für die Sowjetunion die Sicherung ihres strategischen Hinterlandes östlich des Ural – wie schon einmal im Krieg gegen den Hitlerfaschismus – lebenswichtig. Den massiven Versuch der USA, sich nach der Niederlage des Schahs in Iran in Afghanistan eine neue Basis zu schaffen, von der aus sie das sowjetische Hinterland bedrohen konnten, mußte die UdSSR unweigerlich als große Gefahr ansehen. Diese Gefahr versuchte sie mit dem Einmarsch in Afghanistan zu bannen.

Es ist nicht mehr auszuschließen, daß die USA auf eine solche Reaktion spekuliert und eine solche Reaktion herbeizuführen versucht haben. Die sowjetische Intervention hat die Revolution in Afghanistan zurückgeworfen, sie hat die internationale Einheitsfront gegen den Imperialismus geschwächt, und sie hat nicht zuletzt die Sowjetunion politisch viel gekostet und der sowjetischen Gesellschaft hohe Kriegskosten aufgebürdet.

Den USA und den anderen imperialistischen Mächten hat die sowjetische Militärintervention erleichtert, sich mit verhältnismäßig geringem

tieftsten Kurs des Dollars im letzten Jahr, in der Bilanz. Bleibt der Dollarkurs in diesem Jahr über 1,58 DM – bisher sieht es so aus – so kann Stoltenberg im nächsten Jahr erneut ca. 7 Mrd. DM Bundesbankgewinn erwarten. – (rül)

1987: BRD erneut Exportmacht Nr. 1

Im Jahr 1987 waren BRD-Konzerne erneut die Nr. 1 im Warenexport. Westdeutsche Konzerne vereinten 12,0% aller weltweit getätigten Warenexporte auf sich. An zweiter Stelle folgen US-Konzerne mit einem Anteil von 10,3%, an dritter japanische Konzerne mit 9,5%. Gegenüber 1980 haben die westdeutschen Konzerne damit ihren Warenexport absolut um 50% auf 527 Mrd. DM und anteilig von 9,7% auf jetzt 12,0% gesteigert. Laut OECD rangieren westdeutsche Konzerne bei folgenden Produkten auf Nr. 1: organische Chemikalien, Farb-

stoffe, Farben, medizinische und pharmazeutische Erzeugnisse, Kunststoffe, chemische Erzeugnisse insgesamt; Spezialmaschinen, Metallbearbeitungsmaschinen, sonstige Industriemaschinen; NE-Metallwaren, sonstige Metallwaren, Kautschukwaren, Kork, Holzwaren, Garne, Gewebe. Bei Parfüm und Körperpflegemitteln, Kraftmaschinen, Nachrichtentechnik, elektrischen Maschinen und Apparaten, Straßenfahrzeugen, Leder und Lederwaren, Papier und Pappe, Eisen und Stahl, Möbeln, Bekleidung liegen westdeutsche Konzerne auf Platz 2 im Weltexport. (Iwd, 7.4.88 – rül)

Ausländergesetz: Ausweisung wird erleichtert

Die Regierungskoalition will bis zum Sommer ein neues Ausländergesetz vorlegen. Das Innenministerium will darin auf jeden Fall die beschleunigte Ausweisung all jener Ausländer verankern, die sich nicht unter der

sozialen und politischen Entrechtung in der BRD beugen wollen und die auch in der BRD gegen die Unterdrückung in ihren Heimatländern kämpfen wollen. Zimmermann will, so meldet die „Welt“ am 2.4., „die Ausweisung von Extremisten zur Pflicht für die Kommunen machen. Dem CSU-Politiker sind beispielsweise die Aktivitäten der kommunistischen Kurdenorganisation PKK ein Dorn im Auge, deren Mitglieder in der Regel nicht des Landes verwiesen werden.“ Die FDP-Politiker Baum und Hirsch legten am 6.4. „Positionen einer liberalen Ausländerpolitik“ vor. Darin ist gegen die oben zitierten Forderungen Zimmermanns nichts enthalten. Aufenthaltsrecht und Schutz vor Ausweisung soll erst nach zehn Jahren in der BRD sicher sein. Wohl aber will die FDP wie die Unionsparteien die verstärkte Differenzierung zwischen sogenannten EG-Ausländern und anderen. – (uld)



Nach zurückhaltenderen westlichen Schätzungen sind 20000 bis 30000 sowjetische Soldaten in Afghanistan gefallen.

Einsatz in der Region festzusetzen: Die USA verfügen heute über große, von ihnen abhängige bewaffnete Banden in Afghanistan, sie haben Pakistan in eine waffenstarrende Bastion ihrer imperialistischen Interessen verwandelt, und unter maßgeblicher Beteiligung der BRD haben die Imperialisten durch den Putsch 1980 den NATO-Stützpunkt Türkei gefestigt und ausgebaut.

Mit dem Abkommen über die Abrüstung der atomaren Mittelstreckenraketen jedoch hat sich die Sowjetunion neuen Handlungsspielraum verschafft. Die verminderte Bedrohung ihrer westlichen Zentren vermindert zugleich die Bedeutung ihres strategischen Hinterlandes und erleichtert so ihren Rückzug aus Afghanistan.

Die Imperialisten dagegen konfron-

tiert der sowjetische Rückzug mit einem Problem. Das „Wall Street Journal“ warnt vor „Risiken“, der „International Herald Tribune“ sieht die USA vor „schmerzvolle Alternativen“ gestellt. (3) Die „FAZ“ prophezeit zwar siegesicher: „Ziehen die Russen tatsächlich vollständig ab, werden die afghanischen Kommunisten vermutlich bald am Ende sein“, stellt dann aber ahnungsvoll die entscheidende Frage: „Was aber, wenn sich das Regime Najibullahs in Kabul dann wider Erwarten doch noch Jahre hält ...?“ (3)

Tatsächlich hat die imperialistische Propaganda bisher nur behauptet, daß die afghanische Regierung von Moskau Gnaden eingesetzt sei und sich ohne sowjetische Militärhilfe keinen Tag halten könne. Ausgemacht ist das

nicht. Mit Sicherheit hat die sowjetische Intervention das nationale Bewußtsein der Afghanen verletzt und scharenweise auch Werktätige in die Arme der Konterrevolution getrieben. Aber werden die Massen die Gelegenheit des sowjetischen Rückzuges dazu nutzen, sich in die Abhängigkeit vom Weltmarkt und unter den Militärstiefeln der USA zu begeben? Die afghanische Regierung sieht sich stark genug, den Widerstandskräften eine Koalition anzubieten. Das könnte die Konterrevolutionäre isolieren.

Quellenhinweis: (1) Wall Street Journal, 22.2.88; (2) Nachrichten v. 11.4.88; (3) FAZ, 24.2.88.; siehe auch: WSJ, 22.2.88, International Herald Tribune, 24.2.88; (4) Süddeutsche Ztg., 18.2.88; (5) Österr. Militärische Zeitschrift, 2/80 – (scc)

Feyka Kurdistan: Vier neue Verhaftungen

Mit Datum vom 6. April teilt die Bundesanwaltschaft die Verhaftung von drei weiteren Kurden wegen Verdacht auf Verstoß gegen § 129 a mit. Alle drei Verhafteten sollen an angeblichen „Bestrafungsaktionen“ gegen angebliche „Abweichler“ in der PKK teilgenommen haben. Ihnen wird deshalb zusätzlich „Freiheitsberaubung“ und „Nötigung“ zur Last gelegt. Stolz behauptet die Bundesanwaltschaft, einer der nun Inhaftierten habe „im Sommer 1987 die Führung (der PKK, d. Red.) im ‚Gebiet Deutschland‘ übernommen.“ Mehr beiläufig teilt Rebmann gleichzeitig mit, gegen zwei der im Februar Inhaftierten seien die Haftbefehle „außer Vollzug“ gesetzt worden. Einer der Freigelassenen war beschuldigt, als Kurier einen Mordauftrag nach Rüsselsheim übermittelt zu haben. Der andere Freigelassene

war noch im Februar laut Rebmann „dringend verdächtig“, zum „Kern“ der gesuchten „terroristischen Vereinigung“ zu gehören. Am 7. April nahm das BKA einen vierten Kurden unter noch unbekannten Vorwänden fest. Offenbar sollen die neuen Verhaftungen helfen, endlich die dringend benötigten „Beweise“ für die bisherigen Inhaftierungen aufzutreiben. – (rül)

Freistaat Bayern lockert Kurdistan-Informationsverbot

München. Als Grund für das Verbot der Kurdistan-Veranstaltung am 26.2. hatte die Münchner Ordnungsbehörde Ermittlungen der Staatsanwaltschaft wegen staatsverleumderischen Äußerungen im Einladungsflugblatt genannt. Inzwischen sind die Ermittlungen eingestellt worden. Die Ordnungsbehörde der Stadt München hat auf Anfrage erklärt, daß ihr zum gegenwärtigen Zeitpunkt sonst kein Grund für ein Verbot bekannt sei.

Diese Erklärung erleichtert die Bemühungen, Kurdistan-Informationen unter allen Bedingungen fortzusetzen, zum Beispiel, weil die einschüchternde Wirkung eines Verbotes auf die Saalvermieter abnimmt. – Die Aktionseinheit, der im März eine Diskussionsveranstaltung ausgerechnet über Versammlungsfreiheit verboten wurde, arbeitet jetzt ebenfalls auf die Durchsetzung einer legalen Ersatzveranstaltung zu Kurdistan hin. – (maf)

Genscher und Apel für „Europäische Zentralbank“

Unter den bürgerlichen Politikern mehren sich die Stimmen, die die Schaffung einer „Europäischen Zentralbank“ wünschen. Der französische Staatspräsident Mitterand hatte diesen Plan vor einiger Zeit aufgebracht. Bundesregierung und Bundesbank hatten eher hinhaltend erklärt, die „Unabhängigkeit der Bundesbank“

Kapitalexporte

Auslandsvermögen der Konzerne verdreifacht

Ende März veröffentlichte die Bundesbank ihre neueste Statistik über die Entwicklung des Auslandsvermögens westdeutscher Konzerne. Sie erfaßt sämtliche Auslandswerke westdeutscher Konzerne, die diese bis Ende 1986 hatten errichten lassen oder durch Kauf der Kapitalmehrheit erworben hatten. Auch wenn die Angaben nur bis 1976 zurückzuverfolgen sind – frühere Erhebungen der Bundesbank waren in vielerlei Hinsicht lückenhaft – bieten sie doch wichtige Erklärungen für die Machtsteigerung der Konzerne gegenüber den Lohnabhängigen in der BRD. Im einzelnen:

– 1976 beuteten westdeutsche Kapitalisten in ihren Auslandswerken 1,2 Millionen Lohnabhängige aus. 1986 hatten sie deren Zahl auf 1,8 Millionen gesteigert. Vergleicht man diese Entwicklung mit der Entwicklung der Zahl der lohnabhängig Beschäftigten in der BRD, so ergibt sich: 1976 entsprachen die 1,2 Millionen Lohnabhängigen in BRD-Auslandswerken einem Anteil 6,6% der in gewerblichen Unternehmen in der BRD ausgebeuteten Lohnabhängigen (also ohne staatliche und bei privaten Haushalten angestellte Lohnabhängige). 1986 entsprachen die 1,8 Millionen Lohnabhängigen im Ausland bereits 9,8% der gewerblichen Lohnabhängigen in der BRD.

– 1976 belief sich das Kapital der Auslandsunternehmen im Besitz westdeutscher Kapitalisten auf 49,1 Mrd. DM. Bis 1986 hatten die Kapitalisten ihre Auslandsvermögen auf 149,4 Mrd. DM gesteigert, also mehr als

verdreifacht. Zum Vergleich: Das Statistische Bundesamt beziffert den Wert aller Sachanlagen (also Gebäude, Maschinen, Grundstücke usw.) aller Aktiengesellschaften in der BRD (ohne Banken und Versicherungen) 1983 auf 185 Mrd. DM.

– 1976 meldeten die Kapitalisten für ihre Auslandswerke Umsätze von 174 Mrd. DM. Das entsprach 18,6% des Bruttosozialprodukts des gewerblichen Sektors in der BRD (also ohne private Haushalte und Staat). 1986 waren die Umsätze der Auslandswerke westdeutscher Kapitalisten – die Exporte westdeutscher Kapitalisten sind dabei noch gar nicht berücksichtigt! – auf 513 Mrd. DM angeschwollen. Dies entsprach nunmehr 31,5% des Bruttosozialprodukts im gewerblichen Sektor in der BRD.

Beachtet man weiter, daß der größte Teil dieser Auslandsniederlassungen Eigentum weniger, zumeist der größten Konzerne in der BRD ist, so bekommt man einen Eindruck davon, auf welcher Auslandsbasis der Hochmut und die freche Macht dieser großen Konzerne heute ruht. Zumal in der chemischen Industrie, der Elektroindustrie und der Automobilindustrie verfügen die großen Konzerne über Auslandswerke von einer Größenordnung, die ihnen erlaubt, Streiks in den einen Werken durch Streikbrückproduktionen in den Werken eines anderen Landes zu kontern, wenn nicht ganz zu brechen.

Noch in anderer Hinsicht ist die neue Statistik der Bundesbank lehrreich. Sie dokumentiert nämlich auch das wachsende Gewicht westdeutscher Konzerne im Ausland selbst. In Österreich etwa besaßen westdeutsche Konzerne danach 1986 insgesamt 1350 Unternehmen. Diese erzielten zusammen Umsätze von 29,9 Mrd. DM –

das entsprach 14,6% des Bruttoinlandsprodukts Österreichs. Ähnlich krass wird das Gewicht westdeutscher Konzerne auf dem österreichischen Arbeitsmarkt sichtbar: 113000 österreichische Lohnabhängige, das entsprach 4,1% aller Lohnabhängigen in der Republik, waren 1986 in westdeutschen Auslandsniederlassungen zur Mehrung des Reichtums westdeutscher Konzerne tätig. In anderen Ländern zumal der EG war das Gewicht westdeutscher Konzerne ähnlich. Aber auch gegenüber US-Monopolen haben die BRD-Konzerne deutlich aufgeholt. Gegenüber 1976 verdreifachten westdeutsche Kapitalisten die Zahl ihrer US-Unternehmen auf 2112, versechsfachten sie ihr Kapital auf 41,9 Mrd. DM, verfünffachten sie ihre Umsätze auf 140,1 Mrd. DM, steigerten sie die Zahl ihrer US-Lohnabhängigen auf das Vierfache: von 78000 1976 auf 315000 1986.

Quellenhinweis: Bundesbank, Zahlungsbilanzstatistik, Beilage Auslandsvermögen von April 1984 und März 1988 – (rül)

Beamtenbesoldung

Kürzere Arbeitszeit nur bei Kürzung der Besoldung?

Gestützt auf einen Beschluß des CDU/FDP-Landeskabinetts hat Hessens Ministerpräsident Wallmann (CDU) am 29.3.88 verkündet, daß die im hessischen Landesdienst beschäftigten Beamten (u.a. Lehrer, Polizisten), die für den öffentlichen Dienst vereinbarte Verkürzung der Wochenarbeitszeit auf 38,5 Stunden nicht erhalten sollen. „Kürzere Arbeitszeiten mit gleichzeitiger Gehalts-

(womit in Wirklichkeit die Abhängigkeit der anderen EWS-Zentralbanken von der Bundesbank gemeint ist) dürfe nicht angetastet werden. Jetzt hat Außenminister Genscher für Mitterrand votiert. Der nächste EG-Gipfel in Hannover im Juni solle einen „Rat der Weisen“ bilden, der eine „Problemskizze und Lösungsvorschläge“ für ein Europäisches Währungssystem und eine Europäische Zentralbank entwickeln müsse. Tags zuvor hatte SPD-Apel für das gleiche Vorgehen plädiert. Vorher sollten die italienischen Kapitalverkehrskontrollen aufgehoben werden, Großbritannien und Spanien dem EWS beitreten usw., kurz: Die Konkurrenz und der Kapitalexport der großen Konzerne soll frei entfaltet werden, um die Position der BRD-Konzerne weiter zu stärken. Genschers und Apels „Europäische Zentralbank“ soll eine Art EG-IWF gegenüber wirtschaftlich schwächeren Ländern der EG werden. – (rül)



SPD-MdB Wischniewski, 1977 schon bei der Erstürmung der „Landshut“ durch die GSG-9 in Mogadischu dabei, hat gegenüber dem Kölner „Express“ erneut die Aufstellung einer „internationalen Anti-Terror-Truppe“ verlangt. Bei deren Aufbau ist die BRD seit kurzem auch einen Schritt weiter: Vor zwei Wochen reiste BGS-Wegener, erster Kommandeur der GSG-9 (Bild: zu Besuch bei Daimler-Benz), zwecks Aufbau einer Anti-Terror-Truppe nach Saudi-Arabien ab. – (rül)

erhöhung“, so Wallmann, seien „kein Solidarbeitrag des öffentlichen Dienstes zum Abbau der Erwerbslosigkeit“. Das Saarland, Nordrhein-Westfalen und insbesondere Niedersachsen haben „Sympathie für den hessischen Beschluß“ bekundet.

Es wäre nicht das erste Mal, daß Beamte von einer für den öffentlichen Dienst vereinbarten Arbeitszeitverkürzung ausgenommen werden. Bereits 1974 hatte die Landesregierung von Baden-Württemberg, damals unter Filbinger (CDU), die Verkürzung der Wochenarbeitszeit von 42 auf 40 Stunden erst vier Jahre und drei Monate später auf die Beamten übertragen. Nach dem Beamtenrecht sind Bund und Länder bei der Festlegung der Arbeitszeit jeweils für die ihrer Hoheitsgewalt unterworfenen Beamten zuständig, während die Änderung des Besoldungsgesetzes durch den Bund, bei Zustimmung durch den Bundesrat, erfolgt. Wenn auch Innenminister Zimmermann erklärt hatte, der Abschluß im öffentlichen Dienst würde auf die Beamten übertragen, so liegt für das am 14.4.88 einberufene „Beteiligungsgespräch“ nur ein Gesetzentwurf zur „Anpassung der Besoldung“, entsprechend dem Tarifabschluß, vor. Für eine Gesetzesvorlage zur Neuregelung der Arbeitszeit für die Bundesbeamten (u.a. Post, Bahn) sieht Zimmermann keinen „Entscheidungsbedarf“. Die DGB-Gewerkschaften und der Beamtenbund fordern dagegen die uneingeschränkte Übernahme des Tarifabschlusses für die Beamten.

Mit dem Vorstoß von Wallmann erhält der Entschließungsantrag von Lafontaine, den das Saarland am 29. 4.88 im Bundesrat einbringen will, Unterstützung. Der saarländische Antrag zielt darauf ab, die Beamten von der Besoldungsgruppe A 13 an (nach Alter, Dienstzeit und Familienstand zwischen 3 400 bis 5 000 DM) von „einer linearen Erhöhung ihrer Bezüge auszunehmen“ und durch die „so erzielten Einsparungen Neueinstellungen zu ermöglichen“. Arbeitszeitverkürzung bei Besoldungskürzungen? Die niedersächsische Finanzministerin Breuel (CDU) ist, wie sie bereits in einer Antwort auf eine Landtagsanfrage im September 87 zur „Neuordnung der Beamtenbesoldung“ bekräftigte, entschieden dafür, endlich die Beamtenbesoldung „aus der Abhängigkeit von den Tarifverhandlungen des öffentlichen Dienstes“ zu lösen. Abspaltung der Beamten vom den anderen Lohnabhängigen des öffentlichen Dienstes; ihre völlige Entrechtung mittels der Treuepflicht und Förderung eines Ständedenkens, daß soll die Basis für eine Gesinnung, die zur Entfaltung reaktionärster Staatstätigkeit gebraucht wird, schaffen.

Quellenhinweis: FAZ, Weser-Kurier v. 30./31.3., Handelsblatt v. 07.4.

(gec)

USA-Präsidentschaftswahlen

Jesse Jacksons Erfolg in den Vorwahlen stört die Bourgeoisie

Von den insgesamt 13 Bewerbern der beiden großen bürgerlichen Parteien in den USA sind beim augenblicklichen Stand der Vorwahlen offiziell noch fünf im Rennen um die US-Präsidentschaft.

Bei den Vorwahlen wählen Parteimitglieder oder Bürger, die sich bei ihrer Wählerregistrierung als „Republikaner“ oder „Demokraten“ haben eintragen lassen, auf Parteiversammlungen oder in direkter, geheimer Wahl Delegierte für den Nationalen Parteikonvent, der die endgültige Nominierung des Kandidaten der Partei festlegt.

Bei der Republikanischen Partei sind keine Überraschungen mehr zu erwarten. Vizepräsident Bush ist die Nominierung sicher, nachdem seine beiden Hauptrivalen Dole und Kemp ausgeschieden sind. Alle drei stritten sich darum, wer der wahrhaftigste Erbe Reagans sei. Dole machte auf den einfachen Jungen vom Lande, der sich hochgearbeitet hat, im Gegensatz zu dem aristokratischen Bush, für den alle Nester gemacht sind. Pat Robertson, ein Fernseh-Evangelist bis kurz vor seiner Kandidatur und selbsternannter Sprecher der angeblich schweigenden konservativen Mehrheit des Volkes, hat bis jetzt 34 von den über 2000 gewählten Delegierten. Solange er finanziert wird, gibt ihm das eine öffentliche Plattform für seine reaktionäre Propaganda.

Interessanter ist die Auseinandersetzung um die Nominierung des demokratischen Präsidentschaftskandidaten. Der Parteiapparat und die bürgerliche Presse sind in heller Aufregung über die Wahlerfolge Jesse Jacksons. Von Nichtbeachtung seiner Kandidatur – im Januar rangierte er in einem Barometer des TIME-Magazins als der bestangezogene unter den Bewerbern – über Verursacher von Disaster und Chaos bis zur Rolle des Königsmachers reicht die Beurteilung in der Presse.

Was die Bourgeoisie stört, ist, daß ein Kandidat die ökonomischen Forderungen der Armen, der Arbeiter, der Minderheiten – kurz der Opfer der Reaganismus – zum Wahlkampfthema macht. Geplant war, wie üblich, eine Herrenparty mit inhaltslosem Blah-Blah und Gezänk über die moralischen Qualitäten der Kandida-

ten. Sieger wird, wer das meiste Geld locker machen kann. So lief das auch die ersten paar Monate. Entsetzlich langweilig. Auf den Photos von den Herrenparties, Debatten der Kandidaten genannt, war Jackson auch drauf – man konnte ihn schlecht rausretuschieren. In den Zeitungsberichten darüber, wer was gesagt hat, gab es Jackson nicht. Das ließ sich nach Jacksons Erfolgen beim sogenannten Super Tuesday, wo er in fünf Staaten, davon drei Südstaaten, gewann, nicht mehr halten.

Jackson ist der einzige Kandidat, der sich nicht völlig selbst ernannt hat, sondern Sprecher einer politischen Gruppierung ist, der Regenbogen-Koalition. Seit sechs Jahren versucht diese Gruppierung, innerhalb der Demokratischen Partei die Interessen und Forderungen der „Niedergedrückten und Benachteiligten“ zu organisieren. Jacksons Programm-Plattform ist in der Parole „Für Jobs, Friede und Gerechtigkeit“ zusammengefaßt. Es prangert die „ökonomische Gewalttätigkeit“ der herrschenden Minderheit gegen die arme Mehrheit an. Kriminelle Gewalttätigkeit ist ein Lieblingsthema der Bourgeoisie, um mehr Polizei und schärfere Gesetze durchzusetzen. Politische Gewalttätigkeit läßt die Bourgeoisie ächten, um die Opposition gegen ihre Herrschaft zu lähmen. Interessant, die Umkehrung dieses Propagandaworts gegen die Herrschenden.

In den letzten vier Jahren hat Jackson bei unzähligen Streiks Streikposten gestanden und auf Streikversammlungen gesprochen, z.B. beim Streik der Hormel-Arbeiter in Austin, Minnesota, bei dem Streik der Autoarbeiter gegen die Schließung von Chrysler-Werken und die Entlassung von 5500 und darauf folgender Aussperrung, dem Streik der Sekretärinnen der Yale Universität für gleichen Lohn für gleichwertige Arbeit. Er ist gegen Zwangsversteigerungen der Farmer aufgetreten. Er war Redner auf allen großen Demonstrationen gegen die Zentralamerika- und Südafrikapolitik der Reagan-Regierung. Er hat auf Kundgebungen gegen die Diskriminierung der Homosexuellen und Lesben gesprochen. Er ist für das Recht auf Abtreibung. Von seinen obersten zehn Wahlkampfmanagern sind sechs Frauen.

Die konsistente Unterstützung der Regenbogen-Koalition und Jacksons für die Kämpfe der Massen gegen ökonomische und politische Unterdrückung hat ihm zu einem breiten Einbruch in weiße Wählerschichten verholfen. Beim Super Tuesday erhielt er 10% der weißen Stimmen. Ein dramatischer Anstieg gegenüber den 1-2% bei seiner Kandidatur 1984. Damals gelang es der Bourgeoisie, Jackson als den Kandidaten der Schwarzen abzustempeln. Jetzt schreien die Kommentatoren in den Zeitungen: „Haltet den Dieb! Die Weißen gehören uns.“ Das hat es noch nie gegeben, daß der Rassismus die armen Weißen nicht bei der Stange und inaktiv gehalten hat. 5000 kamen zu einer Jackson-Kundgebung in Hazard, Kentucky, im Herzen der Appalachen, Land der Kohle, Land der Armut seit je, 40% Arbeitslosigkeit. Er war der erste Präsidentschaftsbewerber, der jemals die Bergarbeiter besucht hat. Die Armen dort sind fast alle weiß.

Im Gegensatz zu seinen Konkurrenten tritt Jackson gegen die chauvinistische Hetze gegen „unfaire ausländische Konkurrenz“ auf, die angeblich der Grund allen Übels für den amerikanischen Arbeiter sei. Ein Lieblingsthema des Gewerkschaftsdachverbands AFL-CIO. Auf einer Kundgebung zur Unterstützung streikender Bauarbeiter sprach Jackson vor 10000 Arbeitern in Pittsburg, California. Er erklärt, daß die US-Arbeiter heute von unorganisierten Arbeitern hier und von unorganisierten Arbeitern in Übersee unterboten würden. Unter Beifall forderte er die Arbeiter auf, ihren Zorn nicht gegen die unterbezahlten und unfreien süd-koreanischen Arbeiter zu richten: „Wir müssen ihnen helfen, ihren Lebensstandard zu erhöhen, so daß sie unseren Lebensstandard nicht drücken.“ Zum gleichen Thema erklärt er vor Auto-Arbeitern in Michigan, daß nicht die koreanischen Arbeiter ihre Jobs genommen hätten, sondern daß General Motors ihre Jobs nach Korea gebracht habe. Im Januar sprach er vor Papierarbeitern in Jay, Maine, und unterstützte deren Streik gegen International Paper. Das brachte ihm die Unterstützung des AFL-CIO-Vorsitzenden von Maine ein.

Diese Unterstützung hat sich in Stimmen umgesetzt. 44% derjenigen mit Jahreseinkommen unter 12500 Dollar und 35% der Gewerkschafterhaushalte stimmten für ihn, mehr als für irgendeinen seiner Rivalen. Vor der letzten Vorwahl in Wisconsin hatte Jackson die meisten Delegierten. Entsetzen und krampfhaftige Versuche der Kommentatoren in den Zeitun-

gen, die Tatsachen wegzudiskutieren. Ein weithin bekannter Kommentator, der in „Newsweek“ und Fernsehen schreibt, fand heraus, daß „ein unverhältnismäßig großer Anteil der weißen Stimmen (Jacksons) von, was als das „Akademiker-Proletariat“ in Universitätsstädten bezeichnet wird, gekommen sei“. Derselbe Kommentator nennt Jackson einen „Dritte-Welt-Radikalen“, was aus diesem Munde wohl als ein wüstes Schimpfwort aufgefaßt werden muß. Die Zahlenakrobatik ist beachtlich. Hat Dukakis, der Gouverneur von Massachusetts und augenblicklich Kandidat mit den meisten Delegierten, z.B. in Wisconsin mit 47% gewonnen, dann hat er die weißen Stimmen auf sich vereint, und Jackson mit 28% hat kaum einen Ein-

Wahrscheinlich wird Jackson nicht die Nominierung erreichen, da ein großer Block von Delegierten nicht gewählt, sondern durch ihr Amt Delegierte sind, und zum größten Teil die Parteiführung unterstützen. Jacksons Delegierte werden jedoch auf dem Parteikonvent die Forderungen des Jackson-Programms auf die Tagesordnung bringen. Das ist 180 Grad entgegen der offiziellen Parteilinie. Nach der Niederlage 1984 gegen Reagan hatte die Führungsgruppe der Demokratischen Partei „analysiert“, daß sie nur gewinnen könnten, wenn sie nach rechts gingen. Die Erfolge Jacksons haben diese „Analyse“ zu Staub werden lassen.

Die konservative Hoffnung der Parteiführung, der Abgeordnete Gep-



Jackson bei streikenden Papier-Arbeitern in Jay, Maine

bruch erzielt. Gore, Senator aus Tennessee und die Hoffnung der konservativen demokratischen Parteimaschine der Südstaaten, hat mit 17% beträchtlichen Erfolg gehabt. In dem ebenso weißen Michigan wird Jackson mit 55% ein gewisser Einbruch in weiße Wählerschichten zugestanden. Dukakis mit 28% wird ein Erfolg bei den Arbeitern bescheinigt. Das ist wirklich Hi-Tech Mathematik.

Das Problem der Demokratischen Partei und der Bourgeoisie ist, daß der Erfolg Jacksons und seines Programms bereits die anderen Bewerber nach links gedrückt hat. Sie kopieren fleißig Lippenbekenntnisse und Schlagworte aus Jacksons Programm. Diese „populistischen“ Maskeraden ziehen allerdings nicht so recht. Es fehlen die Taten und eine entsprechende nachprüfbare Vergangenheit.

hardt, ist frühzeitig infolge von Wahlergebnissen unter 10% ausgeschieden. Die übriggebliebenen Kandidaten außer Jackson werden alle als „liberal“ eingestuft und sind nicht, was die Führung erhofft hatte. Der oben zitierte „weithin bekannte“ Kommentator hat dafür einen Patentvorschlag: Laßt Jackson noch ein paar Vorwahlen gewinnen, dann kann Dukakis nichts mehr werden und der Parteikonvent kann einen „stärkeren“ Kandidaten als Dukakis oder Jackson aufstellen, womit wohl ein erzkonservativer Kandidat gemeint ist. Bei soviel Schlaueit muß man richtig fürchten, daß Jackson kurz vor dem Parteikonvent etwas zustößt.

Quellenhinweise: Philadelphia Inquirer, 09.04.88; Frontline, 14.03. u. 28.03.88; Guardian, 30.03. u. 06.04.88 - (her, ger)

Gerecht teilen? Vogel & Co. umschiffen die Kritik an unzureichender Lohnhöhe

Die scharfen und öffentlich geführten Auseinandersetzungen zwischen den Regierungsparteien lösen bei den Spitzenpolitikern der SPD Regierungsträume aus. Dabei gibt's Unterschiede. Wie die Presse meldet, besah sich Genscher den Lafontaine in dessen Wohnhaus bei einem Frühstück. Lafontaines Äußerungen, im höheren Lohn- und Gehaltsbereich seien zugunsten der Arbeitslosen auch Einkommensverluste bei Arbeitszeitverkürzung hinzunehmen, brachte im Nebenzug eine politische Entlastung der Bezieher von höheren Selbständigeneinkommen. Diese nette Geste ist Genscher drei Brötchen in unangenehmer Gesellschaft immer wert. Der Parteivorsitzende Vogel mit seiner Befähigung zu Richteramt und seiner Praxis als Isolationsbunkerbauherr gefällt besser bei den Sozialausschüssen, wo man die Pflege des Autoritätsgedankens mit untertänigster Kritik paart, aber auch um die gerechte Strafe zu bitten weiß, wenn man aus der Rolle gefallen ist. Es gibt welche, die es als Annäherung an die Sozialdemokratie empfinden, wenn die Zeitung der Sozialausschüsse Franz Josef Strauß als eine Person zeichnet, die sich wohl mittlerweile dumm getrunken habe. Aber ob sich darauf etwas bauen läßt? Die Geräusche im politischen Vordergrund übertönen leicht, was in den SPD tatsächlich beredet wird.

Arbeitslosengeld kein Thema mehr

Die Sozialdemokratie weicht einem Kampf für einen ausreichenden Unterhalt Arbeitsloser seit Jahr und Tag mit dem Argument aus, was die Leute wirklich bräuchten und wollten, sei Arbeit, sei Beschäftigung. Durch dieses Argument entsteht eine große Entpflichtung der bürgerlichen Gesellschaft. Ein Anrecht auf dauernde Leistung eines Arbeitslosengeldes würde die Haftung für die Arbeitslosigkeit auf die Gesellschaft verlagern. Für immer mehr Leute tritt aber an die Stelle eines Arbeitslosengeldes die Sozialhilfe. Arbeitslosengeld ist zu fordern, wenn die Aufrechterhaltung des Arbeitsvermögens das Ziel ist, die Sozialhilfe ist aber viel niedriger. Im Vorstandsbeschluß kommt man auf das Arbeitslosengeld gar nicht zu sprechen und auf die Sozialhilfe nur insofern sie die Haushalte der Gemeinden belastet. Für einen großen Bereich des Arbeitsmarktes ist inzwischen der Sozialhilfesatz zum ökonomischen Richtwert geworden. Diese

traurige Tatsache müßte doch einen Ruf nach Hebung des Sozialhilfesatzes auslösen. Aber dafür haben Vogel und andere keinen Hals.

Keine Kritik der Beschäftigungspolitik

Die Beschreibung der Arbeitslosigkeit, die von der SPD gegeben wird, ist in mehrfacher Hinsicht unzulänglich.

Zum Beispiel gibt es in der Wirtschaft der BRD eine Vielzahl von Beschäftigungsverhältnissen, die überhaupt nur aufrechterhalten werden können, wenn die Personen wechseln, vergleichbar dem Tempo beim Stafettenlauf. Wer das Tempo nicht mehr halten kann, fällt raus, für den nächsten Ausbeuter schon ein Grund, eine solche Person erst einmal nicht zu



nehmen. Der Tatbestand wird zu einem Teil verdeckt, weil Arbeiter ohne westdeutsche Staatsangehörigkeit besonders betroffen sind und diese sich oft zeitweise oder ganz in andere Länder zurückziehen.

Besonders im Angestelltenbereich haben die Arbeitgeber sich angewöhnt, Ansprüche an Arbeitspersonen zusammenzuphantasieren, die mit der zu verrichtenden Arbeit nichts mehr zu tun haben. Oft läßt man für eine Stelle Dutzende vortanzen. Die Leute, die damit beschäftigt sind, den Arbeitgebern dieses perverse Vergnügen zu bereiten, nennt man ebenfalls Arbeitslose.

Arbeiten, die von jungen Kräften nicht lange durchgehalten werden können, sind Arbeiten, bei denen ältere Arbeit gar nicht bestehen können. Die vielfältigen Erfahrungen, die in einem Arbeitsleben stecken, werden

völlig entwertet, weil die physische Grundlast nicht mehr getragen werden kann. Von einer älteren Arbeitsperson erwartet die Gesellschaft aber Erfahrung. In einer neuen Beschäftigungsart wird sie nicht gegeben sein. Wenn überhaupt was zu finden ist, dauert das lange.

Die gegenwärtige Arbeitslosigkeit ist wesentlich die Kehrseite einer Beschäftigungspolitik, die die Arbeiterklasse den Anforderungen des Kapitals ausliefert. Geltendes Recht erlaubt großen Konzernen, ihre Produktionsbelegschaften nach Alter und Gesundheitszustand durchzumustern, ein Verfahren, das Spitzenintensität bei der Arbeit garantiert und die dann Versehrten freiwillig das Weite suchen läßt.

Die Arbeitslosigkeit, die wir heute haben, ist, um es zusammenzufassen, nicht im Gegensatz zur Beschäftigung – wie es in einer großen Konjunkturkrise schon sein kann –, sondern ein Ausfluß, eine Begleiterscheinung von hoher, äußerst intensiver Beschäftigung.

Satt von der Lohnquote?

Die Nettolohnquote stellt den Einkommensanteil aus unselbständiger Arbeit dem Einkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen gegenüber. Hier hat es seit Antritt der Koalition eine Verschiebung von 66%:34% im Jahre 1982 auf 58%:42% im Jahre 1988 gegeben. Das kritisiert die SPD, und das könnte so scheinen, als ob sie damit für eine Verbesserung der Lohnsituation sich aussprechen wollte. So ist es aber leider nicht. Die SPD rechnet nämlich mit einem Rückgang der Konjunktur. Bei einem solchen Rückgang empfiehlt sich die Betrachtung der Löhne im Zusammenhang. Der Lohn kann nämlich sinken und gleichzeitig die Lohnquote steigen. Es ist keine Kunst, bei steigender Lohnquote zu hungern. Die Löhne müssen in ein Verhältnis gesetzt werden zu den Lebensumständen der arbeitenden Bevölkerung. Die Löhne und Gehälter reichen nicht aus, um die Reproduktionskosten zu tragen. Sie reichen in vielen Haushalten für einzelne nicht aus, sie reichen aber auch nicht aus, um Sozialversicherungen, Krankenkassen usw. zu speisen. Es hat sich nicht eine abstrakte Ungerechtigkeit ergeben, sondern eine Reproduktionskrise der Arbeiterbevölkerung. Die wesentlichen Momente dieser Krise sind: Die Arbeit ist zu schwer, zu intensiv, sie dauert zu lange und wird zu menschenunmöglichen Zeiten abgefordert. Sie wird zu niedrig bezahlt. Wenn die SPD die Reformbewegung, die daraus entsteht, auf abstruse Quotengerechtigkeit festlegen kann, ist die Niederlage sicher. – (alk, maf)

Dokumentiert: SPD-Parteivorstand zu Arbeitszeit- und Lohnpolitik

Zu Fragen der Massenarbeitslosigkeit, Arbeitszeitverkürzung und Lohnpolitik hat der SPD-Parteivorstand unter Vorsitz von Hans-Jochen Vogel heute in Bonn folgende Entschließung gefaßt:

1. Der Parteivorstand begrüßt, daß der gesellschaftliche Skandal der Massenarbeitslosigkeit in den letzten Wochen erneut in den Mittelpunkt der öffentlichen Aufmerksamkeit gerückt ist.

2. Der Parteivorstand begrüßt insbesondere, daß aus den Reihen der Gewerkschaften ein Spitzengespräch mit den Arbeitgebern und der Bundesregierung über durchgreifende Arbeitszeitverkürzungen vorgeschlagen worden ist und erklärt wurde, man lasse dabei mit sich über nach Einkommen differenzierte finanzielle Opfer reden, wenn die Arbeitgeber ihrerseits zu einem Gewinnverzicht, d.h. zu einer arbeitsplatzschaffenden Verwendung ihrer Mittel und zu verbindlichen Absprachen über zusätzliche Dauerarbeitsplätze bereit sind. Der Parteivorstand sieht darin einen erneuten Beweis für eine konstruktive und verantwortungsbewußte gewerkschaftliche Haltung. Er fordert die Arbeitgeber und die Bundesregierung auf, diesen Vorschlag zu akzeptieren und nunmehr ihrerseits die Voraussetzungen dafür zu schaffen, daß ein solches Spitzengespräch alsbald nach Abschluß der gegenwärtigen Tarifrunde zustandekommt.

Die massive Umverteilung, die seit 1982 zugunsten der Unternehmens- und Vermögensbesitzer und zuungunsten der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer stattgefunden und unter anderem in wichtigen Bereichen der Wirtschaft zu einem steilen Anstieg der liquiden Guthaben geführt hat, nimmt die Arbeitgeberseite in besonderer Weise in die Pflicht.

Zum Handeln und zur Korrektur ihrer Politik sind aber im besonderen Maße die Koalition und die Bundesregierung verpflichtet. Ihre sogenannte Angebotspolitik hat die massive Umverteilung bewirkt und dazu geführt, daß zwar die Erträge der Wirtschaft deutlich gestiegen, Investitionsquoten hingegen kontinuierlich gesunken und die Arbeitslosenzahlen auf neue Rekordhöhen gewachsen sind. Mit ihren Steuerplänen, an denen die Bundesregierung hartnäckig festhält, will sie diese Angebots- und Umverteilungspolitik sogar noch fortsetzen.

3. Arbeitszeitverkürzung ist nur ein Mittel zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit. Keinesfalls weniger wichtig ist die Erhaltung der Nachfrage und die Steigerung der privaten und öffentlichen Investitionen. Dazu bedarf es eines entschiedenen Kurswechsels in der Wirtschafts-, Finanz-, Steuer-, Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik der Koalition.

Wir haben dafür konkrete Vorschläge vorgelegt. Sie umfassen außer der Arbeitszeitverkürzung das Programm „Arbeit, Umwelt und Investitionen“ mit einem Wirkungsvolumen von 50 Milliarden DM in zwei Jahren, eine steuerstundende Investitionsrücklage für mittlere und kleine Betriebe, die Forderung nach einer differenzierten Besteuerung der wieder investierten und der nicht investierten Gewinne sowie konkrete Maßnahmen zur Verbesserung der Gemeindefinanzen.

Diese und weitere Maßnahmen müssen zu einer Gesamtstrategie zur Überwindung der Arbeitslosigkeit verbunden werden. Dabei sind jetzt in erster Linie die Arbeitgeber und die Bundesregierung am Zuge. Wir fordern alle Verantwortlichen, insbesondere aber die Bundesregierung auf, gemeinsam eine solche Gesamtstrategie zu erarbeiten. Wir sind zur Mitarbeit bereit.

4. Eine Gesamtstrategie zur Bekämpfung der Massenarbeitslosigkeit einschließlich aller Vorschläge zur Arbeitszeitverkürzung und zur Einkommensverteilung – diese

im Zusammenhang mit steuerpolitischen Maßnahmen – sollen demnächst erneut im Gewerkschaftsrat erörtert werden. Die Ergebnisse dieser Erörterung werden in den weiteren Meinungsbildungsprozeß des Parteivorstandes und der gesamten Partei einbezogen.

5. Der Parteivorstand bekräftigt die Auffassung, daß der Einstieg in die Arbeitszeitverkürzung nunmehr auch im Bereich des öffentlichen Dienstes gefunden werden muß.

Der Parteivorstand geht bei diesen Forderungen und Stellungnahmen von folgenden Fakten aus:

1. Die Massenarbeitslosigkeit verharrt nach fünf Jahren Kohl-Regierung auf Rekordniveau und beginnt in letzter Zeit von neuem zu steigen. Im Oktober 1982 waren 1,8 Millionen Männer und Frauen arbeitslos, am 25. Februar 1988 waren es 2,5 Millionen. Wenn man die statistischen Manipulationen der Kohl-Regierung und auch diejenigen Arbeitslosen berücksichtigt, die aus anderen Gründen in der Statistik nicht in Erscheinung treten, sind es sogar weit über drei Millionen.

2. In der gleichen Zeit ist das Bruttosozialprodukt einerseits erheblich gestiegen, andererseits aber in radikaler Weise zuungunsten der Arbeitnehmer umverteilt worden. Im Vergleich zu 1982 sind vom Zuwachs des Jahres 1986 nach Abzug der Steuern und Abgaben bei 22 Millionen Arbeitnehmern 53,7 Milliarden DM, bei den Unternehmens- und Vermögensbesitzern aber 139,5 Milliarden verblieben. Insgesamt ist der Anteil der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer am Nettovolks-einkommen seit 1982 von 66% auf 58% gesunken, der Anteil der Erträge aus Unternehmens- und Vermögensbesitz hingegen von 34% auf 42% gestiegen. Das sind für die Arbeitnehmer die schlechtesten, für die Unternehmens- und Vermögensbesitzer hingegen die besten Werte seit Beginn der 50er Jahre.

3. Die Arbeitszeitverkürzung ist bisher allein von den Gewerkschaften vorangetrieben worden, und zwar gegen den Widerstand der Arbeitgeber und der Koalition. Durch die Abschlüsse, bei denen die Lohnerhöhungen jeweils unter den Beträgen geblieben sind, die von den Arbeitgebern für Abschlüsse ohne Arbeitszeitverkürzung angeboten worden waren, sind Arbeitsplätze in beträchtlicher Zahl entstanden. Die Gewerkschaften sind auch schon bisher für eine Differenzierung nach der Höhe der Einkommen eingetreten. In Anbetracht dessen verdienen alle Versuche, die Arbeitnehmer und die Gewerkschaften für die hohe Massenarbeitslosigkeit verantwortlich zu machen, unterschiedene Zurückweisung.

4. Weite Bereiche der Wirtschaft verfügen infolge der unter Ziffer 2) dargestellten Umverteilung über die zur Steigerung der Investitionen und für die Schaffung neuer Arbeitsplätze notwendigen Mittel. Allein ihre Auslandsguthaben belaufen sich auf 70 Milliarden DM; an diesen Guthaben sind die 25 größten deutschen Konzerne mit 50 Milliarden beteiligt.

5. Die Finanzkraft vieler Gemeinden und der meisten Bundesländer ist in den letzten fünf Jahren kontinuierlich geschwächt worden. Dazu hat bei den Kommunen insbesondere der durch die Dauerarbeitslosigkeit verursachte dramatische Anstieg der Sozialhilfeleistungen beigetragen. Einen wirksamen Beitrag zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit können viele Gemeinden deshalb nur leisten, wenn sie von einem wesentlichen Teil der Sozialhilfeleistungen entlastet werden. Im übrigen können die öffentlichen Hände insgesamt ihre Investitionen deutlich steigern, wenn die Koalition auf ihre unseriösen und ungerechten Steuerpläne verzichten würde.

Beschluß des SPD-Parteivorstands vom 14.3.1988, Pressemitteilung

Indien

Über die Ursachen der kommunalistischen Konflikte in Indien

Die Auseinandersetzungen zwischen Sikhs und Hindus im indischen Bundesstaat Punjab nehmen weiter an Heftigkeit zu. Einen Erklärungsansatz für die sozialen Ursachen der vielfältigen religiösen Konflikte in Indien gibt der einem 1985 zusammengestellten Reader von C.W. entnommene folgende Artikel. Die Veröffentlichung geschieht mit Genehmigung des Herausgebers. Aus Platzgründen mußten der Artikel, die Zwischenüberschriften und Quellenhinweise gekürzt werden. – (sie)

Als die indische Ministerpräsidentin Indira Ghandi am 31.10.84 von Mitgliedern ihrer Leibwache erschossen wurde und es daraufhin zu Gewalttaten von Hindus an Sikhs kam, waren unsere Medien voll von Sensationsberichten über das „mörderische Indien“ (so der Spiegel). Als die Bilder von toten Sikhs und brennenden Häusern von den Bildschirmen verschwanden, verlor die Öffentlichkeit schnell wieder das Interesse an den so merkwürdig erscheinenden Ereignissen in diesem fernen Land.

Doch die Konflikte zwischen den Angehörigen verschiedener Religionsgemeinschaften waren mit dem Tode Indira Ghandis keineswegs aus der Welt geschafft. Immer neue Todesopfer forderten die kommunalistischen Auseinandersetzungen auch noch in den letzten Monaten. (Nach einer Schätzung sollen von 1980 bis 85 mehr als 20000 Menschen in kommunalistischen Konflikten getötet worden sein ...)

Zweifellos gehört der Kommunalismus nach wie vor zu den drängendsten, aber auch kompliziertesten Problemen des Riesenlandes. Hier soll nun versucht werden, etwas über die Ursachen dieser blutigen Konflikte herauszufinden ... (1)

Die Geschichte und die kommunalistische Ideologie

Der indische Historiker Bipan Chandra betont in seinen äußerst lesenswerten Studien über den Kommunalismus, daß Konflikte zwischen religiösen Gemeinschaften, wie wir sie heute erleben, ein relativ neues Phänomen in der indischen Geschichte seien. Die moderne kommunalistische Ideologie entstand seiner Meinung nach erst Ende des 19. Jahrhunderts, also etwa zeitgleich mit dem Höhepunkt der Konsolidierung der britischen Kolonialherrschaft in Indien.

„Es ist eine Tatsache, daß es im mittelalterlichen Indien keinen Kommunalismus gab, denn ein Kommunalismus ist eine Ideologie, die Menschen mobilisiert, und Volksmobilisation und Volksherrschaft ... existierten nicht im Mittelalter. Trotz der Kämpfe zwischen hinduistischen und islamischen Herrschern gab es keine kommunalistische Ideologie. Des-

halb sollte der Kommunalismus als eine moderne Ideologie angesehen werden, die den modernen sozialen Klassen dient“ (2) ...

Erst im 20. Jahrhundert seien „hinduistisch oder islamisch strukturierte Gemeinschaften für politische oder ökonomische Zwecke“ entstanden. Hindu-, Moslem- oder Sikh-Gemeinschaften im modernen Sinne habe es im Mittelalter nicht gegeben ...

Daher sei es falsch, die Religion als



Wurzel des Kommunalismus anzusehen. Vielmehr werde die Religion von organisierten sozialen Kräften dazu benutzt, um ihre Interessen durchzusetzen.

Kommunalismus, Nationalismus im indischen Freiheitskampf

Wie sich die verhängnisvolle kommunalistische Ideologie in die indische Gesellschaft einbürgern konnte, untersucht Bipan Chandra (3) ...

In mancherlei Hinsicht können die 80er Jahre des 19. Jahrhunderts als ein Wendepunkt in der indischen Geschichte angesehen werden. Im Dezember 1885 wurden der Indian National Congress gegründet ... Zur gleichen Zeit begannen aber auch die Engländer, gemäß der Devise „Teile

und herrsche“, einen Keil zwischen Hindus und Moslems zu treiben (4), und wohl nicht zufälligerweise kam es in diesem Jahrzehnt zum erstenmal zu größeren kommunalistischen Auseinandersetzungen zwischen Hindus und Moslems.

Für entscheidend hält es Bipan Chandra nun, daß die Führer der indischen Nationalbewegung versuchten, das aufkommende Kommunalismus-Problem durch eine Strategie der „Einheit-von-oben“ zu lösen. „... Tatsächlich bestanden alle ernsthaften Versuche des Congress, eine Hindu-Moslem-Einheit zu schaffen, in Verhandlungen zwischen den Führern des Hindu-, Moslem- und Sikh-Kommunalismus und des Congress.“

Mit dieser Strategie akzeptierten die führenden indischen Nationalisten auf indirekte Weise ..., daß Hindus, Moslems und Sikhs allein schon durch ihre Religionszugehörigkeit zu getrennten Gemeinschaften mit unterschiedlichen, zum Teil gegensätzlichen Interessen gehören würden.

Die Alternative zu dieser „Einheit-von-oben“-Strategie, die es den Kolonialherren leicht machte, Hindus und Moslems gegeneinander auszuspielen, hätte nach B. Chandras Ansicht im konsequenten antiimperialistischen Kampf aller indischen Nationalisten gegen die britischen Kolonialherren gelegen. Doch stattdessen ließen sich die Führer der Unabhängigkeitsbewegung auf Verhandlungen mit der Kolonialmacht ein und beteiligten sich schließlich im Jahre 1937 an den von den Briten angebotenen Wahlen zu den Provinzial-Parlamenten. Erst nachdem sich der Congress so für den parlamentarischen Weg entschieden und damit auf die direkte Konfrontation mit der Kolonialmacht verzichtet hatte, konnte die Partei der kommunalistisch gesinnten Moslems, als die Moslemliga, mit ihren Forderungen nach einem Moslemstaat („Pakistan“) bei breiteren Schichten Gehör finden

... Zu Zeiten der großen antiimperialistischen Massenbewegungen, also vor allem in den Jahren unmittelbar nach dem Ersten Weltkrieg (1918-1922), war von Differenzen zwischen Hindus und Moslems wenig zu spüren ...

Eine besondere Bedeutung bekam die Verwandlung des Congress in eine parlamentarische Partei dadurch, daß die Wahlen zu den Provinzial-Parlamenten von 1937 keineswegs auf dem allgemeinen und gleichen Wahlrecht basierten. Das Besitz- und Vermögenswahlrecht schloß die überwiegende Mehrheit der armen Landbevölkerung von den Wahlen aus und ließ der Mittel- (bzw. unteren Mittel-) Klasse eine wahlentscheidende Gewichtigkeit zukommen. Doch gerade die Mittelklassen (und zwar Moslems und Hindus!) waren für kommunalistische Ideologien schon immer besonders

anfällig ...

Wird jetzt bedacht, daß die Briten in der Zeit nach 1937 die Moslemliga massiv unterstützten, dann verliert der phänomenale Machtgewinn der Moslemliga in den Jahren vor der Unabhängigkeit (1947) viel von seiner Unklärbarkeit. Die „Einheit-von-oben“ erwies sich als äußerst brüchig, und als die Engländer im August 1947 die Koffer packten, standen sich auf dem indischen Subkontinent zwei einander feindlich gesinnte Nationalstaaten gegenüber ...

Aktuelle kommunalistische Konflikte

Ihren traurigen Höhepunkt hatten die blutigen Auseinandersetzungen zwischen Hindus und Moslems zweifellos unmittelbar vor und nach der Unabhängigkeit Indiens im Jahr 1947 ... Gewöhnlich werden die Kämpfe zwischen Hindu- und Moslemgruppen als spontanes, irrationales Aneinandergeraten zweier aufgrund ihrer Tradition sehr verschiedenen Religionsgemeinschaften interpretiert ... Doch haben Untersuchungen aus neuerer Zeit gezeigt, daß bestimmte soziale Gruppen aufgrund ihrer ökonomischen und politischen Interessen viel Energie dafür aufwenden, die Spannungen zwischen den Religionsgemeinschaften zu verschärfen und kommunalistische Gewaltakte zu provozieren.

(Eine Analyse von I. Ahmed) weist daraufhin, daß sich die kommunalistischen Konflikte zwischen Hindus und Moslems in den letzten 20 Jahren in auffälliger Häufigkeit in Städten ereigneten, die in kommerzieller und industrieller Hinsicht in den vorausgehenden Jahren eine überdurchschnittliche Entwicklung durchmachten ... In den von ihm untersuchten Städten ... gab es des weiteren eine nicht unbeträchtliche Zahl Moslems, die sich seit der Unabhängigkeit des indischen Staates von einer verunsicherten und ökonomisch schwachen Minderheit zu einer Gruppe relativ wohlhabender und selbstbewußter Geschäftsleute entwickelt hatten. Geschäfte mit islamischen Ölstaaten trugen zusätzlich dazu bei, die Kassen dieser indischen Moslems zu füllen. (5)

Daß diese aufstrebenden islamischen Geschäftsleute dann in Konflikt mit der (zumeist hinduistischen) traditionell dominierenden Bourgeoisie geriet, wird wohl nicht sehr überraschen. In dem Wettstreit um die ökonomische und politische Hegemonie in der Stadt wurde dem ökonomischen Machtkampf eine religiöse Färbung gegeben ...

Die sozio-ökonomischen Ursachen der Punjabkrise

... Analysiert (man) die sozio-ökonomische Entwicklung des Punjab in

den letzten Jahrzehnten, dann verliert auch dieser folgenreiche Mord (an I. Ghandi) viel von dem ihn umgebenden mysteriösen Schleier. Die heftigsten und blutigsten kommunalistischen Auseinandersetzungen der letzten Jahre ereigneten sich ausgerechnet in dem Bundesstaat, in dem die im Westen so gepriesene „Grüne Revolution“ am konsequentesten und angeblich erfolgreichsten durchgeführt wurde ...

Die „Grüne Revolution“ führte im Punjab etwa von 1966 bis 1976 zu einer beträchtlichen Steigerung der Getreideproduktion und zu einem Reichtum, der den verschiedenen sozialen Schichten auf höchst ungleiche Weise zugute kam. Den Löwenanteil kassierten die Landlords, die im wesentlichen der Gruppe der Jat-Sikhs angehören. Heute besitzen nur 20% der Jat-Landlords mehr als 60% des ganzen Landes. Gleichzeitig ruinierte die „Grüne Revolution“ zahlreiche Kleinbauernfamilien, die sich als Lohnarbeiter bei den Reichen verdingen mußten ...

Die neugewonnene ökonomische Macht der Sikh-Landlords verstärkte auch deren politische Ambitionen. Damit mußten sie über kurz oder lang in Konflikt mit den reichen Händlern und Geschäftsleuten in den Städten geraten, die (wenn auch in geringerem Maße) ebenfalls zu den Profiteuren der „Grünen Revolution“ gehörten. Von entscheidender Bedeutung für das Verständnis der aktuellen Krise im Punjab ist nun, daß in den punjabischen Städten die *Hindus* das wirtschaftliche Leben dominierten. Das Resultat war nun ein „Interessenskonflikt zwischen den Interessen der dominierenden Kasten zweier größerer religiöser Gruppen. Die ökonomischen Interessen der landwirtschaftlichen Sikh-Kasten in ländlichen Gebieten geraten in Konflikt mit denen der Hindu-Händlerkaste in städtischen Gebieten“ (5) ...

Um die Tragweite dieses Interessenskonfliktes zwischen der landlichen und städtischen Oberschicht verstehen zu können, müssen noch andere Faktoren berücksichtigt werden. So bestand etwa eine wichtige Konsequenz der „Grünen Revolution“ darin, daß die Sikhs in zunehmenden Maße befürchten mußten, in „ihrem“ Staat die Mehrheit zu verlieren. Denn die relativ höheren Löhne, die einem Landarbeiter im Punjab gezahlt wurden, zogen zahlreiche hinduistische „Gastarbeiter“ aus den umliegenden Bundesstaaten (an) ...

Nun war es so, daß die Akali Dal-Partei (also die Partei, die traditionell die Interessen der Jat-Sikhs vertrat) selbst in Zeiten, als die Sikh-Bevölkerung an Zahl noch überlegen war, bei keiner Wahl zum punjabischen Parlament die absolute Mehrheit zu erringen vermocht hatte, da viele der ärme-

ren Sikhs lieber für den Congress(I) oder für die kommunistischen Parteien votierten ... Dazu kam, daß die infolge der „Grünen Revolution“ verschärften sozialen Gegensätze zu einer zunehmenden Politisierung der Landarbeiter (Hindus und Sikhs!) geführt hatten, so daß die Jat-Landlords ihre Macht von verschiedenen Seiten her bedroht sahen ... Und wie die Sikh-Landlords in den ländlichen Gebieten, so versuchen auch die städtischen Hindu-Eliten, durch das Hineintragen kommunalistischer Vorstellungen soziale Gegensätze zu verdecken und ihre ökonomisch-politischen Vorstellungen durchzusetzen.

Quellenhinweise: (1) In Südasien hat sich der Begriff „Kommunalismus“ zur Bezeichnung der Konflikte zwischen Angehörigen verschiedener Religionsgemeinschaften durchgesetzt, und in dieser Bedeutung soll er auch hier verwendet werden. (2) A.A. Engineer, Understanding Communalism, Economic and Political Weekly (EPW), 5.5.84; (3) B. Chandra, Nationalism and Colonialism in Modern India, New Delhi 1979; (4) S. Sarkar, Modern India 1885-1947, New Delhi 1983, S. 20f.; (5) I. Ahmed, Political Economy of Communalism in Contemporary India, EPW, 2./9.7.84; (6) G. Singh, Socio-Economic Bases of the Punjab Crisis, EPW, 7.1.84

Portugal

Generalstreik gegen neues Arbeitsgesetz

Am Montag, dem 28. März, führten die beiden portugiesischen Gewerkschaftsdachverbände, die kommunistische CGTP-IN und die sozialdemokratische UGT, mit einem erfolgreichen 24stündigen Generalstreik die größte Streikaktion seit der sogenannten Nelkenrevolution 1974 durch. Über 50% der Lohnabhängigen, d.h. über zwei Millionen Arbeiter, Angestellte und Beamte, beteiligten sich daran. Am Vormittag ruhte das öffentliche Verkehrswesen, und in allen größeren Industriebetrieben wurde gestreikt. Der Generalstreik der Gewerkschaften, der von den linken Organisationen unterstützt wurde, richtete sich gegen die von der Regierung am 14. April beabsichtigte Verabschiedung eines neuen Arbeitsgesetzes sowie gegen die Lohnleitlinien der Regierung, die zu massiven Lohnsenkungen führen würden. Die Gewerkschaft CGTP-IN nahm in ihrem Aufruf zum Generalstreik Stellung gegen die Reprivatisierung der nach 1974 verstaatlichten Betriebe, für die Agrarreform und das Recht auf soziale Absicherung. Ferner wandte sie sich gegen die Zurückhaltung von Lohngebern, gegen Kinderarbeit und forderte

die 40-Stundenwoche.

Seit einem halben Jahr führen die Belegschaften heftige Kämpfe gegen Entlassungen und Lohnkürzungen. Die Gewerkschaft UGT, mit größerem Einfluß unter den Angestellten, ist mit der Sozialdemokratie des Präsidenten Mário Soares verbunden und verweigerte bis vor wenigen Wochen gemeinsame, landesweite Aktionen.

Im Mittelpunkt der Gewerkschaftskritik steht das neue Arbeitsgesetz, inzwischen von der Regierung in der vierten Fassung vorgelegt. Nach der Revision des Arbeitsgesetzes soll es den Kapitalisten ohne große Einschränkungen möglich sein, „unproduktive“ Arbeitsplätze aufzuheben und die Lohnabhängigen zu entlassen. Ebenso können die Kapitalisten einem Lohnabhängigen nach der Probezeit kündigen, wenn er „unqualifiziert“ ist. Grundsätzlich sollen Kündigungen aufgrund wirtschaftlicher, technologischer, struktureller oder marktbezogener Gründe möglich sein. Die Regierung begründet die neue Arbeitsgesetzgebung mit der Anpassung an EG-Normen, die notwendig sei, wenn Portugal international konkurrenzfähig werden wolle, insbesondere hinsichtlich des EG-Binnenmarktes ab 1992. Von Seiten der Kapitalisten war zu hören, daß die Änderung der Arbeitsgesetzgebung ein wesentliches Kernstück ist für die bevorstehende Reprivatisierung von Staatsbetrieben. Entlassungen von Tausenden von Arbeitern sind hier beabsichtigt. Quellenhinweis: NZZ, 30.03.88; Handelsblatt, 05.04.88; UZ, 24.03., 30.03.; Le Monde, div. Ausg. – (sie)

Ungarn

Große Steuerreform mit enormen Preissteigerungen

Nichts hat in Ungarn in letzter Zeit so sehr die Gemüter berührt, wie die am 1. Januar 1988 in Kraft getretenen Steuergesetze über die Einführung der Umsatz- und Einkommenssteuer. Mit ihnen kam es zur Erhöhung der Verbraucherpreise um durchschnittlich 15%, was besonders die „in letzter Zeit wachsende Schicht der Bedürftigen“ erheblich belastet.

Die Regierung begründete die Umsatzsteuer mit der Notwendigkeit, eine auf dem Weltmarkt konkurrenzfähige Wirtschaft zu schaffen, um so die hohe Auslandsverschuldung (850 Mio. Dollar) sowie das Haushaltsdefizit abzubauen und durch eine Wirtschaftsmodernisierung das Senken des Lebensstandards zu bremsen. Unrentable Fabriken werden künftig geschlossen. Die Vermögens- und Lohnsteuer für Betriebe wurde beseitigt, die Gewinnsteuer bedeutend ermäßigt. Die Erzeugerpreise sollen sich damit

um 4-9% verringern. Es wurden drei MWSt-Sätze eingeführt: Der 0-Satz für Grundnahrungs- und Arzneimittel, Haushaltsenergien, fertige Wohnungen, Gesundheitswesen, Bildung, soziale Fürsorge, internationale, kulturelle Betätigung, Forschung, Sport. Auch hier darf die Rückzahlung der in den zur Ausübung der Tätigkeit verwendeten Produkte enthaltenen Umsatzsteuer verlangt werden. Mit 15% wird ein Teil der Dienstleistungen (Verkehr) belastet und mit 25% alles sonstige. Ein sowieso schon privilegierter Personenkreis wird so „steuerlich in hohem Maße begünstigt“, was „unter dem Aspekt einer gerechten und gleichen Lastenteilung“ „einfach unerklärlich“ sei (Parlamentsdebatte), nämlich Künstler, Autoren, Wissenschaftler und Sportler. Diese erhalten neben der 0%-MWSt. auch noch Einkommenssteuerermäßigungen für Einkommen aus Patenten, Erfindungen, urheberrechtlichen Bezügen.

Die Einkommenssteuer soll die Vermögensunterschiede innerhalb der Bevölkerung mäßigen und demokratiefördernd wirken, d.h. das Interesse an der Kontrolle der Staatstätigkeit erhöhen. Ab 1.1.88 wird das aufsummierte Gesamteinkommen besteuert, dabei sind 60000 Forint/Jahr bei allen Lohnbeziehenden Werkträgern steuerfrei; dann steigt die Steuer progressiv von 20% bis auf 60%. Die Masse der Beschäftigten verdient zwischen 40000 und 80000 Ft., 600000 von insgesamt 4,2 Mio. haben noch eine Zweitbeschäftigung. Im Endeffekt werden 20% der Lohn- und Gehaltsempfänger und 70% der Rentner mit Teilarbeit keine Steuer bezahlen. Steuerfrei sind ebenfalls Unterstützungen aus der Sozialversicherung sowie Stipendien, Spareinlagen für Wohnungszwecke, Erbschaft und Geschenke. Für die 630000 Kleinproduzenten, die sich in den letzten Jahren teils eine goldene Nase verdient haben, wird die Progression gemäßig. So sind es vor allem die Arbeiter, finanziell gezwungen zu Zweit- und Drittjobs, die für die ungarische Marktorientierung bezahlen.

Die SZOT hat die Einführung der Einkommenssteuer nicht befürwortet, aber wegen der „fatalen Lage“ „zur Kenntnis genommen“ und Bedingungen gestellt. Dazu gehört, daß 1988 der Nettoverdienst aus der Hauptstellung infolge des neuen Steuersystems nicht sinken darf. Die Löhne wurden daher ab 1.1.88 um die Steuersumme erhöht. Sollte die Regierung das jetzige hohe Preisniveau noch überschreiten, verlangt die Gewerkschaft „Lohnmaßnahmen und eine Erhöhung der sozialen Zuwendungen“.

Quellenhinweis: Budapest Rundschau 10.8.87; versch. Ausg. „Neueste Nachrichten“ der Ungar. Nachrichtenagentur; Rundschau der Ungarischen Gewerkschaften 1-3/88 – (frr)

Namibia

Minenarbeitergewerkschaft für Mindestlohn

Die namibische Minenarbeitergewerkschaft MUN führte Mitte Februar den ersten außerordentlichen Kongreß durch, um über ihr Vorgehen gegen die Bergbaukapitalisten und die Besatzungsmacht Südafrika zu beraten. Die MUN und ihre Mitglieder sind heftigen Verfolgungen ausgesetzt. Der Generalsekretär Ben Ulenga und der Pressesprecher sind seit August letzten Jahres insgesamt viermal verhaftet worden, die südafrikanische Besatzungsmacht verweigert ihnen Pässe, so daß sie sich im Land nicht frei bewegen und nicht ausreisen können. Der Bergbaukonzern Tsumeb Corporation Ltd. hat im August letzten Jahres nach einem vierwöchigen Streik in drei Minen einige tausend Wanderarbeiter entlassen, Versuche der MUN, im Januar dieses Jahres in Streikaktionen die Wiedereinstellung der Arbeiter durchzusetzen, scheiterten. Auch



Ben Ulenga, Generalsekretär der MUN, ist nur gegen Kautions aus der Haft entlassen.

andere Konzerne versuchen, die seit 1986 arbeitende, junge Gewerkschaft durch Entfernung der Gewerkschaftsmitglieder aus den Minen zu zerschlagen.

Da nahezu alle Arbeiter in den Minen als Wanderarbeiter mit befristeten Arbeitsverträgen eingestellt sind, hoffen die Kapitalisten, durch Nichtverlängerung der Kontrakte die MUN zu zersetzen. Das aber ist ihnen bisher nicht gelungen. Trotz der heftigen Angriffe nahmen an dem außerordentlichen Kongreß Vertreter aus allen Bergwerken und Diamantenminen Namibias teil. Sie repräsentierten etwa 10000 Gewerkschaftsmitglieder. Als Schwerpunkte für die weitere Arbeit der Gewerkschaft legten sie u.a. fest: – für die Einheit der Arbeiter in der

MUN einzutreten;

– Arbeiterkontrolle und Demokratie auf allen Ebenen der MUN durchzusetzen;

– Rukwagali, Oshivambo, Afrikaans und Englisch als offizielle Sprachen der MUN bei Treffen, Aktivitäten und Publikationen der MUN zu benutzen;

– der Nationale Exekutivausschuß wird beauftragt, so schnell wie möglich herauszufinden, was die Arbeiter als Mindestlohn benötigen;

– sodann eine Kampagne für die Durchsetzung des Mindestlohns, der an die Inflationsrate gekoppelt sein soll, zu führen;

– eine Kampagne für die 40-Stunden-Woche und das Verbot übermäßiger Überstunden zu führen;

– daß die MUN niemals zögern darf, politische Aktionen zur Verteidigung und Förderung ihrer Mitglieder und der Arbeiterklasse zu unternehmen;

– daß die MUN zur Zeit keinem internationalen Gewerkschaftsverband beitrifft, sondern Beziehungen zu allen brüderlichen Organisationen, insbesondere im südlichen Afrika, pflegt;

– daß die Gewerkschaft die Kampagne für die Durchsetzung der UN-Resolution 435 (geheime Wahlen unter internationaler Aufsicht, Unabhängigkeit für Namibia, d. Verf.) vollständig unterstützt;

– für das Recht der Gewerkschaften, Streiks zu organisieren und Streikkassen zu führen, einzutreten.

Insbesondere protestierte der Kongreß gegen das Vorhaben Südafrikas, die bereits in Südafrika mit der Einführung eines gegen die Gewerkschaften gerichteten Arbeitsrechts berückichtigte Wiehahn-Kommission nun in Namibia einzusetzen. Dies ist ein Versuch, die Elendslöhne der namibischen Arbeiter – zwei Drittel der Arbeiter erhalten Löhne unter der offiziellen Armutsgrenze – und das Wanderarbeitersystem festzuschreiben.

Quellenhinweis: Namibian v. 19.2.88; Informationsdienst Südliches Afrika, Nr. 6/87; Swapo-Nachrichten Februar 1988 – (uld)

Schweden

Waffenlieferungen im internationalen Verbund

In der schwedischen Öffentlichkeit und im Reichstag gibt es Untersuchungen und Debatten um die Entwicklung in internationale Waffengeschäfte. Ein Untersuchungsausschuß versucht, Fragmente dieser Tätigkeit an die Öffentlichkeit zu zerren. Alle betroffenen Vorgänge sind halblegal oder illegal, da Schweden in dieser Frage relativ restriktiv ist. Zunächst war die schwedische Waffenschmiede Bofors Ziel der Ermittlungen. Sie ist eine Tochter des Dynamit-Nobel-Kon-

zerns. Dazu kommt neuerlich der staatliche Konzern FVV, der ein Raketenrohr unter der Bezeichnung „Karl-Gustav“ fabriziert. Dies Rohr ist in den Kriegsgebieten des Nahen Ostens zu finden, obwohl seit 1956 ein Exportverbot besteht. Erst wurde behauptet, das Rohr werde in Großbritannien in Lizenz gebaut und dann exportiert. Es kam aber heraus, daß die schwedische Regierung seit ca. 1965 im Bilde war, daß diese Rohre an Großbritannien geliefert und dann weiterexportiert wurden. So gelangten sie nach Israel, Saudi-Arabien, Katar, Oman und den Vereinigten Emiraten. Die aufgedeckten Tatsachen weisen auch auf Tätigkeiten des ehemaligen Präsidenten O. Palme hin. Im Jahre 1985/86 hatte er sich für den Abschluß eines Milliardengeschäftes in Indien über Panzerhaubitzen eingesetzt, zuletzt am Rande einer Friedenskonferenz. Die Transaktion für Bofors lief in Indien mit erheblichen Schmiergeldern, die zu innenpolitischen Auseinandersetzungen führten. Der Staatssekretär der Handelsabteilung Schwedens, C.J. Aaberg, versuchte vergeblich vor dem Ausschuß, die Tätigkeit Palmes zu relativieren. Indien sollte in den Abkommen auch die Waffen erhalten, wenn es zwi-

schenszeitlich in einen Krieg verwickelt würde. Im Krieg zwischen Iran und Irak ist Schweden ebenfalls eine der Drehscheiben für Materiallieferungen. Wieder sind es Bofors und Dynamit-Nobel, in Zusammenarbeit mit der SSE „Societe Suisse Explosifs“, WNC Nitrochemie in Aschau, die zur WASAG gehört. WNC und Bofors lieferten 1982 350 Tonnen Nitrozellulose, womit man wochenlang Granaten abfeuern kann. Das Material wurde zunächst nach Samsun, Türkei, geliefert. Weitere Beteiligte sind die SNPE in Frankreich, PRB in Belgien, Serfina AG, Schweiz, Scandinavian Commodity, Schweden, Muiden-Chemie, Holland sowie Dynamit Nobel, Troisdorf, BRD, die auch mit Nobel Explosives in Großbritannien und einer 50%igen Beteiligung bei Muiden im Geschäft sind. Geliefert wird von den jeweiligen Ländern in ein anderes NATO-Land, z.B. von der BRD nach Belgien. Verschifft wird in Zeebrugge, Nordenham etc. nach Bandar-Abbas im Irak. Alle außer der BRD haben jetzt parlamentarische Untersuchungen laufen.

Quellenhinweis: Neue Zürcher Zeitung, 31.01.88; Manuskript der ZDF-Fernsehsendung „Hochexplosiv“ vom 07.01.88 – (uwv)

Italien

Frauen-Power in Rom

Am 26. März demonstrierten in Rom 150000 Frauen – das Organ der Kommunistischen Partei (PCI), l'Unita, spricht sogar von 200000 Teilnehmerinnen – unter den Losungen „Arbeit für alle – für eine andere Arbeit – für eine Gesellschaft ohne Gewalt“. Auf-

gerufen hatten die nationalen Frauenausschüsse der drei großen Gewerkschaftsdachverbände CGIL, CISL und UIL.

Hatte die italienische Tageszeitung „Repubblica“ von der Pressekonferenz, die der Demo voranging, noch genüß-



Demonstration in Neapel gegen Massenarmut vor einigen Jahren



Am 9./10.4. haben die USA ihren wirtschaftlichen und militärischen Druck auf Panama weiter verstärkt. Reagans Stabschef im Weißen Haus, H. Baker, schloß ausdrücklich militärische Aktionen nicht mehr aus, nachdem Reagan eine Regierungsvollmacht unterschrieben hatte, wonach „eine ungewöhnliche und außerordentliche Bedrohung für die nationale Sicherheit, die Außenpolitik und die Wirtschaft“ der USA vorläge. Zuvor waren die US-Truppen in Panama (ca. 10000) um weitere 2000 Soldaten erhöht worden. Panama versetzte seine 16000 Soldaten daraufhin in Alarmbereitschaft, in Arbeitervierteln wurden Verteidigungsgruppen gebildet. Auch Teile der bürgerlichen Opposition kritisieren inzwischen die US-Sanktionen. – (sie)

Brasilien: Gedenkfeiern zur Sklavenbefreiung

Zum 100. Jahrestag der Sklavenbefreiung will die Regierung Gedenkfeiern durchführen und zwei Gesetze verabschieden: die Einrichtung einer Stiftung „Palmares“, wo tausende entfloher schwarzer Sklaven eine eigene Republik errichteten, und die Erklärung dieses Gebietes zum nationalen Monument. Die verfassungsgebende Versammlung legte einen Entwurf vor, in dem erstmals in der Geschichte des Landes der Rassismus zum Straftatbestand erklärt wird. Organisationen der Schwarzen kritisierten, daß die Lage der über 60 Mio. Schwarzen nicht grundlegend verbessert würde, und rufen zu eigenen Veranstaltungen

zum Todestag von Zumbi, dem Führer der Republik Palmares, im Herbst auf. – (sie)

Libanon: Generalstreik für höhere Löhne

Am 5.4. folgten Zehntausende von Lohnabhängigen, moslemischer und christlicher Religionsgemeinschaft angehörig, dem Aufruf des Gewerkschaftsverbandes CGTL zu einem 24-stündigen Generalstreik für Lohnerhöhungen um 300%, der Produktion, Handel und öffentliche Dienstleistungen zum Erliegen brachte. Die letzte jährige Inflationsrate lag bei 225%. Falls die Regierung der Forderung bis zum 15.4. nicht nachkommt, will der CGTL zu einem unbefristeten Generalstreik aufrufen. – (sie)

Azanische Farmarbeitergewerkschaft gegründet

Zum erstenmal in der Geschichte wurde in Südafrika eine nationale Gewerkschaft für Farmarbeiter gegründet. An der Gründung der National Union of Farmworkers (NUF) nahmen über 1200 Arbeiter teil. Die Gewerkschaft hat Mitglieder in der Forstwirtschaft, auf Farmen in Natal, die Chemikalien testen, auf Hühnerfarmen, Schweinefarmen in Worcester und auf Farmen der Anglo-American Corporation. Die Farmarbeiter sind vom Gesetz über Arbeitsbeziehungen ausgeschlossen und sind deshalb als Arbeiter sehr wenig geschützt. „Unsere Mitglieder kommen aus unterschiedlichen ideologischen Richtungen. Einige gehören der Inkathabewegung an, andere der United Democratic Front (UDF) oder der Azanian Peoples Organisation (AZAPO) an. Wir können uns deshalb also nicht einer politischen Organisation anschließen“, sagte ein Sprecher der NUF. NACTU (National Council of Trade Unions), dem sich die NUF angeschlossen hat, ist neben COSATU (Congress of South African Trade Unions) ein Gewerkschaftsdachverband und wird im allgemeinen mit der Bewegung des schwarzen Bewußtseins in Verbindung gebracht. Die Gewerkschaft betonte, daß sie sich als NACTU-Mitglied dem Antirassismus, dem Antikapitalismus, dem Antiimperialismus und der Antidiskriminierung verpflichtet habe. Die Freiheitscharta und das Azanische Manifest erkenne die NUF wie alle anderen historischen Dokumente an, den Interessen der Arbeiter aber sei am besten mit einem von den Arbeitern selbst entwickelten Manifest gedient. – (obj)

lich vermeldet, daß dort die – männlichen – Gewerkschaftsvorsitzenden das große Wort geschwungen hätten, so muß die Demonstration selbst als großer Erfolg der italienischen Frauen gewertet werden.

Gekommen waren alle: Olivenpflückerinnen aus Kalabrien, Textilarbeiterinnen aus der Po-Ebene, Rentnerinnen aus Neapel, Hausfrauen, Erwerbslose, Frauen aus allen Parteien, Frauen aus Kirchen- und Umweltgruppen, Frauengruppen bis hin zu den Anti-Mafia- und Anti-Chamorra-Gruppen aus Sizilien und Neapel.

Es war die größte Frauendemonstration, die Rom je gesehen hatte. Es war aber auch die seit langem größte, von Gewerkschaften organisierte Demonstration – und auch die bei weitem phantasievollste. Und letzteres lag nicht nur an der Musik, die aus

den Lautsprechern tönte: Gianna Nannini, Edith Piaf, Strauß-Walzer, Bizet-Oper „Carmen“.

Die Frauen demonstrierten für eine *andere italienische Gesellschaft*, und dies genau zum Zeitpunkt einer neuerlichen Regierungskrise, deren genaue Ursachen zu erforschen sich nicht nur die ausländische Artikelschreiberin wehrt. Klar ist nur, daß auch das neue Regierungsprogramm wenig mit der italienischen Wirklichkeit und am allerwenigsten mit den italienischen Frauen zu tun hat.

Die Frauen wollten nicht nur der herrschenden Fünf-Parteien-Koalition aus Christ-, Sozialdemokraten, Sozialisten, Liberalen und Republikanern Druck machen. Druck gemacht werden soll auch der PCI und den Gewerkschaften: Sie fordern „Arbeit für alle“ und insbesondere spezielle Frau-

enbeschäftigungsprogramme für Süditalien, wo die Frauenerwerbslosigkeit besonders verheerend ist. Hier steht einer männlichen Erwerbslosenquote von neun Prozent eine solche unter Frauen von 17 Prozent gegenüber. Und die Frauen fordern eine *andere Arbeit*: gesellschaftlich nützlichere und sinnvolle Arbeit; eine Arbeitsorganisation, die die Trennung von Außer-Hausarbeit und Privatleben und Privatarbeit aufhebt, Arbeitszeitverkürzungen und flexible Arbeitszeiten für Frau und Mann und mehr öffentliche soziale Einrichtungen und Hilfen.

“La notte ci piace, vogliamo uscire in pace – Die Nacht gefällt uns – wir wollen in Ruhe ausgehen!“ Einen dritten Schwerpunkt der Demonstration bildete das Thema „Gewalt gegen Frauen“: Die Forderung lautet, daß

Portugal: Neue Anklage gegen Othelo de Carvalho

Der Führer der sog. „Nelkenrevolution“ von 1974, Oberstleutnant Othelo de Carvalho, und 55 andere politische Gefangene sind angeklagt, den Gefängnisgeneraldirektor Branco ermordet zu haben. Bereits in einem vorhergehenden Prozeß war Othelo u.a. wegen „Gründung einer terroristischen Vereinigung“ zu 18 Jahren Haft verurteilt worden. Die Prozesse stehen im Zusammenhang mit dem Bemühen der Bourgeoisie, die Errungenschaften der „Nelkenrevolution“ gänzlich zu beseitigen. – (sie)

Türkei: Britische Expansionsinteressen

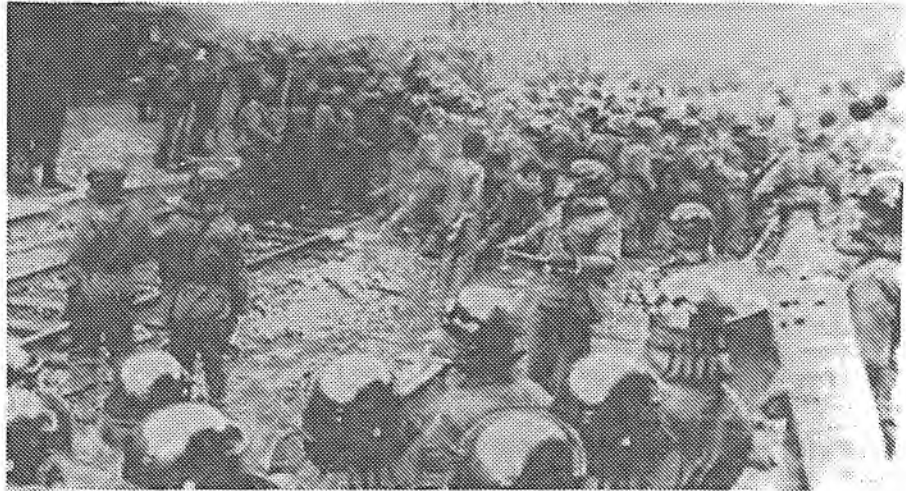
Weitere Großaufträge erhofft sich die britische Industrie vom Staatsbesuch Margret Thatchers in der Türkei vom 7. bis 9. April. Das britische Unternehmen AMEC hat gerade einen Vertrag über 200 Mio. DM für die Modernisierung und Erweiterung des Gasnetzes in Ankara gewonnen, für den die Regierung ein Darlehen in ähnlicher Höhe gab – das erste zwischenstaatliche Darlehen Großbritanniens an die Türkei überhaupt. Der Beginn der Bauarbeiten wurde bei dem Besuch von Thatcher und Özal gefeiert, weitere Projekte diskutiert, z.B. der Bau einer innerstädtischen Autobahn in Istanbul oder einer dritten Bosphorus-Brücke. Die Expansionsinteressen des britischen Imperialismus in der Türkei kamen auch in den Gesprächen über gemeinsame Waffenproduktion zum Ausdruck. Thatcher sprach sich für die Auszahlung der EG-Hilfe an die Türkei aus, hielt sich aber in Bezug auf den Antrag auf EG-Mitgliedschaft zu-

rück. Die Türkei solle zunächst „das Assoziierungsabkommen wiederbeleben“, sagte sie. – (hef)

Frankreich: AD-Gefangene beenden Hungerstreik

Die seit über einem Jahr inhaftierten vier führenden Mitglieder der Action Directe haben ihren seit dem 1.12.88 geführten Hungerstreik beendet. Seit Wochen befanden sich Jean-Marc Rouillan, Nathalie Ménigon, Joelle Aubron und Georges Cigiani im Gefängnis Krankenhaus bei Paris. Ihr Gesundheitszustand war zuletzt lebensgefährdend, sie wogen jeweils nur

knapp über 30 kg. Die Forderungen der Hungerstreikenden nach Anerkennung als politische Gefangene und Beseitigung der Isolationshaft wurden von der französischen Regierung abgelehnt. Für die vier AD-Mitglieder erklärten ihre Anwälte, daß der Hungerstreik nur suspendiert sei und daß der Kampf um die Durchsetzung ihrer Forderungen fortgesetzt werde. Nur ein Teil der französischen Linken und bekannte Persönlichkeiten hatten gegen die Haftbedingungen protestiert. Das eingesetzte Sondergericht kündigte bereits einen weiteren Prozeß gegen die vier an. – (sie)



Nach den großen Streiks in über 3000 südkoreanischen Betrieben im Sommer letzten Jahres, mit denen die Lohnabhängigen z.T. kräftige Lohnerhöhungen, unabhängige Gewerkschaften und verbesserte Arbeitsbedingungen durchsetzen konnten, standen Anfang April erneut über 10000 in Lohnkämpfen. 10000 Werftarbeiter streiken für Lohnerhöhungen um 53%, 1500 Arbeiter des Automobilkonzerns Hyundai für 26% mehr Lohn. Die Betriebsgewerkschaft von Flair Fashion Co. Ltd. (Adler-Bekleidungswerk AG) erhebt Lohnforderungen von 40% und will dafür zum Streik aufrufen. Die Geschäftsleitung droht mit Schließung, weil die „internationale Konkurrenzfähigkeit“ gefährdet sei. In Seoul bekräftigten mehrere tausend Arbeiter, unterstützt von Studenten, bei Demonstrationen ihre Forderungen nach Freilassung von inhaftierten Arbeitern, Lohnerhöhungen und Verbesserung der Arbeitsbedingungen. – (sie)

endlich das seit zehn Jahren in Diskussion stehende Gesetz gegen sexuelle Gewalt verabschiedet wird. Dazu hat sich inzwischen auch im italienischen Parlament eine breite überparteiliche, linke Frauenkoalition gebildet. Dieses Gesetz würde u.a. Strafen für Vergewaltigung verschärfen und auch sexuelle Gewalt in der Ehe und Familie unter Strafe stellen. Aufgrund kürzlich mitten im Stadtzentrum von Mailand und Rom geschehenen Überfällen von Frauen und der Tatsache, daß immer mehr Frauen und Mädchen den Mut haben, Vergewaltigung und sexuellen Mißbrauch gerade auch in Familie und durch Verwandte öffentlich zu machen und anzuzeigen, nimmt die Diskussion über sexuelle Gewalt in der italienischen Öffentlichkeit immer breiteren Raum ein. Neben dem Gesetz gegen sexuelle Ge-

walt forderten die Demonstrantinnen von den Kommunen Maßnahmen wie die Einrichtung von Nachttaxis für Frauen, mehr Nachtverbindungen der öffentlichen Verkehrsmittel, verbesserte Straßenbeleuchtung und kostenlose Beratungsstellen für vergewaltigte Frauen – Forderungen, die auch in der BRD wohlbekannt sind, aber in Rom eben von einer breiten Mehrheit unter den Frauen – von autonomen Frauen, Gewerkschafts- und Parteifrauen und von Frauen, die keiner solchen „Schublade“ zugeordnet werden können – getragen wurden.

Alles in allem muß diese Demonstration als großer Erfolg gesehen werden: Es ist mit ihr gelungen, bei aller Berücksichtigung der Verschiedenheit der teilnehmenden Frauen und deren unterschiedlichen Positionen, diese um die brennendsten Punkte und For-

derungen zusammenzuschließen. Dies erscheint mir umso wichtiger, als zumindest Teile der „alten“, einstmaligen starken italienischen Frauenbewegung der siebziger Jahre sich um die Frage der Verschiedenartigkeit auch unter Frauen mehr zu streiten scheinen, als gemeinsame Sache zu machen. Letztes Indiz hierfür ist die kürzlich erfolgte Spaltung des auch unter deutschen Feministinnen bekannten römischen Frauenforschungszentrum „Virginia Woolf“. Für uns bundesdeutsche Frauen ist schließlich nicht gerade unwichtig, daß die größte Frauendemonstration aller italienischen Zeiten von den *Gewerkschaftsfrauen* organisiert wurde. – (S.B.)

Der oben abgedruckte Artikel wurde den Politischen Berichten von der Redaktion der SoZ zur Verfügung gestellt. – (sie)

– Veröffentlichungen –

Kriegsdienstverweiger gegen Zivilschutzübungen

Die Zentralstelle für Recht und Schutz der Kriegsdienstverweigerer aus Gewissensgründen, eine Koordinierungsstelle, der 29 Organisationen von Verweigerern und Kriegsdienstgegnern angehören, wendet sich in einer Dokumentation gegen die zunehmende Verschlechterung des zivilen Ersatzdienstes und gegen die Versuche, den Ersatzdienst durch Einbindung in Zivilschutz oder andere Maßnahmen zunehmend zu militarisieren. Z.B. hatte das Landratsamt von Lindau während der Stabsrahmenübung Wintex-Cimex im vergangenen Jahr

bau des sogenannten freiwilligen „sozialen Jahres“ für Mädchen. Dies sei Teil der Kampagne, Frauen in die Bundeswehr bzw. in eine dem Arbeitsdienst ähnliche Dienstpflicht zu zwingen: „Die Einplanung von Frauen wird vor allem im zivilen Bereich vorangetrieben, z.B. im Pflegebereich. Die Ausbildung von Schwesterhelferinnen ist gekoppelt mit der Verpflichtung, im Katastrophenfall gegebenenfalls zu helfen. Dafür bezahlt das Innenministerium aus dem Zivilschutzetat 70 Prozent, das Verteidigungsministerium 30 Prozent der Lehrgangskosten. Wer die Verpflichtung nicht unterschreibt, muß für den Kurs über 500,- DM selbst bezahlen,



Zivildienstleistende protestieren gegen die Militarisierung des Ersatzdienstes.

versucht, den beim Jugendamt beschäftigten Kriegsdienstverweigerer die Teilnahme an der NATO-Übung zu befehlen. Nach Protesten der Verweigerer nahm das Landratsamt die Anordnung zurück. In dem Bericht heißt es: „Nachträglich wurde so getan als wäre nie etwas gewesen. Dabei hat das Landratsamt vor seiner Anweisung die Innenministerien des Bundes und des Freistaates Bayern und das Bundesamt für Zivildienst über die zuständigen Regionalbetreuer und die staatliche Zivildienstgruppe befragt ... Hier wurden das militärische Interesse und das Zivilschutzinteresse an militärisch-ziviler Zusammenarbeit für wichtiger gehalten als die Gewissensschutzgarantien des Grundgesetzes. Wenn militärische Interessen wichtiger werden als die Verfassung eines Landes, nennt man das normalerweise Militarismus.“

In einem weiteren Abschnitt befaßt sich die Dokumentation mit dem Aus-

falls er überhaupt zugelassen wird. Für Männer gibt es keine staatlich bezahlte Ausbildung in diesen Kursen, weil sie im Kriegsfall anders eingeplant sind. Das zeigt, daß die Schwesterhelferinnenausbildung reine Kriegsvorbereitung ist, die nur die Bezeichnung ‚Katastrophenfall‘ bei der Verpflichtung verschleiert wird. Ginge es um zivile Katastrophen, könnten nämlich Männer ebenso diese Ausbildung gut gebrauchen – aber sie werden nicht ausgebildet ... Auf dem Hintergrund der erschlichenen ‚freiwilligen Meldungen‘ der Schwesterhelferinnen zum Bundessanitätsdienst sind die verstärkten staatlichen Fördermaßnahmen für das freiwillige soziale Jahr sehr kritisch zu sehen. Vermutlich verfolgen sie entsprechende Ziele, am wahrscheinlichsten die Vorbereitung eines Pflichtdienstes.“ (Ulrich Finkh, Zentralstelle, Schlechterstellung als Prinzip. Zu beziehen über: Zentralstelle für Recht und

Schutz von Kriegsdienstverweigerern, Bremen, Carl-Schurz-Str. 17, 2800 Bremen) – (uld)

Dokumentation gegen Angriffe auf Feyka-Kurdistan

Im Vorwort schreibt Feyka-Kurdistan: „Wir, die Feyka-Kurdistan als eine Föderation der Arbeiter- und Kulturvereine aus Kurdistan, führen in der BRD verstärkte politische und demokratische Aktivitäten durch. Unsere Hauptaktivitäten bestehen in der aktiven Unterstützung des Befreiungskampfes in Kurdistan. Allerdings werden wir insbesondere seit einigen Jahren in der BRD einer systematischen Kriminalisierung durch die staatlichen Behörden der Bundesrepublik ausgesetzt. Sowohl im Jahre 1987 als auch seit Anfang 1988 wird in der Öffentlichkeit eine Hetzkampagne sowohl gegen den Befreiungskampf in Kurdistan als auch ihren Unterstützern im Ausland in massiver Weise praktiziert. Auf diese Weise wird der wahre Sinn und die Ziele unserer Aktivitäten in entstellter Form der Öffentlichkeit wiedergegeben. Wie das geschieht und welche schmutzigen Mittel dazu benutzt werden, wollen wir in dieser Broschüre aufgreifen und in der Öffentlichkeit vermitteln. Man versucht, den Befreiungskampf des kurdischen Volkes und seinen Unterstützern in der BRD und schließlich in Europa als „terroristisch“ und „gefährlich“ zu lancieren. Durch Razzien, gezielte Propagandakampagnen, Verhaftungen und der systematischen Verfolgung soll der Öffentlichkeit ein negatives Bild vermittelt werden, um ihre Unterstützung zum Befreiungskampf in Kurdistan zu unterbinden. Es ist selbstverständlich, daß wir als Feyka-Kurdistan alle demokratischen Mittel benutzen werden, um die wahren Hintergründe dieser Repressionen gegen die Kurden in der BRD der Öffentlichkeit darzulegen. Das ist auch das Ziel dieser Broschüre.“

Die Broschüre enthält folgende Abschnitte: 1. Die allgemeine Situation der Kurden in der BRD; 2. Die deutsch-türkischen Beziehungen und die Angriffe; 3. Veranstaltungen, Kundgebungen u.ä. Die Verhinderung der politischen Kundgebungen; 4. Die Kriminalisierung von politischen Personen und Vereinen – Komplote und Angriffe –; 5. Razzien – Polizeioperationen; 6. Die beschlagnahmten Adressen und die Informationen über die Kurden werden an den türkischen Staat weitergegeben; 7. Angriff auf die Pressefreiheit und freie Meinungsäußerung; 8. Die Erklärung Rebmanns. (Über die Angriffe gegen den Nationalen Befreiungskampf Kurdistans; Feyka-Kurdistan, Dokumentation Nr. 2, 1,- DM. Zu beziehen über: Feyka-Kurdistan, Postfach 1531, 5300 Bonn 1) – (uld)

Giftgas-Krieg gegen Kurden

Kurdische Organisationen in der BRD protestieren gegen Giftgas-Einsatz

Die irakische Regierung hat kurdische Städte und Dörfer im eigenen Land mit Giftgas bombardieren lassen, weil sie eine Zusammenarbeit irakischer Kurden mit dem Kriegsgegner Iran fürchtet. Tausende kamen bei dieser Bombardierung um, die Spätfolgen sind grausam. Giftgas ist seit 1925 international als Kriegswaffe geächtet, weil die verheerenden Folgen weltweite Proteste ausgelöst haben. Gegen die Bombardierung durch den Irak haben sowohl Feyka Kurdistan wie auch Komkar und andere kurdische Organisationen, u.a. die Sympathisanten der Sozialistischen Partei Kurdistans/Irak, Protestaktionen in der BRD durchgeführt.

Tatsächlich ist das Giftgas im Verlauf des zweiten Weltkrieges nur vereinzelt von den Japanern als Kriegswaffe eingesetzt worden – alle anderen kriegsführenden Mächte scheuten sich, die Waffe im Krieg einzusetzen, obwohl z.B. das faschistische Deutsche Reich über große Mengen von Giftgas verfügte und dieses in den Konzentrationslagern ja auch eingesetzt hat. Seither sind nur von den USA im Krieg gegen Vietnam und Kamputchea die als „Gelber Regen“ bekannten Mycotoxine, biologische Giftgase, und ein dem CS-Gas verwandtes Reizgas eingesetzt worden. Die Produktion von Mycotoxinen ist schwierig.

Die Produktion der vom Irak hauptsächlich verwendeten Waffen Senfgas und Tabun hingegen ist verhältnismäßig einfach. Die Technologie nahezu jeder Pflanzenschutz- oder Düngemittelfabrik reicht dafür aus. Seit die UNO Ermittlungen gegen den Irak wegen des völkerrechtswidrigen Einsatzes von Giftgas führt, ist bekannt, daß die Produktion der Gase wahrscheinlich in Fabriken stattfindet, die von westdeutschen Kapitalisten in den Irak geliefert worden sind. Solche Anlagen fallen – so die Bundesregierung in einer Antwort auf eine Anfrage der Grünen 1984 – nicht unter die Erlaubnispflicht nach dem Kriegswaffenkontrollgesetz. Ihr Export gilt – ähnlich wie der Export von Hubschraubern, Lastwagen usw. – als zivil. Exporte solcher Anlagen dürfen auch weiterhin stattfinden.

Die Bundesregierung hat zwar international gegen den Giftgaseinsatz durch den Irak protestiert. Tatsächlich nutzen aber westdeutsche Militärs den Einsatz seit geraumer Zeit, um weitere praktische Erfahrungen mit den Wirkungen dieser Waffen zu sammeln. Hunderte von iranischen Soldaten sind in europäischen Krankenhäusern

behandelt und untersucht worden. Im Oktober 1986 führte die NATO ein Hearing zu den Ergebnissen dieser Untersuchungen in Brüssel durch. Dabei stellte sich heraus, daß es der NATO im Rahmen der UNO-Untersuchungen gelungen ist, ihr eigenes Gerät im Iran und im Irak zu testen. Die „Europäische Wehrkunde“ Nr. 12/86 berichtet über die Prüfung von Früherkennungssystemen durch den Brüsseler Professor Heyndrickx: „Im Iran hat sein Team die NATO-Systeme benutzt und festgestellt, daß sie bei weitem nicht empfindlich genug sind.“ Die NATO-Abteilung „Westeuropäische Verteidigungssektion“ forderte Konsequenzen für die Ausrüstung der Truppe. Die Forschungen werden fortgeführt. Die europäischen und die US-amerikanischen Imperialisten nutzen den Krieg zwischen Irak und Iran, um ihre eigene Kriegsfähigkeit zu erhöhen. Die moralische Schranken, die bisher gegen den Gift-

gaseinsatz bestehen, werden zunehmend eingerissen.

Die Proteste der kurdischen Organisationen gegen den Giftgaseinsatz verdienen Unterstützung. Wir dokumentieren im folgenden ihre Stellungnahmen.

Quellenhinweis: Bundestagsdrucksache 10/1710; Europäische Wehrkunde 8/84, 12/86 – (uld)

Massaker in Kurdistan

An die demokratische Öffentlichkeit:
Den seit Jahrzehnten andauernden Verbrechen, unter denen das kurdische Volk zu leiden hat, wurde am 18.3.1988 durch die faschistischen Machthaber im Irak ein weiteres hinzugefügt, das in Form und Ausmaß ganz besonders abscheulich ist. An diesem Tag warf die irakische Luftwaffe mit Senfgas und Tabun gefüllte Bomben über den kurdischen Städten Halabja und Khormal und mehreren benachbarten Dörfern ab. Etwa 5000 Kurden – Männer, Frauen und Kinder – fanden dabei den Tod. Andere sehen besonders durch den Einsatz des im 1. Weltkrieg erstmals von den Deutschen eingesetzten und später völkerrechtlich geächteten Senfgases einem langsamen, aber umso grauen-



Etwa 2000, vorwiegend Kurden, beteiligten sich am 9. April an einer Demonstration gegen das Giftgas-Massaker in Irakischem Kurdistan. Weil die Demonstration an der irakischen Botschaft vorbeigehen wollte, verbot die Polizei kurzfristig die Demonstration und nahm elf Demonstranten bei dem Versuch fest, die angemeldete Route fortzuführen. Zur Demonstration riefen auf: KOMKAR, AKSA, KDP, Sozialistische Junge Union Kurdistans, RIZGARI, Kurdische Demokratische Partei in Syrien, PUK, Sympathisanten der Sozialistischen Partei Türkisch-Kurdistans in der BRD, Sympathisanten der Demokratischen Volkspartei Kurdistans, Vereinigung Kurdischer Studenten in Europa – Sektion BRD, Sympathisanten der Sozialistischen Partei Kurdistans/Irak in der BRD, Union der Demokraten Kurdistans, Union der Studenten und Jugend Kurdistans in Europa, Föderation der Demokratischen Arbeitervereine Kurdistans (KKDK), Kurd-Kom, Partiya Gele Kurdistan, Heviya Gel.

hafteren Tod entgegen. Das irakische Regime setzte am 18.3. nicht zum erstenmal Giftgas ein. 1983 wurden iranische Truppen damit angegriffen. Im April 1987 waren die kurdischen Regionen von Arbil (Hawler), Sulaimaniye und Qaradagh Opfer des Senfgas-Einsatzes. Der jüngste Einsatz ist jedoch bisher beispiellos. Angesichts dieser Tatsache müssen wir leider befürchten, daß sich solche Verbrechen in dem Maße wiederholen werden, wie sich die Front des irakisch-iranischen Krieges vom Golf nach Kurdistan verlegt. Die irakische Luftwaffe hat gleichzeitig auf Wunsch des türkischen Staates Bombenangriffe gegen Ziele in Nordkurdistan geflogen und wie schon 1987 die Ortschaften bei Habur, Semdinli und Yüsekova bombardiert.

Es muß davon ausgegangen werden, daß der Irak seine Giftgase in einem Werk in Samarra herstellt, das von zwei in Frankfurt beheimateten Firmen ausgerüstet wurde oder wird. Die Bundesregierung, die sich bisher weigerte, in dieser Hinsicht tätig zu werden, wird ihre Mitschuld nicht hinter papierenen Protesten gegen das Ergebnis verstecken können.

Das kurdische Volk wird dieses Verbrechen nicht vergessen und die Verantwortlichen zur gegebenen Zeit zur Rechenschaft ziehen.

Wir protestieren gegen diese Massaker und appellieren an die demokratische Öffentlichkeit, alle Parteien und Institutionen, sich gegen diese Verbrechen zu stellen.

23.03.88

Feyka-Kurdistan, Bundesvorstand

Tausende Kurden wurden Opfer von irakischen Giftbomben

Es sind Bilder unvorstellbaren Grauens, die am 22. und 23. März 1988 vom Kampf des irakischen Präsidenten Saddam Hussein gegen die in den nördlichen Grenzgebieten lebenden Kurden über die bundesdeutschen Fernsehschirme flimmerten. Mindestens 5000 Tote und 4000 Verletzte, auf die zum Teil noch ein qualvoller Tod infolge von inneren Verätzungen und Ödemen wartet, forderte allein der Angriff vom 16. März 1988 auf die Stadt *Halabja*, die nach Zeugenaussagen von UN-Mitgliedern und ausländischen Journalisten einer Geisterstadt gleichen soll. Wie der Münchener Toxikologe Prof. Dr. Tomas Zilkes vor der Fernsehkamera (ZDF, 23. 3.88) aussagte, haben die irakischen Truppen verschiedene Giftgase und auch Giftgasgemische eingesetzt.

Hintergrund dieses Geschehens ist der Krieg gegen die um ihre Rechte ringenden Kurden. Der Vernichtungskrieg gegen das kurdische Volk dauert mit Phasen unterschiedlicher Schärfe seit Jahrzehnten an, nicht nur mit Waffen, sondern auch mit anderen

Maßnahmen wie z.B. Zwangsumsiedlungen und Hinrichtungen.

Ähnliche Bilder wie sie nach dem jüngsten Bombardement auf Halabja aufgenommen wurden, waren auch am 1. Februar 1988 in einem Film des Hessischen Rundfunks, „Die unterdrückte Trauer – Kriegsalltag im Irak“ von Georg M. Hafner und Kamil Taylan, zu sehen. Gespenstische Dörfer und Städte, Leichen auf den Straßen und auf Lastwagen, Krankenhäuser und Lazarette, in denen mit verätzten Brandblasen übersäte Opfer auf Hilfe warteten. Experten der Vereinten Nationen berichteten darin, wie sie seit 1984 Beweise dafür gesammelt haben, daß der Irak Giftgas gegen die Kurden einsetzt. Unter anderem konnten sie eine 250 kg schwere Bombe mit Senfgas sicherstellen, die gegen Kurden eingesetzt werden sollte, aber wegen

In dem Film „Die unterdrückte Trauer“ berichtete die Leiterin der Deutschen Sektion von Amnesty International, Brigitte Erler, von 300 kurdischen Kindern, die gefoltert und getötet wurden. Die Särge, in denen die Leichen abgeliefert wurden, hat man den Eltern noch in Rechnung gestellt.

Mitverantwortlich für den Tod tausender Zivilisten in Irakisch-Kurdistan sind auch jene Firmen in der Bundesrepublik, die die baulichen Anlagen zur Herstellung von Giftgas an den Irak geliefert haben. Darunter sind z.B. die Firma Karl Kolb GmbH in Langen-Deirich, Water Engineering Trading (WET) in Hamburg, der Preussag Konzern in Hannover und die Firma Dornier Aviation Service in Frankfurt. Diese Firmen sollten daher zur Rechenschaft gezogen werden.



Feyka Kurdistan führte in zahlreichen Städten in der BRD Protestaktionen gegen das Giftgasmassaker durch. Bild: Aktion in Wien

ihrer primitiven Zünders versagte.

Senfgas, diese brutale Waffe, an deren Folgen man langsam stirbt, wurde im Ersten Weltkrieg von den Deutschen erfunden und 1925 durch das Abkommen von Genf international verboten. Die irakische Regierung setzt es aber ebenso ein wie, so Prof. Zilkes, Blausäuregas und diverse, rasch tödlich wirkende Gemische. „Diese Bilder werde ich nimmer los“, meinte der Schweizer UN-Experte Dr. Ulrich Janobersteg, als er im Januar 1988 zu den Städten von Giftgasopfern reiste. Für das kurdische Volk im Irak sind das aber nicht die einzigen Schreckensbilder. Säcke mit Leichen von gefolterten und brutal umgebrachten kurdischen Gefangenen, die dann auf die Straße geworfen werden, gehören zum Alltag.

Diese Informationen sind in verschiedenen Zeitungen in der Bundesrepublik veröffentlicht worden. Die zuständigen Stellen sind aufgefordert, alles zu tun, um das Mord-Gift-Geschäft sofort zu stoppen.

Wir appellieren an die deutsche Regierung, an die deutsche Öffentlichkeit, an humanitäre, politische und gesellschaftliche Organisationen für sofortige Intervention bei der irakischen Regierung, um den Massenmord am kurdischen Volk zu stoppen. Außerdem rufen wir das Deutsche Rote Kreuz dazu auf, sich nach Kräften für die Opfer einzusetzen.

24. März 1988
Komitee gegen den Einsatz chemischer Waffen in Irakisch-Kurdistan,
c/o Komkar, Burgunderstr. 35-37,
5000 Köln 1

Asylbewerber: Teilerfolg durch Sitzstreik

Ulm. Fünf Tage dauerte der Sitzstreik, verbunden mit einem zweitägigen Hungerstreik, den 12 Flüchtlinge aus Afghanistan vor Containerbaracken durchführten, weil sie darin nicht leben wollen. Die Stadt Blaustein bei Ulm hat zwei Containerbaracken, angeblich ausgelegt für je 16 und 24 Personen, in die sie Asylbewerber steckt. In einer lebten 5 Flüchtlinge aus Ägypten, in der andern 4 indische Flüchtlinge. Aus Tübingen sollten noch 21 afghanische Flüchtlinge nach Blaustein verlegt werden. Bei ihrer Ankunft am 18.3. weigerten sich diese jedoch, einzuziehen: Container seien Transportmittel für Waren und keine Wohnungen für Menschen. Sie verlangten einfache, aber menschenwürdige Wohnungen. Zwölf von ihnen zogen endgültig nicht ein, sondern setzten sich mit Plakaten davor. Nachdem die Sache im Gemeinderat zur Sprache kam, ließen sich die Flüchtlinge auf folgenden Kompromiß ein: Die Stadt sucht innerhalb von drei Monaten Wohnungen. Die Container werden sofort instandgesetzt. (Aus „Antifaschistische Nachrichten“ der Volksfront) – (elr/gba)

IGM-Frauen schreiben an Botha und Kohl

Offenburg. Auf der Frauenkonferenz der IG Metall Offenburg verabschiedeten am 29.3.88 die Anwesenden zwei Briefe. An Botha ging folgendes Schreiben: „Wir, die 30 Anwesenden der Frauenkonferenz der IG Metall Offenburg, verurteilen auf das Schärfste, daß Sie die ‚Sechs von Sharpville‘ hinrichten wollen ... Wir fordern Sie dringend auf, die sechs Gefangenen sowie die vielen anderen politischen Gefangenen in Ihrem Land freizulassen. Wir fordern die Aufhebung des Bannes gegen alle Einzelpersonen und Organisationen. Wir fordern die volle Herstellung der Grund-, Menschen- und Gewerkschaftsrechte für alle in Südafrika!“

Und an die Bundesregierung: „... Alle afrikanischen Organisationen ... fordern schon lange von der Bundesrepublik und den anderen Industrieländern: Boykottiert Apartheid – Kauft keine Waren aus Südafrika – Wirtschaftssanktionen. Dennoch fließen weiterhin westdeutsches Kapital und westdeutsche Waffen nach Südafrika, dennoch behaupten westdeutsche Politiker nach wie vor, Wirtschaftssanktionen würden den Schwarzen nur schaden ... Die Bundesregierung darf sich nicht länger wirksamen Sanktionen der EG ... entgegenstellen und entsprechende Beschlüsse der Europäischen Gemeinschaft verhindern. Deutsche Banken dürfen nicht länger die Apartheid mitfinanzieren. ...“ – (rod/tht)



Flensburg. An dem Ostermarsch für Schleswig-Holstein und Südjütland/Dänemark nahmen bis zu 3000 Personen teil. Auf der zentralen Auftaktkundgebung in Flensburg sprachen Vertreter von DGB, SPD, SSW, DKP, Grüne und ABL. Letzterer war mit Traktor und abgebildetem Transparent erschienen. Es war leider auch das einzige, welches die Bundesregierung direkt angriff. – (ale)

Freispruch wegen Überfalls auf NDR-Kamerateam

In der Berufungsverhandlung vor der Großen Strafkammer des Landgerichts Hamburg sind die beiden Angeklagten freigesprochen worden. Sie waren in erster Instanz wegen angeblichen Überfalls auf ein Kamerateam des NDR während des „Hamburger Kessels“ im Juni 1986 zu hohen Geldstrafen verurteilt worden. Die Staatsanwaltschaft stützte sich dabei im wesentlichen auf die Aussage eines Spitzeljournalisten der Bild-Zeitung, der die beiden Angeklagten schwer belastet hatte. Auch in der Berufungsverhandlung konnte die Staatsanwaltschaft außer diesem „Zeugen“ von Bild nichts vorlegen. Sämtliche anderen Zeugenaussagen widersprachen der Aussage des Bildschreibers. Ihm glaubte nur der Staatsanwalt, das Gericht mußte die Angeklagten freisprechen. Zur Zeit findet noch ein Prozeß u.a. wegen Freiheitsberaubung und Körperverletzung gegen verschiedene Polizeioffiziere statt, die die Einkesselung befohlen hatten. – (mie)

Staatsanwalt als Rächer der Republikaner

Westberlin. Zehn Monate Freiheitsstrafe auf Bewährung und ein Monatseinkommen Geldstrafe beantragte Staatsanwalt Schweitzer gegen einen Teilnehmer an der Aktion gegen die Kundgebung der Republikaner vor dem Reichstagsgebäude am 17. Juli vorigen Jahres. Zeugen bestätigten, daß ein korpulenter Republikaner eine Gegendemonstrantin angriff und Klaus, der jetzt angeklagt ist, ihr zu Hilfe eilte. Polizeiaussagen aus 20 m Entfernung, ein Feuerwerkskörper als gefährliche Waffe und Rangeleien der feindseligen Menge der Antifaschisten gegen die ordnungsgemäß angemeldete Veranstaltung machten den Vor-

gang für Staatsanwalt Schweitzer zu einem Fall schweren Landfriedensbruchs. Sichtlich verärgert über die Äußerungen von Klaus, u.a. daß dem politischen Alltag, in dem Faschisten von der Polizei geschützt werden, Widerstand entgegengesetzt werden muß, vertagte der vorsitzende Richter die Urteilsverkündung. – (chk)

SPD gegen Raumverbot für Faschisten

Flensburg. Die Stadt Flensburg solle „neofaschistischen und neonazistischen Organisationen (wie z.B. der NPD, DVU, FAP) sowie Organisationen, die verdeckt oder offen in der gedanklichen Tradition des Nationalsozialismus stehen“, keine öffentlichen Einrichtungen zur Verfügung stellen. Dies beantragte die Fraktion der Grünen am 24.3. im Rat. Eine ähnliche Aufforderung hatte der DGB Kreis Flensburg Ende Januar an Stadt und Gemeinden im Umkreis gerichtet. Die SPD, die die Mehrheit im Rat stellt, verhinderte die Abstimmung darüber durch einen weitergehenden Antrag: Die Raumvergabe an „rechts- und linksextremistische Parteien“ solle die Stadt im Rahmen ihrer rechtlichen Möglichkeiten unterbinden. In seiner Begründung holte der SPD-Stadtrat weit aus gegen die „Feinde der Demokratie“ und verstieg sich gar zu der Behauptung, der Versuch der Stadt im Jahre 1968, die Bundesversammlung der NPD zu verhindern, habe diese nur noch bekannter gemacht. Mit den Stimmen von SPD, CDU und SSW wurde der SPD-Antrag beschlossen. Im Kreiswahlschuß stimmten dieselben Parteien für die Wahlzulassung von NPD und Republikanern. Die drei grünen Mitglieder stimmten unter Hinweis auf Art. 139 GG und Kontrollratsgesetz Nr. 2 gegen die Zulassung der Faschisten. (ans)

Entgelttarifvertrag

HAW-Betriebsrat verhandelt über die Anhebung der unteren Lohngruppen

In den Betrieben der chemischen Industrie verhandeln jetzt die Betriebsräte über die Umsetzung des ab 1.8. 1988 gültigen Entgelttarifvertrags. Der Tarifvertrag führt alle gewerblichen Lohngruppen, die Gehaltsgruppen der Angestellten und die Meistergruppen in einen einheitlichen Tarifvertrag zusammen (s. PB 22/87, S. 19).

Wenn auch der Vertrag für die Handwerkerlohngruppen Vorteile verschafft (Absicherung der übertariflichen Zulagen), so wird er in der Gesamtheit negative Folgen, insbesondere für die unteren Lohngruppen, haben.

Der Tarifvertrag differenziert in den unteren Lohngruppen und den Handwerkergruppen neu. In den bisherigen Lohngruppen II, III, IV und V sind jeweils neue Lohngruppen eingefügt,

haltung halten muß. 2. Der Entgelttarifvertrag gruppiert nach Tätigkeitsmerkmalen und nicht nach individueller Leistungsbeurteilung ein. Das bedeutet, daß Eingruppierungen nach Tätigkeiten, die in dem betreffenden Arbeitsbereich anfallen, vorgenommen werden müssen und nicht nach Beurteilung des einzelnen Kollegen. 3. Der Betriebsrat verlangt, daß die ELB-Werker, Hüttenwerker und Gießereiarbeiter, die jetzt in Lohngruppe II eingruppiert sind, nach E3 umgruppiert werden. Die zukünftige Entgeltgruppe E2 soll nur noch für einen bestimmten Zeitraum Eingangsstufe für E3 sein (für Neuanfänger). 4. Regelüberführung der Lohngruppe III nach E4. Umgruppierung in E5 für Tätigkeiten, die eine längere Anlernzeit erfordern. 5. Einheitliche Ein-

Entgeltgruppe	Regelüberführung	Entgeltstruktur nach Vorschlag des Betriebsrates
E1	L1 K/T1	
E2	L2	Hüttenwerker, Gießereiarbeiter, ELB-Werker bei Neueinstellung
E3		Hüttenwerker, Gießereiarbeiter, ELB-Werker nach Einarbeitungszeit
E4	L4 K/T2	Jetzige Lohngruppe 3 (z.B. Anlagenfahrer, Verfahrenskontrolle)
E5		Tätigkeiten der Lohngruppe 3, die eine längere Anlernzeit erfordern
E6	L4 K/T3	Handwerker, kaufm. und technische Angestellte bei Berufsbeginn
E7		Handwerker, kaufm. und technische Angestellte nach Einarbeitung
E8	L5	Jetzige Lohngruppe 5
E9	K/T4 M2	Einheitliche Eingruppierung der Vorarbeiter
E10	K/T5	
E11	K/T6 M3	K/T4 M2 bis K/T8 M5 sollen in die Entgeltgruppen
E12	K/T7 M4	E9 bis E13 entsprechend der im Tarifvertrag festgelegten
E13	K/T8 M5	Regelüberführung überführt werden

so daß die Arbeiter in insgesamt sieben statt bisher vier Gruppen eingruppiert werden (Hamburg). Das ermöglicht den Kapitalisten eine stärkere Differenzierung nach ihren Leistungskriterien, da durch die Beschreibung der Lohngruppen und ihre Abgrenzungen die Arbeiter kaum Ansprüche an den Tarifvertrag stellen können.

Der Betriebsrat der Hamburger Aluminium Werke (HAW) hat die Verhandlungen mit der Geschäftsführung auf Abteilungsversammlungen vorbereitet und dort die grundsätzlichen Forderungen verabschiedet. Besonders Gewicht wird auf die unteren Lohngruppen gelegt. In einem Informationsblatt hat der Betriebsrat seine Forderungen formuliert: „1. Der Entgelttarifvertrag legt die Regelüberführung fest. Das ist die Mindestvoraussetzung, an die sich die Geschäftsfüh-

gruppierung von Tätigkeiten, die eine abgeschlossene Berufsausbildung (oder entsprechende Berufserfahrung) erfordern in E7, bzw. in E8, wenn vorher Lohngruppe V bestand. Die Entgeltgruppe E6 ist dann Eingangsgruppe für E7 ... 6. Einheitliche Eingruppierung der Vorarbeiter in E9 ... 7. Für die Entgeltgruppe E1 bis E4 muß eine ähnlich organisierte Entgeltgarantie (Absicherung der übertariflichen Zulagen) geschaffen werden, wie für E5 bis E8. 8. Bei der Entgeltgarantie in den Gruppen E5 bis E8 müssen auch Tätigkeitsjahre anerkannt werden, die bei anderen Firmen zurückgelegt wurden.“

Die Forderungen sind nebenstehend schematisch dargestellt, wobei die durch den Tarifvertrag vorgeschriebene „Regelüberführung“ der jetzigen Lohn- bzw. Gehaltsgruppen

in den Entgelttarifvertrag in der zweiten Spalte dargestellt ist und in der dritten Spalte die Forderungen des Betriebsrats.

Die Forderungen zielen darauf ab, den Kapitalisten Möglichkeiten der Leistungs differenzierung zu nehmen und gemeinsame Ansprüche der Arbeiter durchzusetzen. Die Geschäftsführung hat bislang auf die Forderungen des Betriebsrats nicht reagiert, aber angedeutet, daß sie über eine Anhebung der unteren Lohngruppen nicht mit sich reden lassen will. Ende April werden erste Verhandlungen zwischen Betriebsrat und Geschäftsführung stattfinden.

Der Entgelttarifvertrag hat eine schwierige Lage geschaffen. Die Gefahr der Abspaltung der unteren Lohngruppen ist groß, und es wird schwierig sein, dies in betrieblichen Auseinandersetzungen abzuwehren.

Der Vertrauenskörper bei HAW hat einen Antrag an den Gewerkschaftstag gestellt, der von der Delegiertenversammlung der Verwaltungsstelle Hamburg einstimmig angenommen wurde, daß für die unteren Lohngruppen eine Absicherung der übertariflichen Zulagen durchgesetzt werden muß, durch tarifliche Vereinbarung einer Entgeltgarantie, wie sie jetzt für die Facharbeiterlohngruppen vereinbart wurde. – (güt)

Oppositionelles Lokalradio

„Radio Z“ vorläufig weiter auf Sendung

Nürnberg. Seit Anfang 1987 können im Großraum Nürnberg auf fünf Frequenzen private Rundkunksendungen empfangen werden. Während die lokalen Verlage das Gros der 120 täglichen Sendestunden unter sich aufteilen konnten, ist seit Dezember 1987 täglich von 17 bis 20 Uhr ein alternatives Radio zu hören. Mit lokalen Nachrichten und Informationen aus Kommunalpolitik, Arbeitswelt oder Ökologiebewegung, Kulturprogrammen konnte Radio Z die trübe Medienlandschaft etwas aufhellen. Die Sendungen werden finanziert aus den Beiträgen der Mitglieder einer Rundfunkaktionsgemeinschaft demokratischer Initiativen und Organisationen, R.A.D.I.O. e.V.

Beinahe aber wäre am 20. März 1988 schon wieder Schluß gewesen. In Bayern, wo seit 1972 ein verfassungsrechtliches Verbot privater Rundfunkanstalten zu beachten ist, tritt nach dem Medienerprobungsgesetz (MEG) bis 1992 eine Landeszentrale für neue Medien (LZM) als öffentlich-rechtlicher Träger des Privatfunks auf. Der Rundfunk ist – fast – privat, aber trotzdem nicht frei wie die Presse. Ein Medienrat – zusammengesetzt wie der

Rundfunkrat des Bayerischen Rundfunks – entscheidet über die Lizenzierung privaten Rundfunks im Rahmen der Grundsätze des MEG.

Völlig überraschend und entgegen der Empfehlung des LZM-Geschäftsführers beschloß nun der Medienrat am 18. März ein Sende- und Empfangsverbot für Radio Z. Treibende Kräfte beim „Putsch“ im Medienrat: Innenstaatssekretär Rosenbauer („Radio Z ist in kaum vorstellbarem Maße einseitig, im Ausländerprogramm gibt es auffällig viele Hinweise auf kommunistische Veranstaltungen“), CSU-Landtagsabgeordneter Regensburg und Vertreter der katholischen Kirche („die Kirche wird verunglimpft“). In anderen Worten: Verfassungsschutz und Klerus haben den Sender genauestens beobachtet und bringen den Medienrat auf Vordermann.

Natürlich war die Empörung über den Beschluß in den Reihen der Opposition groß. R.A.D.I.O. e.V. nahm etliche neue Mitglieder auf. Daß das Vorgehen des Medienrats so nicht haltbar ist, steht durch einstweilige Verfügungen der Verwaltungsgerichte mittlerweile fest. Radio Z konnte vorläufig auf Sendung bleiben. Die CSU aber wird nicht ruhen. Das MEG kennt in seinen Grundsätzen etliche Hebel, um oppositionelle Sender zu unterdrücken. – (mas)

Rheinhausen

Der Krupp-Vorstand hält an der Stillegung fest

Duisburg. Am Freitag, 8.4., hat die Belegschaft von Krupp-Rheinhausen erneut die Arbeit niedergelegt, nachdem der Krupp-Vorstand die Verhandlungen über ein Konzept des Betriebsrates zum Erhalt des Stahl-Standortes Rheinhausen platzen ließ. Betriebsrat und IG Metall-Gremien kündigten bis zu der am 2.5. anstehenden Entscheidung des Aufsichtsrates weiteren Widerstand an und forderten zur Verstärkung der Solidarität auf.

Der Vorstand der Krupp Stahl AG läßt nach wie vor keinen Zweifel daran, daß er die Stillegung des Werkes Rheinhausen durchsetzen will. Seit der Montan-Konferenz der Bundesregierung, bei der den Konzernen an Rhein und Ruhr öffentliche „Umstrukturierungshilfen“ von 1 Mrd. DM zugesichert wurden, drohte er der Belegschaft mehrfach mit arbeitsrechtlichen Konsequenzen und drastischen Lohnabzügen. Gleichzeitig versucht er zu spalten: Ca. 150 jüngeren Beschäftigten bot er eine Versetzung in das Krupp-Werk Düsseldorf-Benrath an, die ersten haben per Neueinstellung, unter Umgehung des Rheinhausener Betriebsrates, angefangen.

Demgegenüber ist der Betriebsrat

den Absichten des Vorstandes weit entgegengekommen. Sein Konzept sieht zwar den Erhalt des Standortes Rheinhausen vor, sollte vor allem jedoch „rentabel“ sein. Der Betriebsrat will die Bildung einer „Gemeinschaftshütte“ Krupp-Mannesmann und weitreichende Rationalisierungsmaßnahmen hinnehmen, die Belegschaften sollen von jetzt 9500 auf „nur“ 6300 statt 4300 Beschäftigte abgebaut werden. Den Erhalt beider Werke will der Betriebsrat durch höhere Produktion, als vom Vorstand vorgesehen, erreichen, insbesondere durch einen Einstieg in den Edelstahlbereich. Der jährliche Profit soll zwischen 16 und 26 Mio. DM liegen.

Den Krupp-Vorstand kann das Konzept nicht überzeugen, die Stillegung würde eine Verbesserung der „Betriebsergebnisse“ von 280 Mio. DM im Jahr bringen. Die nötige Kritik an den Auswirkungen der Rationalisierung auf die Arbeitsbedingungen, insbesondere die in der „Gemeinschaftshütte“ vorgesehene Ausweitung der Conti-Schicht, wurde noch weiter verdrängt.

Der Vorschlag, in Rheinhausen Edelstahl zu produzieren, führt ebenfalls auf Glatteis: Die BRD-Edelstahl-Produktion, über 40% der gesamten EG-Produktion, zielt schon heute auf massiven Export, die Konkurrenz der Stahlmonopole würde durch eine Ausweitung verschärft.

Der nordrhein-westfälische Ministerpräsident Rau (SPD) hat inzwischen eine Vermittlung angeboten. Als Ergebnis denkbar sind eine Verschiebung der Stillegung um einige Monate und ein guter Sozialplan. Soll von der Auseinandersetzung mehr übrig bleiben, so müßte vor allem erörtert werden, was für eine Wirtschaftspolitik nötig ist, um die Interessen der Lohnabhängigen, der Produzenten, gegen die Konzerne durchzusetzen. Ein „Durchbruch“ einer Belegschaft kann nicht erwartet werden. – (wof)

CIMEX-Prozeß

Innenminister verweigert Einsicht in Szenarien

Stuttgart. Seit mehreren Wochen wird vor dem Landgericht gegen den presserechtlich Verantwortlichen eines Infos zur NATO-Stabsrahmenübung Cimex 1987 wegen „Verrat von Dienstgeheimnissen“ verhandelt. Im Info war aus bekanntgewordenen Szenarien von Cimex 1985 zitiert und u.a. geschrieben worden: „Geübt wird auch, störende Reaktionen der Bevölkerung zu unterbinden und Widerstand gegen die Kriegsvorbereitungen zu zerschlagen: So wurde bei Wintex/Cimex 85 die Bundeswehr gegen strei-

kende Arbeiter und Demonstranten der Friedensbewegung, die militärische Nachschubwege blockierten, eingesetzt ...“ Das Flugblatt wandte sich an Beschäftigte des öffentlichen Dienstes u.a. mit der Aufforderung: „Macht ‚Szenarien‘ und ‚Einlagen‘ von Cimex der Bevölkerung bekannt!“ Aus dem Aufruf und dem „Gesamtzusammenhang“ des Flugblattes leitet die Staatsanwaltschaft ihren Vorwurf her.

Den ursprünglichen Strafbefehl in Höhe von DM 1600 lehnte das Amtsgericht ab, u.a. da die Staatsanwaltschaft nicht hätte klarmachen können,



CIMEX-Szenarien: Geprobt wird die Herstellung der Kriegsfähigkeit im zivilen Bereich.

„worauf die Geheimhaltungsbedürftigkeit ... der Szenarien und Einlagen von Cimex beruht“, und das Gericht nicht erkennen konnte, wie „wichtige öffentliche Interessen gefährdet“ seien. Auf Beschwerde der Staatsanwaltschaft verfügte das Landgericht Stuttgart dann ein Hauptverfahren. Das Gericht bezog sich dabei hauptsächlich auf Anordnungen des baden-württembergischen Innenministeriums, die die Cimex-Unterlagen als „Verschlusssache – nur für den Dienstgebrauch“ qualifizieren, denn: „Gelangten diese Geheimnisse in die Kenntnis einer fremden Macht, so müßte mit schweren Nachteilen für die äußere Sicherheit der Bundesrepublik Deutschland gerechnet werden“. Durch Veröffentlichung „könnte ... die Zusammenarbeit der NATO-Vertragsstaaten gefährdet werden“. Ferner bestritt das Innenministerium, daß jemals der Einsatz gegen streikende Arbeiter und Demonstranten geprobt worden sei.

Das baden-württembergische Innenministerium weigert sich bislang, dem Gericht die angeforderten geheimen Unterlagen über im Rahmen von Cimex durchgeführte Szenarien auszuhandigen. Für den nächsten Verhandlungstermin hat das Gericht Cimex-Unterlagen des Bundesinnenministeriums angekündigt. – (evc)

Giftstoffe bei Bosch

Gesundheitliche Schäden nehmen zu, die Ursachen werden verdeckt

Stuttgart. Über 15 Millionen Beschäftigte sind in der BRD und Westberlin durch ihre Arbeit regelmäßig Gefahrstoffen – meist in Form von Gemischen – ausgesetzt. Doch in den meisten Betrieben erfolgt weder eine vollständige Erfassung dieser Risiken noch eine wirksame Bekämpfung. Von den gewerblichen Berufsgenossenschaften wurden im Jahr 1986 circa 1540 Todesfälle durch Berufserkrankungen ausgewiesen. Nach Berechnungen eines Gewerkschaftsinstituts liegt die tatsächliche Zahl aller arbeitsbedingten Todesfälle durch Gefahrstoffe aber bei über 50000. Woher kommt diese Diskrepanz? Das System des Arbeitsschutzes in der BRD konzentriert sich bisher auf Arbeitsunfälle

stand stark verschlechtert hatte. Bei einigen traten chronische Schädigungen auf. Aber: Ein anderer Klebstoff, der nicht solch giftige Dämpfe entwickelt, wird nicht gekauft, da er für Bosch zu teuer sei. Und eine Absaugvorrichtung wird nicht aufgebaut, da über den möglichen Einsatz eines Roboters noch gerätselt wird.

Zwar gibt es in der BRD ein Gefahrstoffrecht, aber Ermittlung und Erfassung der Stoffe sind unzureichend geregelt. Nur ein geringer Bruchteil der 100000 Stoffe, die in den Betrieben eingesetzt werden, ist bisher auf die Gesundheitsverträglichkeit für den Menschen untersucht worden. Die Vermarktung neuer Gifte erfolgt schon, bevor die gesamten gif-

mit betraf 1986 jede dritte gemeldete Berufskrankheit die Haut. Nur in Ausnahmefällen gesteht die Berufsgenossenschaft eine entschädigungspflichtige Berufskrankheit zu. Geforscht wird von ihr zunächst nach individuellen Faktoren wie: Waren oder sind Sie Raucher? Wie waren Ihre Rauchgewohnheiten (bitte Jahreszahl eintragen)?

Von vornherein begrenzt die Reichsversicherungsordnung die Anerkennung einer Erkrankung als Berufskrankheit auf die in der Berufskrankheitenverordnung bezeichneten Erkrankungen bzw. Gefahrstoffe. Gefahrstoffbedingte Erkrankungen werden somit in den meisten Fällen von der gesetzlichen Unfallversicherung, die die Kapitalisten zu zahlen haben, auf die Allgemeinheit, nämlich die Kranken-, Renten- und Arbeitslosenversicherung abgeschoben.

An den Beispielen aus dem Bosch-Betrieb zeigt sich: Nicht akute Erkrankungen durch Gefahrstoffe stehen zahlenmäßig im Vordergrund, sondern die sich langfristig und meistens im Verborgenen entwickelnden Gesundheitsschäden. Vor den meisten dieser Erkrankungen schützt auch nicht die Einhaltung der „Grenzwerte“. Auf solche Grenzwerte verweisen die Sicherheitsingenieure sehr gern, um Reklamationen abzuweisen. Tatsächlich sind die meisten Arbeiter einem Gemisch von Gefahrstoffen ausgesetzt. Erst vor kurzem hat man in der Bundesrepublik damit begonnen, für solche Gemische überhaupt Grenzwerte festzulegen.

Den Gewerbeämtern fehlt es an Personal und an Apparaturen für die nötigen Messungen. Skandalös wird die Sache, wenn klammheimlich wegen der politischen Attraktivität des allgemeinen Umweltschutzes immer mehr Personal aus der Aufsicht über die Einhaltung der Arbeitsschutzvorschriften in den Betrieben abgezogen wird und mit Aufgaben des allgemeinen Umweltschutzes betraut wird – dies obwohl die Gefahrstoffrisiken in den Betrieben besonders massiv auftreten.

Quellen: (1) S. Kaiser/R. Konstanty: Bilanz und Perspektiven einer Politik gegen Gesundheitsrisiken durch Gefahrstoffe in der Arbeitsumwelt; in: WSI-Mitteilungen 2/88. (2) Prof. Günther Forck auf einer wissenschaftlichen Tagung an der Universität Münster, zit. nach Stuttgarter Nachrichten vom 2.4.88. Weitere Literatur: Fritz Kalberlah: Acht Stunden täglich. Schadstoffe und Gesundheitsschutz am Arbeitsplatz, Freiburg 1983 – (ros)



Das Bild zeigt eine neue Auswaschanlage, die mit entsalztem Wasser arbeitet. Die meisten Anlagen arbeiten noch mit dem giftigen Trichloräthylen.

und akute Störfälle. Durch Gefahrstoffe hervorgerufene Erkrankungen, die erst nach Jahren, vielleicht Jahrzehnten ausbrechen, werden nicht erfaßt, sondern verdrängt. (1)

Seit Jahren wird bei Bosch in Feuerbach ein Kunst-Kautschuk-Klebstoff verwendet, um Gummidichtungen mit Metall zu verbinden. Der Klebevorgang erfolgt an Einzelarbeitsplätzen, oft neben den Montagelinien. Absaugvorrichtungen sind meist nicht installiert. Die Arbeiterinnen und Arbeiter beklagen sich über die Dämpfe, die Übelkeiten und Schleimhautreizungen hervorrufen. In einer Werkstatt hat sich ein gewerkschaftlicher Vertrauensmann fünfmal an den Werksarzt und an den Betriebsrat gewandt. Verschiedene Arbeiter mußten an andere Arbeitsplätze versetzt werden, da sich ihr Gesundheitszu-

stigen Eigenschaften dieser Stoffe, insbesondere die chronischen, offengelegt sind.

Hauterkrankungen liegen an der Spitze der Berufskrankheiten. Bei Bosch wird, um die Dichtheit von Einspritzpumpen zu prüfen, ein Prüföl verwendet, das bei verschiedenen Arbeitern nach einiger Zeit Hautallergien gegen Kaliumdichromat und Natriumbichromat auslöst. Sie müssen versetzt werden und erhalten Allergiepässe. Nach einer dpa-Meldung hat sich in den vergangenen 35 Jahren die Zahl der beruflich bedingten Hauterkrankungen fast verzehnfacht. Sie stieg von 1784 Meldepflichtigen im Jahr 1949 auf 13737 im Jahr 1986. (2) Diese Hauterkrankungen, die zu 90% allergische Reaktionen waren, lagen mit Abstand an der Spitze aller gemeldeten 44700 Berufskrankheiten. Da-

Beschäftigungsplan Grundig

**„Verbesserte
Wettbewerbsfähigkeit“**

Nürnberg. 1985 kündigte die Grundig AG – ein Jahr zuvor von Philips übernommen – einen „Sanierungsplan“ an. Bis 1987 sollten ca. 6500 Arbeitsplätze gestrichen werden, davon allein 2300 in den Werken Nürnberg und Fürth. Seither kämpfte die IG Metall unter der Losung: „Keine Entlassungen bei Grundig. Beschäftigungsplan statt Sozialplan“. Schon 1985 wurde für das Grundig-Werk in Nürnberg-Langwasser ein erster Beschäftigungsplan abgeschlossen; im April ein zweiter, der ab Februar 1988 für alle Inlandwerke gilt.

Der zweite Beschäftigungsplan enthält folgende Punkte: Vorausschauende Produktions- und Personalplanung. Erweiterung der Produktpalette, wozu eine paritätisch besetzte Kommission eingesetzt wurde. Menschengerechte Arbeitsgestaltung. Weiterbildung der Beschäftigten, wozu ebenfalls eine Kommission eingesetzt wurde. Vorzeitiges Ausscheiden älterer Arbeitnehmer. Abfindung für Arbeitnehmer, die dennoch entlassen werden, mit der Möglichkeit der Weiterbildung, deren Kosten von Grundig übernommen werden, sofern keine Bezuschussung z.B. durch Mittel nach AFG möglich ist.

Die Grundig AG hat ihre Personalvorstellungen weitgehend durchgesetzt. Seit 1985 wurden ca. 5000 Beschäftigte auf die Straße gesetzt, davon ca. 1500 in Nürnberg und Fürth. – Die Kommission Weiterbildung des ersten Beschäftigungsplans mußte schon im Winter 1985 ihre Arbeit einstellen, da sich der Konzern nicht mit dem Betriebsrat auf soziale Auswahlkriterien einigen konnte. – Die Möglichkeit der Umsetzung von Beschäftigten innerhalb des Konzerns zwecks Vermeidung von Entlassungen – auch betrachtet unter dem Aspekt der „menschengerechten Arbeitsgestaltung“ – führt nach dem zweiten Beschäftigungsplan zu folgender Festlegung: Bei einem Wechsel von der Laufwerkfertigung für Videorecorder in die Farbfernsehproduktion müssen die Beschäftigten statt wie bisher in Normalschicht nun in Wechselschicht und in niedrigeren Lohngruppen arbeiten, bei zeitlich begrenzten Ausgleichszahlungen. – In Bezug auf neue Produkte expandiert Grundig schon seit einiger Zeit in den Bereichen Professionelle Elektronik und Bürotechnik.

Konnte Grundig im Rahmen der „Sanierung“ schon 1985/86 das Geschäftsjahr mit Gewinn abschließen, waren es im Jahr darauf 110 Mio. DM Jahresüberschuß. Eine Voraussetzung: Durch Rationalisierungsmaßnahmen



Grundig-Arbeiter am 1. Mai 1987. 30000 Arbeitsplätze wurden in den letzten zehn Jahren in der Nürnberger Metallindustrie vernichtet.

stieg in den drei Jahren 1984 bis 1986 der Umsatz pro Beschäftigten um 50%.

Die „Wirtschaftswoche“ 3/88 bezeichnete den jetzigen Beschäftigungsplan als ein „willkommenes Beruhigungsmittel“ angesichts weiterer Rationalisierungen. Über die „Aussicht auf eine verbesserte Wettbewerbsfähigkeit“ spekulieren die „Nürnberger Nachrichten“ vom 1.5.87. Grundig-Chef van Tilburg bezeichnet das Abkommen als einen Beitrag, „der die Zukunft von Grundig untermauert“. Die IG Metall sieht eine „Epoche der Vernunft und Mitbestimmung“ eingeläutet. – (hek)

Revanchismus

**Schlesiermuseum soll
nach Hildesheim**

Hildesheim. Derzeit wird in Hildesheim die Durchsetzung des geplanten Schlesiermuseums forciert. Nach Herbert Hupka (1), dem Bundesvorsitzenden der Landsmannschaft Schlesien (LS), hat sich jetzt auch der BdV-Vizepräsident und niedersächsische Landesvorsitzende der LS, Helmut Sauer, für Hildesheim als Standort ausgesprochen. (2)

Dahinter steckt offensichtlich das Bemühen, die in der LS geführte Debatte um die Finanzierung und den besten Standort des Schlesiermuseums endlich zu beenden und alle Kräfte auf Hildesheim zu konzentrieren.

Hatten sich doch schließlich Teile der LS für den Ausbau des bereits bestehenden Revanchisten-Zentrums „Haus Schlesien“ bei Königswinter ausgesprochen; nicht zuletzt aus Angst vor einer finanziellen Überanstrengung und einer Zersplitterung der Kräfte bei einer Neuerrichtung in Hildesheim.

Um diese Bedenken schnell zu zerstreuen, fordert Sauer die Landesregierung auf, „möglichst rasch Geld für die Einrichtung des Museums zur Verfügung zu stellen“. (3) Immerhin hat die niedersächsische Landesregierung die Haushaltsansätze für die Förderung ostdeutscher Kulturarbeit seit dem Regierungsantritt 1976 nahezu verdoppelt. (4)

Daß das Ziel dabei schlicht die Expansion nach Osteuropa ist, hat der niedersächsische Innenminister Haselmann erneut beim Schlesiertreffen 1987 deutlich gemacht. Die „jungen Schlesier“ forderte er auf, „eine Zukunft (zu) gestalten, in der Grenzen politisch funktionslos geworden sind ... und in der jeder der dies möchte, die Heimat seiner Väter wieder zu seiner eigenen machen kann“. (5)

Mit dem Schlesiermuseum sollen diese Ziele nun breitenwirksam dargestellt werden. Zu bezweifeln bleibt daher, ob das Museum „unter anderem aus finanziellen Gründen für sehr lange Zeit auf Eis gelegt worden“ ist, wie die Grüne-MdL Langendorf meint. (6)

Schließlich sollen die Kosten zwischen Bund und Land geteilt werden, wobei beim Standort Hildesheim noch Mittel des Bundesministers für innerdeutsche Beziehungen im Rahmen seines kulturellen Zonenrandprogrammes einfließen könnten. Auch wurden die Mittel allein des Bundesinnenministers für die ostdeutsche Kulturarbeit von 4,3 Mio. DM 1983 auf 17 Mio. DM 1988 erhöht und eine zukünftige Steigerung auf mindestens 25 Mio. DM ist vorgesehen. (7) Für die Propagandaeinrichtungen der Kriegsziele wird es am Geld kaum mangeln!

Quellenhinweis: (1) „Der Schlesier“, 22.1.88; (2) HAZ, 28.3.88, (3) 25.3.88; (4) Deutscher Ostdienst, 25.2.88; (5) „Mit uns für Schlesiens Zukunft“, Königswinter 1988, S. 22; (6) HAZ, 30.3.88; (7) Innenpolitik II/88, 10.3.88, S. 12. – (nog, Volksfront)



Demonstration für ein Kulturzentrum statt des Schlesiermuseums.

§ 129a-Verfahren

NRW-Innenminister Schnoor praktiziert eine Seite seiner „Differenzierung“: Zerstörung durch Isolation

Gelsenkirchen. Am 18. Mai beginnt vor dem Oberlandesgericht das Verfahren gegen die vier in Duisburg verhafteten Gefangenen aus dem Widerstand. Angeklagt sind sie wegen angeblicher Mitgliedschaft in der Roten Armee Fraktion und einigen angeblich von ihnen begangenen Anschlägen. Die Gefangenen werden von Anfang an in Isolationshaft gehalten, bei Bärbel Perau wurde versucht den sogenannten Normalvollzug zu praktizieren. Im Nachfolgenden werden wir aus der kürzlich erschienenen Informationsbroschüre zu den Verhaftungen der vier sie selbst zu ihren Bedingungen zu Wort kommen lassen, sowie in dem Kasten versuchen darzustellen, wie das Innenministerium NRW mit Menschen, die Widerstand leisten verfährt: Differenzieren – die „gewaltlosen“ befrieden, die „militanten“ ausschalten. Die Gefangenen sitzen alle in Knästen in NRW. In Bochum, Bielefeld-Ummeln und Köln-Ossendorf. – (i, stb)

Beispiele zu der Haftsituation der Gefangenen

Nachdem das Verfahren in die Zuständigkeit des Oberlandesgerichtes Düsseldorf übergegangen ist, wurden die Haftbedingungen weiter verschärft. Es sind jetzt alle Anlagen zu persönlichen Briefen untersagt, es werden Briefe angehalten, die ein längeres Zitat aus einer Zeitung oder einem anderen Brief enthalten; Periodika, die nur einige Male im Jahr herauskommen, können die Gefangenen gar nicht erhalten usw.

Norbert Hofmeier zu seiner Situation im Trakt in Köln-Ossendorf:

„Zum Trakt und sozialer Deprivation gibt es ja schon Berichte und Beschreibungen, drum nur einiges, was mir auffällt:

Man spürt das eigentlich am besten, wenn man durch die dicken Stahltüren (Schleusen) kommt – vorbei am Kontrollraum mit zig Monitoren und vielen Kontrolleuchten, Kameras in Panzerglas an jedem Ende des Flurs – schlagartig ist alles gedämpfter, steriler, es gibt dort kaum Leben, Geräusche oder was zu sehen. Ich fühle mich im Trakt in einem angespannteren Zustand, als z.B. die drei Monate, wo ich im Haus 5 war und ganz stark war's die ersten Wochen im Trakt, im August/September.

Der Blick durch den Fliegendraht verschwimmt einem total, aber es gibt auch nichts zu sehen. Der Hof – 25 x 25 Meter, 2 Sträucher, die Mauern ringsum 8 Meter hoch, einige Betonsitzklötze und ein Kreisweg aus rotem

Kunststoffbelag. Die Mauern ringsum 8 Meter hoch, auf dem Gebäude zwischen Trakt a und Trakt b ein Monstrum von Wachturm – nochmal 8 Meter hoch, aus Beton, Stahl und Panzerglas mit Megaphonen, Luken und Kontrolleinrichtungen – der bei Hofgang besetzt ist, außerdem eine Kamera mit Tele- und Richtmikrophonen. Wir können in der Zentrale jeden Winkel erfassen und jedes Gespräch mithören und aufzeichnen, behaupten die Schließer.

Nachts ist der Hof durch Scheinwerfer beleuchtet, die so hell sind, daß ich am Zellenfenster lesen und schreiben kann.

Die Zellen unterscheiden sich in

alles wird aufgezeichnet ...“

Bärbel Perau zu dem an ihr praktizierten Versuch des „Normalvollzuges“:

„Am Donnerstag, beim Besuch, habe ich ja erstmal erfahren, daß sie meine Verlegung offiziell mit ‚Hafterleichterung‘ begründen ... dazu jetzt: Hier auf der Etage sind ca. 10 Frauen, alles U-Gefangene. Die Zellen sind nicht so wie in Ossendorf nur zu einer Seite, sondern zu beiden. Ingrid ist auf dem Flur, mir gegenüber. Aufschluß heißt, daß von 19–21 Uhr die Zellen aufgeschlossen werden. Die Frauen können dann in andere Zellen, sich da hinhocken, quatschen, auf dem Flur steht ein Fernseher.“



Auch ein Beispiel für die Polizeitaktik von Schnoor (SPD): NRW-Polizei überfällt eine Demonstration von Feyka-Kurdistan am 19.3.88 in Bonn.

kleinen Details ... zur Beleuchtung eine in Panzerglas eingeschlossene Neonröhre, um 24.00 Uhr löschen sie das Licht, ich habe keinen Schalter ... und in den Zellen keine Regale oder Ablagen, nur Tisch, Stuhl, Bett, Schrank (aus Holz), Toilette und Waschbecken ...

Im Trakt sind meist zwischen 8 und 13 U-Gefangene – ab und zu einzelne U- oder Strafgefangene aus ‚Sicherheitsgründen‘ – sie sind dort „freiwillig“, d.h. die Schließer suchen sie sich im Kölner Knast aus kollaborationsbereiten Gefangenen zusammen, z.T. melden sie sich auch, weil sie hier zusammenarbeiten können oder wegen der Möglichkeiten, in der Küche zu kochen. Ihr Programm unterscheidet sich nicht von dem im übrigen Knast ... sie sollen mit mir nicht reden.

Die Schließer scheinen eine besondere Art zu sein, besondere Ausbildung, sie führen Bücher über jede mögliche Lebensäußerung von mir, jedes Wort, jeder Kontakt, die Post ...

Am ersten Tag hier, also am Montag, den 10.11., haben sie mir gesagt, ich kann auch raus, aber meine Zelle bleibt zu. Begründung? Kann mir hier keiner sagen. Die Schließerinnen reden von Anweisungen ...

Sobald ich an Ingrids Tür gegangen bin, stand eine hinter mir, mich am wegziehen. Also nicht so körperlich, sondern erst dagestanden, zugehört, nach ein paar Minuten ständig am quatschen, ich sollte sofort da weg. Bin dann noch 'ne Zeitlang geblieben, dann gegangen. Hatte mir so überlegt: mal ruhig angehen lassen. Jetzt ist der ganze Dreck aber offen geworden. Am Donnerstag haben mir die Frauen gesagt: Wenn ich nochmal an Ingrids Tür gehe, ist der Aufschluß *für alle beendet!* Und ich mußte verstehen, was das für sie heißt. Es ist total wichtig für sie, daß die Zelle mal auf ist, sonst ... Logo. Das heißt, nicht ich werde ‚bestraft‘, sondern alle. *Kollektivstrafe*. die anderen werden als Geisel genutzt.

Dann sagen sie noch: In den Zel-

len, in denen ich war, ist am nächsten Tag Zellenfilze. Die, die mit mir reden, bekommen Aktenvermerke ... so sieht die ‚Hafterleichterung‘ aus.

Für mich ist das jetzt so: Ich gehe nicht mehr raus. Ich will mit Ingrid reden. Wenn sie die anderen als Geisel benutzen, geht das nicht. So ist ihre ‚Hafterleichterung‘ ‘ne Farce, Hohn, Zynismus.

... jetzt zum Hofgang – Freistunde – das ist auch der absolute Hammer. Am Montag – ich bin ja fast ausgeflippt, wie ich Sieglinde gehört habe, am Fenster gesehen. Eine Schließerin hat sich direkt unter das Fenster gestellt, also kriegen sie jedes Wort mit.

Von Tag zu Tag Verschärfung. Sieglinde macht 3x in der Woche Einzelhof, am Mittwoch das erste Mal seit ich hier bin. Sie macht vor meinem Fenster Gymnastik – ich dasselbe in der Zelle. Saugt. Ach so, das habe ich jetzt ganz vergessen: Bevor Sieglinde draußen war, bei der Essensausgabe, sagt eine Schließerin zu mir: Jede Kontaktaufnahme verboten. Wie wir dann so am Turnen sind, kommt

die Stimme aus der Gegensprechanlage: Gehen sie vom Fenster weg, Frau Perau (ich war gemeint).

Ungefähr nach 5 Minuten öffnet sich meine Zellentür, 4 Schließerinnen kommen rein, packen mich an den Armen, zerren mich vom Fenster weg, machen es zu, ein Sicherheitschloß davor. Das ist auch so ‘ne Spezialität in den Sicherheitszellen, die Vorrichtung am Fenster für absolute Verriegelung. Sieglinde bricht daraufhin die Freistunde ab. Sie machen das Schloß wieder ab.

Die nächsten Tage ist es so, daß sie mir vor jeder Freistunde ‘ne Predigt halten. Am Donnerstag sagen sie: Bei Kontaktaufnahme Abbruch für alle, also auch Kollektivstrafe.

... Mittag, ich bin draußen, ich sage nur ‚Hallo‘, da sagen sie schon, abbrechen, ich lauf einfach los, die hinterher, rufen Verstärkung, schleppen mich auf Zelle. Am Samstag, ich mache Sport, kurz vor Ende fangen wir an, was zu reden, diesmal hatten sie schon direkt am Anfang von der Stunde ‘nen Typen vom Männerknast

‘rübergerufen, der kommt auch direkt raus und noch 2 Schließerinnen. Wir machen sowas wie ‘ne Jagd, schleppen mich wieder hoch. Heute, Sonntag, war ich auf dem kleinen Hof, die Seite, wo Ingrid ist und sie auch immer ihre Freistunde macht. Ja Mensch – nun bin ich schon eine Woche hier, heute habe ich sie zum ersten Mal gesehen.

Wenn dieses Theater mit dem Wegschleppen losgeht, werden die anderen Frauen weggesperrt. Wenn sie mich dann auf Zelle haben, können die wieder raus. Und noch zu heute: Zur selben Zeit, wie ich auf dem kleinen Hof war, haben sie Sieglinde auch rausgelassen, also klar auf dem großen Hof, da war ich dann ja nicht auf Zelle.

Und noch was: Ingrid muß jetzt in der Kammer duschen, nicht wie sonst hier oben, weil das direkt neben meiner Zelle ist, könnten wir ja reden ...“ (Anmerkung der Redaktion: Wegen besserer Lesbarkeit ist die weitgehende Kleinschreibung der Originaltexte geändert.)

„NRW-Linie“ bei staatlicher Unterdrückung

Bei der Diskussion um die Verschärfung des Demonstrationsrechts erklärte die Landesregierung Nordrhein-Westfalens (SPD), insbesondere Innenminister Schnoor, daß sie ohne eine Änderung des Demonstrationsstrafrechts auskommen würde. Die vorhandenen polizeilichen und strafrechtlichen Mittel würden ausreichen. Verwiesen wurde auf die sog. „Schnoor-Linie“, welche sich als erfolgreich bei Demonstrationen erwiesen hätte. Diese Linie besteht in der Hauptsache in einer „Differenzierung des Demonstrationsgeschehens“.

„Es sollte sorgfältig differenziert werden zwischen friedlichen, lediglich verbal-radikalen und echt militanten, gewalttätigen Beteiligten ... Die ungehinderte Ausübung des Freiheitsrechtes wirkt dem Bewußtsein politischer Ohnmacht und gefährlichen Tendenzen zur Staatsverdrössenheit entgegen ... Es hat „Ventilfunktion“ ... Das Phänomen der Polarisierung der Gesellschaft ist außerordentlich besorgniserregend. Es steht zu befürchten, daß sich aus den schlecht integrierten Bevölkerungsgruppen ein dauerhaftes Protest- und Gewaltpotential entwickelt. Wenn es dem Staat nicht gelingt, auch zu diesen Bevölkerungsanteilen eine Beziehung herzustellen und ihnen seine sozial sinnvolle Funktion deutlich zu machen, droht die Gefahr einer unüberwindlichen Kluft zu diesen Bürgern. Das Ziel, die Gewalttäter zu isolieren, kann

erreicht werden, wenn diejenigen, die ihr Grundrecht friedlich ausüben wollen, wieder zur Mitwirkung gebracht werden. Dazu sind erforderlich: Sachlich fundierte Aufklärungsarbeit zur Entemotionalisierung der Meinungsbildung und zur Minderung des Krisengefühls; Öffentlichkeitsarbeit im Vorfeld von Demonstrationen; ständige Ansprache der Demonstrierenden, um sie über Zwischenfälle und den Grund polizeilicher Maßnahmen zu unterrichten.“ (Ministerialdirigend Ruckriegel Innenministerium NRW)

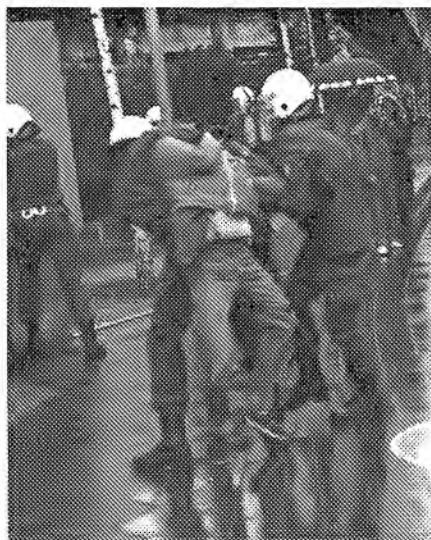
Diese hauptsächlich an der Polizeiführungsakademie in Hiltrup bei Münster entwickelte „Deeskalationsstrategie“ wurde bei einer Demonstration am 17.10.87 gegen das Faschistenzentrum der NF in Bielefeld

durchgeführt. Dort verteilte die Polizei ein Flugblatt „Wir schützen die große Demonstration gegen Neo-Nazis“. Kontaktbeamte begleiteten die Demonstrationsleitung. Die andere Seite der „NRW-Linie“ ist die brutale Unterdrückung derjenigen, die sich nicht „kooperationsbereit“ zeigen.

„Konsequente Verfolgung veranstaltungsbezogener Gewaltdelikte ist unverzichtbares Element einer differenzierten polizeilichen Vorgehensweise.“ In Düsseldorf wurde auf der Suche nach „RAF-Unterstützern“ ein ganzer Häuserblock mit 200 Wohnungen durchgekämmt. In Bielefeld wurde am 23.3.87 nach einer Aktion gegen eine Faschistenversammlung das Arbeiterjugendzentrum sechs Stunden lang umstellt, dann gestürmt und über 20 vorläufige Festnahmen durchgeführt. Acht Leute erhielten kürzlich hohe Geldstrafen. Am 19.3.88 überfiel die Polizei ohne Anlaß eine Demonstration von Feyka-Kurdistan in Bonn. Zehn westdeutsche Demonstranten wurden verhaftet. Einer von ihnen liegt mit einem Beinbruch im Krankenhaus.

Es gäbe noch eine ganze Reihe von anderen Beispielen für das „differenzierte“ Vorgehen der Polizei. „Man solle nicht meinen, daß „die nordrhein-westfälische Linie eine weiche Linie ist“ erklärte das Innenministerium. „Wir müssen die Gewalttäter isolieren.“

Quellen: Die Polizei: Zentralorgan für das Sicherheits- und Ordnungswesen, Heft 10. LAG Demokratie und Recht, Grüne NRW, 19.2.88.)



Bonn, 19.3.88

ABB: Entlassungen „zurückgestellt“

Mannheim. Die geplanten 4000 Massenentlassungen von ABB/BBC in der BRD werden laut Vorstand „zurückgestellt“. Zunächst würden die verschiedenen Mitbestimmungsgremien gemäß Betriebsverfassungsgesetz informiert werden. ABB ist durch die breite Gegenwehr der Belegschaft unter Druck geraten. Der Vorstand will vor allem einen Großauftrag im Mannheimer Trafo-Werk für die USA bis 1. November geliefert haben, um eine Konventionalstrafe bis zu 300 Mio. DM zu vermeiden. – (scr)

IBM: Bündnis gegen Sonntagsarbeit

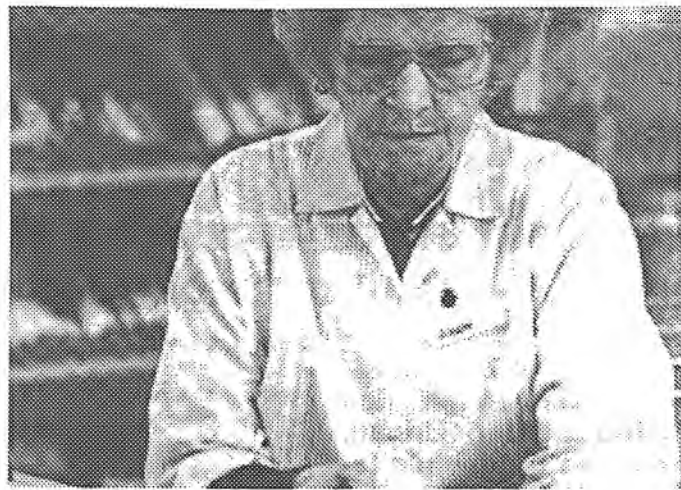
Böblingen. Circa 20 Institutionen und Organisationen aus Kirchen, Gewerkschaften, Politik, Jugendorganisationen und Seniorenklubs sowie Einzelpersonen haben sich im Kreis Böblingen zum Aktionsbündnis „Soziale Kultur“ zusammengeschlossen. Der DGB dient als Anlaufstelle. Die verschiedenen Gruppen wollen unter anderem mit Veröffentlichungen auf die Probleme der Sonntagsarbeit aufmerksam machen. Am 8. April hat das Regie-

Köln. Zehn Prozent mehr Produktivität holen die Unternehmer heraus, wenn sie Beschäftigte an einem sozialversicherungspflichtigen Teilzeitarbeitsplatz arbeiten lassen. Das ermittelte das „Institut der deutschen Wirtschaft“, eine Institution des Bundesverbandes der Deutschen Industrie. In der Realität: Die Kapitalisten pressen weit mehr Leistung aus diesen Arbeitskräften heraus. Zwischen 1980 und 1987 sind 374000 solcher Jobs geschaffen worden, davon 363000 im Dienstleistungsbereich. – (gba)

rungspräsidium in Stuttgart entschieden, daß bis Herbst bei IBM rund 400 Beschäftigte auch sonntags in der Chip-Fertigung beschäftigt werden können. An „hohen kirchlichen Feiertagen“ sowie am 1. Mai soll die Produktion ruhen. Die IG Metall Stuttgart hat rechtliche Schritte angekündigt, falls es zu einer Betriebsvereinbarung zur Sonntagsarbeit zwischen Betriebsrat und Firmenleitung kommen sollte. Das Regierungspräsidium begründete seine Entscheidung unter anderem mit der Sonntagsarbeit bei Siemens in Regensburg und München-Perlach sowie bei Philips in Hamburg. – (ros)



USA: Das us-amerikanische Arbeitsministerium versucht zum dritten Mal seit 1981, das vor 46 Jahren erlassene Verbot der Heimarbeit zu durchlöchern. Die Textilgewerkschaften greifen die Regierung an, daß diese für fünf Bereiche der Bekleidungsindustrie die „Schweißküchenarbeit“ wieder einführen will. Das Bild aus den „AFL-CIO News“ (2.4.1988) zeigt eine Mexikanerin, die in den USA in East Los Angeles wohnt. Die Mutter von fünf Kindern näht in Heimarbeit Hemdenkragen an. Sie erhält 15 cents pro Stück und kann „an einem sehr guten Tag“ insgesamt 75 Kragen annähen. Das sind 11.25 \$ für eine Tagesarbeit, weit unter dem gesetzlichen Mindestlohn von 3.35 \$ die Stunde. – (gba)



Gewerkschaftstag der RFFU

Speyer. Vom 6.3. bis 11.3.88 fand in Ludwigshafen der 14. Gewerkschaftstag der RFFU statt. Vertreten wurden rund 19500 Mitglieder, ein Großteil davon ist bei den öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten beschäftigt. Die RFFU verabschiedete einen Antrag, in dem die Einrichtung der neuen Mediengewerkschaft ausdrücklich begrüßt wird. Ca. 80% der Delegierten stimmte dem zu. Damit gilt die Auflösung der RFFU als gesichert, die notwendig ist zur Eingliederung in die Mediengewerkschaft, und die im April mit Dreiviertelmehrheit beschlossen werden muß. – (urb)

Arbeitsniederlegung bei Fritz Werner

Westberlin. Alle Beschäftigten in der Produktion und ein Teil der Angestellten im Werkzeugmaschinenwerk Fritz Werner (540 Beschäftigte, im Besitz der bundeseigenen DIAG) sind am 30.3.88 einem Aufruf des IGM-Vertrauenskörpers gefolgt und haben für eine Dreiviertelstunde die Arbeit niedergelegt, um an einer Protestversammlung teilzunehmen. Der am gleichen Tag tagende Aufsichtsrat wurde aufgefordert, einem Maßnahmenprogramm der Geschäftsführung, das eine Reduzierung der Montage durch Kooperation mit japanischen und bulgarischen Firmen vorsieht und damit nach Einschätzung von Vertrauenskörper und Betriebsrat Entlassungen

nach sich zieht, nicht zuzustimmen. Unter dem Eindruck der Arbeitsniederlegung vertagte sich der Aufsichtsrat auf den 23. Mai, ohne zu einer Beschlußfassung zu kommen. – (kla)

10-Stunden-Schichten bei Bosch

Stuttgart. Bei Bosch in Feuerbach wird die im Tarifvertrag genannte Grenze von 20 Überstunden im Monat regelmäßig von Arbeitern im Langschichtbetrieb überschritten. Allein im Pumpenwerk sind 24 Arbeiter in diesen 10-Stunden-Schichten tags und nachts eingesetzt. Zwar gilt auch für sie die tarifliche Wochenarbeitszeit von 37,5 Stunden, aber die „Langschichten“ sind bei Bosch als ein eigenes Schichtsystem mit besonderen Zuschlägen auch in der neuen Betriebsvereinbarung zur 37,5-Stunden-Woche festgeschrieben worden. Die Überzeit wird bei ihnen nie abgefeiert. – (ros)

Erhebung von Teilzeitarbeitsplätzen

Speyer. Als Antwort auf das Tribunal der IG Druck am 12. März in Wiesbaden beschloß der Ortsvorstand der IG Druck Speyer die Teilzeit- und Heimarbeitsarbeitsverhältnisse zu untersuchen. Durch die Fragen soll u.a. geklärt werden, ob Tarifverträge und Versicherungsschutz gelten. Es soll dabei nach Geschlecht unterschieden werden. Weiter ist gefragt, ob eine Arbeitskraft in mehr als einem solchen Arbeitsverhältnis steht. – (tis)

Urteil des Verwaltungsgerichts Karlsruhe

Die NPD soll Ansprüche auf städtische Räume haben

Mannheim. Mit einer Beanstandungsverfügung des Regierungspräsidiums Karlsruhe – der zuständigen kommunalen Aufsichtsbehörde für die Stadt Mannheim – sollte die Zurücknahme eines Gemeinderatsbeschlusses vom Juni 1986 erzwungen werden. Mit diesem Gemeinderatsbeschuß der Stadt Mannheim wurde die Stadtverwaltung angewiesen, NPD-Parteitage in Mannheim zu verhindern. Hiergegen konnte die Stadt Mannheim nur vor dem Karlsruher Verwaltungsgericht gegen das Ansinnen des Regierungspräsidiums klagen. Die mündliche Verhandlung fand am 18. Februar 1988 statt. In der nun vorliegenden schriftlichen Urteilsbegründung weist das Verwaltungsgericht die Klage der Stadt ab, indem sie in allen Punkten inhaltlich den Auffassungen des Regierungspräsidiums als Beklagte folgt. Jedoch ist das Urteil noch nicht rechtskräftig.

Mittlerweile hat der Mannheimer Gemeinderat in nicht öffentlicher Sitzung einstimmig Berufung hiergegen eingelegt. Im Gemeinderat sind vertreten: CDU, ML (Mannheimer Liste, eine freie Wählervereinigung), SPD, FDP, Grüne und DKP. Die Begründung für die Berufungsentcheidung lautet ausschnittsweise:

„1. ... Das VG behauptet in Übereinstimmung mit der Rechtsprechung der Obergerichte, daß die NPD den Anspruch auf Gleichbehandlung mit anderen Parteien hat.

2. Im zweiten Teil des Urteils setzt sich das Gericht mit dem Problem auseinander, ob die Voraussetzungen für den Erlaß einer Beanstandungsverfügung vorliegen und ob die Gemeinde einen Anspruch auf eine ermessensfehlerfreie Entscheidung habe. Obwohl es zu beiden Fragen keine Rechtsprechung gibt und das Urteil daher einer sorgfältigen Begründung bedurft hätte, begnügt sich das VG zur Begründung seines Ergebnisses mit angreifbaren Behauptungen.“

Im April 1986 fragte der NPD-Kreisverband Mannheim bei der Stadtverwaltung freie Termine für das Kongreßzentrum („Rosengarten“) nach, um sich für die Durchführung des NPD-Bundesparteitages im Herbst 1986 und des Landesparteitages im Frühjahr 1987 zu bewerben. „Dagegen protestierte zunächst die DKP, dann in rascher Folge alle anderen Parteien und die Gewerkschaften.“ (1) Noch vor dem eigentlichen Gemeinderatsbeschuß teilte der Oberbürgermeister der NPD mit, „daß die NPD wegen ihres politischen Charakters in der Stadt Mannheim nicht willkommen sei und eine Überlassung des Rosengartens auch im Hinblick auf die zu erwartenden Störungen an sie abgelehnt würde. Weiter wurde auf eine Kautions von über 500000 DM hingewiesen.“ (2)

Im Gemeinderatsbeschuß gegen die NPD wurde diese als Nachfolgeorganisation der NSDAP bewertet und der Verwaltung verschiedene Anweisungen erteilt: Der NPD die Benutzung städtischer Räumlichkeiten oder Flächen zu verweigern, deren Werbung mit naziähnlichen Emblemen oder nationalistischen Parolen zu verhindern, entsprechende Werbeaufträge an die Mannheimer Stadtreklame als städtisches Unternehmen nicht durchzuführen und eventuelle Beherbergungs- und Bewirtungsverträge für die NPD in Absprache zwischen der Stadt und dem Hotel- und Gaststättengewerbe zu verhindern.

Gegen diesen Gemeinderatsbeschuß erhob der Landesverband Baden-Württemberg der NPD Dienst- und Rechtsaufsichtsbeschwerde beim Regierungspräsidium Karlsruhe, was diese kommunale Dienst- und Rechtsaufsichtsbehörde auch bereitwillig aufgriff, ohne daß sie das hätte zwingend tun müssen.

In der Folge wurde die Stadt wegen des Gemeinderatsbeschlusses gerügt und zur Selbstaufhebung des Beschlus-

ses aufgefordert. Nachdem jedoch der Gemeinderat erneut einstimmig den Beschuß bestätigte, erlies das Regierungspräsidium seine Beanstandungsverfügung. Somit war die Klage der Stadt fällig, die wiederum einstimmig vom Gemeinderat beschlossen wurde.

Die Klage der Stadt Mannheim/Rechtsamt stützt sich grob auf zwei Sachverhalte: Die NPD wird als Nachfolgeorganisation der NSDAP zur verbotene Partei erklärt im Sinne des Art. 139 GG; das Rechtsamt stützt sich hier auf das Urteil des VG Frankfurt, das eine Raumverweigerung der Stadt Frankfurt an die NPD als rechtens betrachtet hatte; das Regierungspräsidium habe seinen Ermessensspielraum überschritten, indem es überhaupt nicht in Erwägung gezogen habe, die NPD auf den eigenständigen Klageweg zu verweisen und es sich als Dienstaufsichtsbehörde keineswegs mit dem Für und Wider einer Aufsichtsmaßnahme auseinandergesetzt habe, sondern nur pauschale Begründungen gegen die Stadt lieferte.

Diese Gründe waren: der Grundsatz der Gleichbehandlung aller politischen Parteien aus dem Grundgesetz (solange die NPD nach Art. 21 GG nicht verboten sei) sowie dem Parteiengesetz (z.B. müßten Parteitage zur Wahrung der innerparteilichen Demokratie stattfinden können) und schließlich auch entsprechender Bestimmungen aus der Gemeindeordnung (Gleichbehandlung politischer Parteien bei Raumvergaben). Auflagen gegenüber der NPD wären demnach möglich gewesen, jedoch kein genereller Ausschluß. Das Regierungspräsidium maß dem Gemeinderatsbeschuß eine prinzipielle Bedeutung bei, so daß es „die Klärung der Rechtslage nicht dem Vorgehen der NPD gegenüber der Klägerin (der Stadt Mannheim, d. Verf.) überlassen wollte“ (2).

Praktisch in allen Punkten folgte das Verwaltungsgericht der Argumentation des Regierungspräsidiums, wobei in der juristischen Argumentation keine neuen Sachverhalte vorgebracht wurden.

Die Aussichten auf eine geänderte Entscheidung durch den VGH Mannheim – das zuständige nächste Verwaltungsgericht auf Landesebene – werden durchweg als schlecht beurteilt. Dies hat verschiedene Gründe: Die bisherige Rechtsprechung des VGH läßt auf eine ähnliche Beurteilung wie die des VG Karlsruhe schließen. Die Stadtverwaltung selbst – hier das Ordnungsamt – argumentiert ebenfalls mit Gerichtsbegründungen: So antwortete der OB auf eine Anfrage der Grünen: „Sind vom Ordnungsamt Informationsstände der NPD und der rechtsradikalen Gruppe ‚Patrioten für Deutschland‘ genehmigt worden?“ u.a. „Da die ‚NPD‘ bzw. die ‚Patrioten für Deutschland‘ vom Bundesverfassungsgericht nicht als verbotene Partei eingestuft sind, gibt es keine Handhabe, Informationsstände, die derzeit in Zusammenhang mit der Wahl zum Landtag von Baden-Württemberg errichtet werden sollen, abzulehnen.“ (3) Auch im Kreiswahlausschuß wurden die NPD und die Patrioten trotz Protesten von DKP und Grünen mit Verweis auf den rein formellen Akt zur Landtagswahlkandidatur zugelassen. Schließlich gaben sich insbesondere die SPD, die Gewerkschaften und Kirchen bisher mit der Gemeinderatsbefassung und -beschlusfassung zufrieden, ohne daß sie in öffentlich nachvollziehbarer Form ihren politischen Einfluß geltend gemacht hätten.

Das vollständige Urteil wird in den Antifaschistischen Nachrichten der Volksfront und im „Ratgeber“ (siehe Quellenangaben) dokumentiert werden. – (rih)

Quellen: (1) Mannheimer Morgen vom 24.3.1988; (2) Klageschrift der Stadt Mannheim/Rechtsamt gegen die Beanstandungsverfügung des Regierungspräsidiums vor dem Verwaltungsgericht Karlsruhe, AZ.: 12-21/0332; (3) Informationsvorlage des OB Mannheim, Dez. I, AZ. 32.310, Nr. 172/88 vom 11.3.1988 – Stellungnahme zur Anfrage der Grünen; desweiteren: Ratgeber zur juristischen Auseinandersetzung mit faschistischen Organisationen, Hrsg.: Volksfront, 1987.

Dänische Karikaturen

Widerstand gegen die deutsche Besatzungsmacht

Im Städtischen Museum von Flensburg werden derzeit (bis 24.4.) Karikaturen des dänischen Augenarztes Gustav Østerberg gezeigt, die sich mit der Besetzung Dänemarks durch die faschistischen Truppen von 1940–1945 befassen.

Østerbergs Karikaturen blieben wegen ihrer Veröffentlichungen in verschiedenen Untergrundzeitungen nicht unbemerkt, so daß er wie viele andere Dänen auch nach Schweden fliehen mußte. Dort war er weiter als Arzt tätig und trat später in die bewaffnete „dänische Brigade“ ein, als deren Mitglied er bei der Befreiung Dänemarks zurückkehrte.

Am 9. April 1940 überfiel die deutsche Wehrmacht Dänemark völkerrechtswidrig (Nicht-Angriffspakt vom Mai 1939). Der deutsche Gesandte in Dänemark hatte an diesem Tag ein Ultimatum an die Regierung gestellt, die Besatzer als Beschützer zu empfangen. Dänemark und Norwegen wurden überfallen, um die Erzvorkommen in Schweden für die deutsche Rüstungsindustrie zu sichern. Im Gegensatz zu Norwegen ergab sich die dänische Regierung kampfflos, blieb

im Lande und „arbeitete“ mit den Besatzern zusammen. Mit ihrem Verhalten erhoffte sich die dänische Bourgeoisie Vorteile von der Besetzung. Dennoch setzte schon hier der passive Widerstand der Bevölkerung ein, indem König Christian X. als Sinnbild für das Bestehen Dänemarks öffentlich bejubelt wurde. Dänischer Nationalismus wurde deutschem Nationalismus gegenübergestellt. Nach zunehmenden Sabotageakten erhoben die deutschen Faschisten im August 1943 Forderungen gegenüber der dänischen Regierung, die diese aber ablehnte. Die Regierung trat zurück; das dänische Heer wurde interniert. Die Flotte versenkte sich selbst oder floh nach Schweden. Im September 1943 bildete sich der Freiheitsrat Dänemark, der den ganzen Widerstand repräsentierte, von den Alliierten anerkannt und unterstützt wurde. Nun arbeiteten auch die Bürgerlichen gegen die Besatzer. Der Widerstand wurde mit Hilfe der Briten effektiviert. Waffen und anderes Material wurden geliefert sowie dänische Truppen im Ausland ausgebildet. Anfängliche einzelne

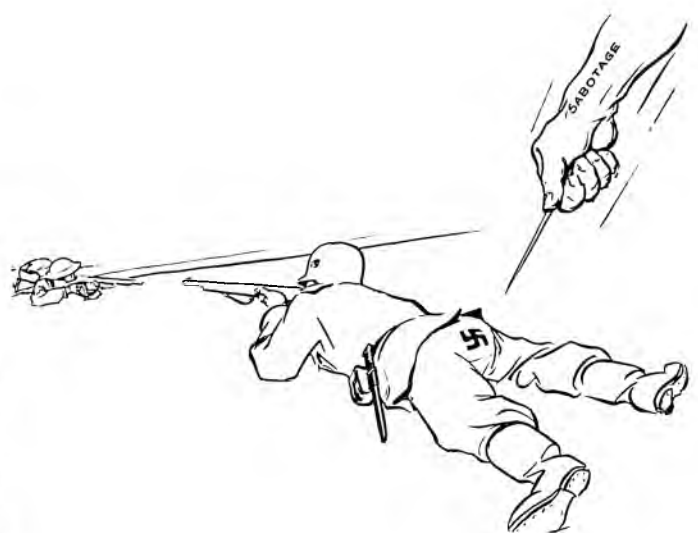
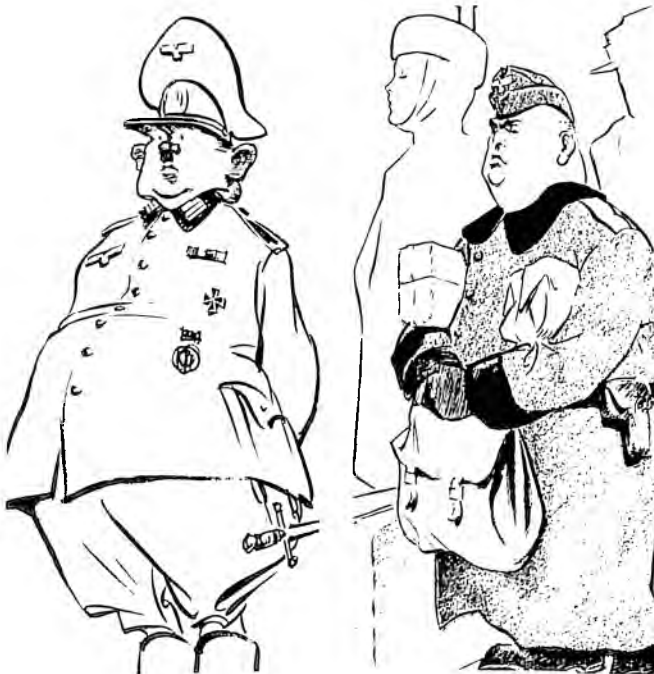


(1) Zum Einmarsch der Faschisten am 9.4.1940

Sabotageakte richteten sich zumeist gegen Betriebe bzw. deren Besitzer, die sich Vorteile aus der Zusammenarbeit mit den Nazis versprachen, z.B. die Zementindustrie. Die Sabotageakte weiteten sich über das ganze Land aus. Die Besatzer sahen sich daher gezwungen, mit faschistischen Trupps (die z.T. aus Dänen bestanden) Terror zu verbreiten. Doch der Widerstand wurde nur stärker. Ein „Massenstreik“ in Kopenhagen erreichte, daß die Ausgangssperre, anläß-

lich der großen Zahl von Sabotageakten nach der Landung der Alliierten am 6.6.1944 in der Normandie verhängt, einen Monat später wieder zurückgenommen werden mußten.

Østerberg verarbeitet diese Zeit auf seine eigene Art. Anläßlich der Besetzung Dänemarks durch deutsche Truppen marschiert ein Geisterbataillon, das anfangs nur wie eine Regengfront aussieht, über das Land, welches von einem winzigen Bauern mit Pflug gerade bestellt wird. Alles



Von links nach rechts:

- (2) „Sollte er ein Vorbild haben?“
- (3) „Die kalte Schulter“
- (4) „Sabotage“. Alle Bilder 1940/41.



(5) „Denunziant“. Mai 1944.

will nach dem vorangegangenen Winter wachsen und blühen und wird doch sofort wieder niedergedrückt. Die Ohnmacht gegenüber den scheinbar übermächtigen faschistischen Truppen wird hier deutlich (Bild 1).

Die deutschen Offiziere nahm Østerberg am Anfang der Besatzungszeit gern aufs Korn. Sie haben fette Bäuche, sind schweinsköpfig und tragen schwere Stiefel. Sie erscheinen zu meist grotesk und lächerlich (Bild 2). Diese Offiziere stehen isoliert da (Bild 3). Østerberg veranschaulicht durch diese Gestalten seine Sicht des „Deutschen“. Der einfache Soldat wird, wenn überhaupt, stereotyp dargestellt.

Der aktive Widerstand wird selten in seinen Karikaturen gezeigt, eher seine Folgen beim Erwischtwerden. In der Zeichnung „Sabotage“ wird jedoch eine richtige Einschätzung der Kräfteverhältnisse gegeben. Zwar ist die Faust mit der spitzen Nadel nicht in der Lage, den Feind zu vernichten, bekommt aber im entscheidenden Moment Bedeutung, so daß der Hauptverbündete (hier ein britischer Soldat) den vernichtenden Schlag ausführen kann (Bild 4).

Bild Nr. 5 befaßt sich mit dem Verhalten gegenüber

von Denunzianten. Das Urteil ist so klar wie brutal: Nur der Tod eines Denunzianten schützt vor weiterem Verrat. Im antifaschistischen Kampf gibt es eben nur zwei Seiten. Die einen sind dafür, die anderen dagegen. All diejenigen in der Mitte müssen sich entscheiden.

Ein Schwachpunkt Østerbergs ist sein nationales Denken, dies erschwert eine scharfe Kritik gegen die faschistischen Besatzer. Er kritisiert das „Deutsche“ an ihnen, aber nicht das Faschistische. Leider stellen Østerbergs Karikaturen nur einen kleinen Ausschnitt des Widerstandes dar. So wird weder auf die illegalen dänischen Waffenfabriken eingegangen noch auf die Zugsabotage, den Widerstand der DKP, die Gefangenenlager in Dänemark, die Verschleppung von Dänen in deutsche KZs, die durch die Mithilfe vieler verhinderte Judendeportation. Dennoch muß jede Art des antifaschistischen Kampfs gerade auch heute gefördert werden. Dazu leisten die Karikaturen Østerbergs sicherlich einen Beitrag.

Quellen: G. Østerberg, Katalog zur Ausstellung; Kurzer Führer des Museums für Dänemarks Freiheitskampf – (rwe)

Ausländerrecht

Verfassungsgericht erklärt Ausländerstopp zum Staatsziel

Das Bundesverfassungsgericht (BVerfG) hat mit Beschluß vom 12.5.1987, jetzt veröffentlicht u.a. in der Neuen Juristischen Wochenschrift 1988, Seite 626 ff, die in Bayern und Baden-Württemberg bis dahin bestehende dreijährige Ehebestandszeit als Voraussetzung des Familiennachzugs zu in der BRD lebenden Ausländern für verfassungswidrig erklärt. Das BVerfG hat das Verfahren genutzt, um die Erschwerung der Familienzusammenführung insgesamt zu billigen.

Das BVerfG stellt fest, daß aus dem Grundrecht auf Schutz von Ehe und Familie (Art. 6 I GG) kein Zugangsrecht zur BRD erwachse. Zwar werde auch die Ehe von Ausländern im Bundesgebiet geschützt; die Entscheidung, ob ein Ausländer oder eine Ausländerin zwecks Eheführung in die BRD einreisen könne, sei jedoch Sache von Exekutive und Legislative; der im Ausland lebende Ehegatte habe keinen räumlichen Kontakt zur BRD. Demgegenüber ist festzuhalten, daß der in der BRD lebende Ausländer voll und ganz den Schutz des Grundrechts genießt; dieses fordert vom Staat nicht nur ein Eingriffsverbot, sondern eine Pflicht zur aktiven Förderung der Ehe; daher muß auch deren Führung in der BRD ermöglicht werden.

Art. 6 GG ist ein vorbehaltlos gewährtes Grundrecht, das nur durch Rechtsgüter, die ihrerseits Verfassungsrang haben, eingeschränkt werden kann. Das BVerfG bemerkt dazu salopp, „ob die mit der Aufenthaltsregelung verfolgten öffentlichen Interessen Verfassungsrang genießen, ist im vorliegenden Zusammenhang unerheblich. Das Grundgesetz schließt es insoweit nicht aus, den Schutz von Grundrechtsgütern zugunsten anderer nicht verfassungsrangiger Belange in bestimmtem Umfang zurückzustellen.“ Nachdem das Grundrecht so seines materiellen Wirkungsgehalts entkleidet ist, dringt das BVerfG zu den „öffentlichen Interessen“ vor:

1. Der hier lebende Ausländer soll sich hinreichend „eingegliedert“ haben. Ein achtjähriger Aufenthalt in der BRD könne daher gefordert werden. Allerdings sei dies kein unwiderlegliches Indiz für eine Eingliederung: Die Heirat mit einer im Ausland befindlichen Frau mache deutlich, daß noch eine Verbindung zum Herkunftsland bestehe. Das BVerfG verrät so, was die Bourgeoisie unter „Integration“ versteht: Abbruch jeglicher „innerer Verbundenheit“ zum Herkunftsland und Unterwerfung; wer nicht so weit ist, trägt die Beweislast, daß sein Aufenthalt und der seines Ehegatten für die BRD zumutbar ist.

2. „Scheinehen“ sollen verhindert werden. Das BVerfG gibt zu, daß es keine Erkenntnisse gibt, ob und wieviele „Scheinehen“ es gibt und ob diese durch restriktives Ausländerrecht verhindert werden. Stattdessen bedient es sich mehrfach der Formulierung, es sei „jedenfalls vertretbar anzunehmen, daß ...“. Die Behauptung über einen bestimmten Sachverhalt wird so zum Beweis desselben erklärt. Diese Methode, mit vagen Behauptungen zu retten, was nicht zu retten ist, ist für den Bereich des Ausländerrechts nicht neu: In mehreren Entscheidungen hat das Gericht die Formel erfunden, eine Regelung sei „noch verfassungsgemäß“. Das Interesse diktiert das Ergebnis. – Die Zugugerschwerung zwecks Scheinehenverhinderung ist weder erforderlich noch verhältnismäßig: Das Eingehen einer Scheinehe ist ein Grund für die nachträgliche Befristung der Aufenthaltserlaubnis; zudem sieht das allgemeine Verwaltungsrecht ein Verfahren für die Rücknahme eines rechtswidrigen Verwaltungsakts vor (§ 48 VwVfG). Nach verwaltungsrechtlichen Grundsätzen trägt die Beweislast, wer aus einer Tatsache für sich Rechte herleiten will; das wären die Ausländerbehörden, wenn sie die Aufenthaltserlaubnis wegen Führens einer „Scheinehe“ entzie-

hen wollen; dieser Beweislast werden sie entbunden.

3. „Die Einschätzung ist nicht unvertretbar“, daß das Anwachsen der Ausländerzahlen als Ursache „den Zustrom von Asylbewerbern und eine wachsende Zahl von Ehegatten- und Familiennachzügen“ habe. Um dieses zu stoppen, seien Nachzugserschwerungen gerechtfertigt. Das heißt: Rechtsverweigerung wegen der Ausübung von Grundrechten. Letztlich sei, so das Gericht weiter, das Erfordernis eines dreijährigen Bestands der Ehe unverhältnismäßig, weil es junge Ehen gegenüber anderen Ehen benachteilige. Mehr nicht. – (Mak)

Hermann Löns

Wiedergeburt zur Verbreitung völkischer Sichtweisen

„Wir erleben zur Zeit eine richtige Löns-Renaissance“, stellt der Schriftführer des Verbandes der Hermann-Löns-Kreise in Deutschland und Österreich am 11.9.87 in der Walsroder Zeitung fest. Seit Jahren bemühen sie sich, „das Werk des Dichters in seinen wegweisenden und zeitlosen Teilen fortzuschreiben“. Dr. Ernst-Wilhelm Bussmann, Walsrodes Stadtdirektor, ist Vorsitzender dieser Gesellschaft, die 1961 gegründet wurde. Sie stellt sich ausdrücklich in die Tradition aller „früheren Hermann-Löns-Gemeinschaften“. Einflußreiche Leute wie der Herausgeber der Wochenzeitung „Die Zeit“, Karl-Heinz Janßen, sorgen mit dafür, daß Lönsens Kriegstagebuch veröffentlicht wird. Als Titel wird ein Zitat aus dem Tagebuch gewählt: „Leben ist Sterben, Werden, Verderben“. Es steht als Programm. Der Kriegstod erscheint gewissermaßen als natürlicher Vorgang.

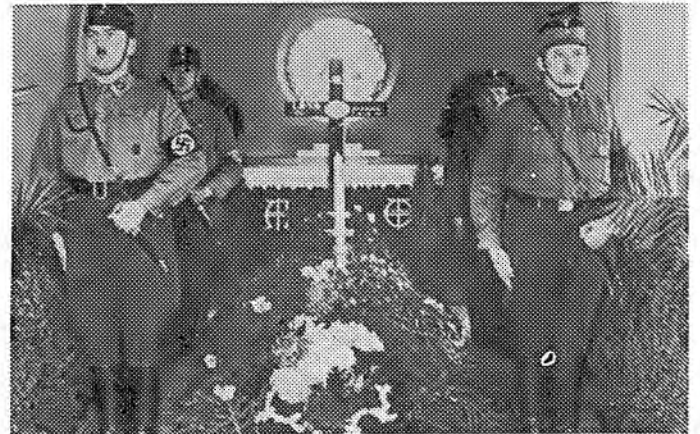
Was schätzen die Löns-Verehrer an ihrem Dichter? Dazu noch einmal der Löns-Verband in der Walsroder Zeitung: „Löns habe gezeigt, wie wichtig es ist, die Natur zu achten, kulturelle Werte zu pflegen und den Gefahren der Vermassung entgegenzuwirken.“

Löns achtet die Natur im Dienste der Reinerhaltung von „Art“ und „Vaterland“. Da wettert er, um die „deutsche Landschaft“ zu erhalten, gegen das Hacken von Stechpalmen („Weil wir den Kelten eine Mode nachäffen müssen; denn mit Stechpalmen und Mistel zum Julfest das Zimmer zu schmücken, ist keine deutsche Sitte.“ – Fritz Klein, S. 23), schimpft auf Schüler, die nach Schulvorschrift Pflanzen sammeln müssen, hetzt auf Ornithologen mit seinem Grundsatz „Lieber ein Loch in der Wissenschaft, denn in der Natur“ (Fritz Klein, S. 32). Völkische Lebensraumphilosophie ist die Grundlage: „Alle wahren Vaterlandsfreunde, die das Glück nicht darin erblicken, daß es industriell und kommerziell und infolgedessen finanziell höher kommt, sondern darin, daß es gesund an Leib und Seele bleibe und sich als vornehme und edle Rasse behauptet, müssen sich zusammentun und den Kampf gegen all die Mächte und Kräfte führen, die unser Heimatland entehren und arm und traurig machen.“ (Fritz Klein, S. 21)

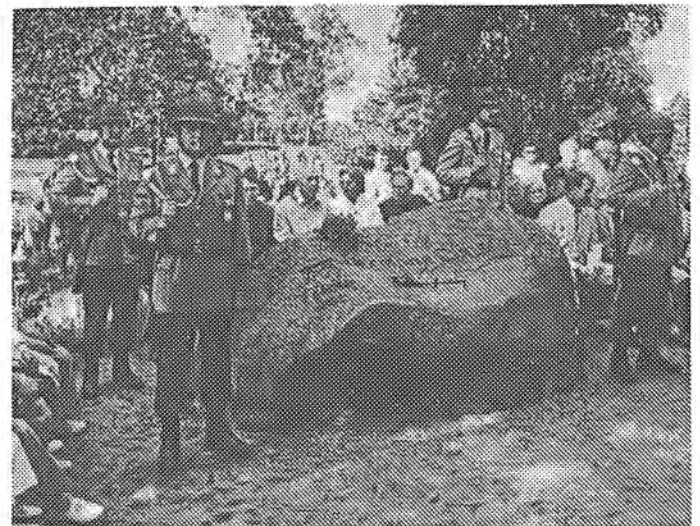
Löns zeige die Wichtigkeit, kulturelle Werte zu pflegen. Z.B. den Nationalismus, völkisch, als Stammesbewußtsein, wie er dem Leser immer wieder entgegenquillt. Welchen Wert er offensichtlich auf vermeintlich rassische Merkmale gelegt hat, läßt sich ermessen, wenn in seinem Kriegstagebuch immer wieder Hinweise auf blonde Frauen und Kinder kommen, als hätte er sie förmlich gesucht. Zur Frage der Heimatliteratur z.B. ergießt sich Löns folgendermaßen: „Der Schmarotzer am Stamme des gesunden Stammes-

empfindens, der literarische Partikularismus, großgezüchtet, in mißverständener Heimatbewegung von niedersächselnden und bajuvarisierenden Literaturdemagogen und Geschäftshubern, zieht in seiner kirchturmpatriotischen Engbrüstigkeit Stacheldrahtzäune zwischen deutsches Sprachgebiet und errichtet Schranken zwischen den Stämmen. Die Mühe ist vergebens: Immer wieder kommen Riesen, treten die Zäune nieder und brechen die Schranken ab, sie einen Nord und Süd, Ost und West, soweit die deutsche Zunge klingt, werden die Unseren und machen uns zu den Ihrigen. Die Kunst, die nur Heimatkunst ist, ist kleiner Art; hohe deutsche Kunst ist alldeutsch.“ (Martin Anger, S. 114) Christliches Pflichtgefühl, Staatstreue, Vaterlandsliebe, vermeintlich naturgegebene und -gemäße Lebensführung von Frau und Mann werden von Löns in penetranter Weise propagiert.

Löns sei lesenswert, weil er den Gefahren der Vermassung entgegenwirke. Wie macht er das? Indem er die eingeschränkten Erfahrungen, die Enge und Begrenztheit des ländlichen und dörflichen Lebens hochhält: „Ich, der Großstädter, werde immer traurig, sehe ich ein Dorf. Da sind Grenzen, da ist festes Gefüge, da ist Sitte und Überlieferung. Da weiß man, wer sein Vater ist, da hat man eine Mutter gehabt, da hat man Freunde und Gespielen. – Alles das haben wir nicht in der Großstadt. Sind vogelfrei, wie die Ackermäus hier im Schnee, auf die der Bussard lauert, sind vogelfrei, wie der Bussard, der auf eine Maus



1934: SA-Ehrenwache am Löns-Sarg in der Friedhofskapelle von Fallingbostal.



1987: Ehrenwache von Bundeswehrreservisten am Löns-Grab im Tietlinger Wacholderhain.

paßt, haben nicht Stätte noch Heim, wir armen Zigeuner des Asphalts.“ (Deimann, S. 86)

Die Vorliebe für Löns ist nicht neu und kein Privileg von Jägern, Naturschützern und Heimatfreunden. Schon die Nationalsozialisten wußten ihn zu schätzen. So mühten sich die Faschisten, Lönsens angebliche Gebeine in einem Grab in der Lüneburger Heide unterzubringen. Sein freiwilliger Kriegseinsatz mit 48 Jahren zur „Verteidigung des Vaterlandes“ und sein früher „Heldentod“ 1914 in Frankreich waren ihnen Grund genug. Der Kommandierende General des X. Armeekorps erklärte auf der Beisetzung 1935: „Für uns Überlebenden bleibt es Pflicht, den heldischen Geist von 1914 zu pflegen, wie der Kriegsfreiwillige Hermann Löns und seine Kriegskameraden ihn uns vorgelebt und vorgestorben haben.“ (Kriegstagebuch, S. 72)

Löns' „Matrosenlied“, enthalten in der Gedichtsammlung „Der kleine Rosengarten“, diente den Faschisten unter dem Titel „Engellandlied“ als Erkennungsmelodie für Seekriegssondermeldungen. Die zweite Strophe lautet:

Der Wehrwolf: Rassismus und Fremdenhaß

Die Handlung des Romans, den Löns als eine Bauernchronik bezeichnet, spielt sich im 30jährigen Krieg ab. Die Heidebauern organisieren eine Heimwehr (Wehrwölfe), um ihre Höfe gegen „Marodebrüder“ zu schützen, „denn die Obrigkeit, die wird alle Hände voll zu tun haben, daß sie im allgemeinen für Ordnung sorgt“. Löns läßt Widersprüche zwischen Feudalherrschaft und Bauern gar nicht aufkommen. Die Bauern unterstützen sogar „ihren“ Heideherzog („... denn unser lieber Herzog, den Gott erhalten möge ...“) und auch die Kirche freiwillig mit Geld, das sie bei ihren Überfällen erbeuten. In Wirklichkeit haben die Bauern ein Interesse gehabt, die Feudalherren davonzujagen. Löns Heidebauern allerdings sind mit ihrer Ausbeutung und Plünderung durch Fürsten und Kirche anscheinend zufrieden, nur der Krieg müßte aufhören. Dann wäre die Welt in Ordnung.

In dem Roman fällt eine gehörige Portion Rassismus und Fremdenhaß auf. Schon am Anfang macht Löns klar, wer in der Lage ist, in der rauen Heide zu ackern. „Da kamen eines Abends andere Menschen zugereist, die blanke Gesichter und gelbes Haar hatten ...“ Die Nordländer nahmen „immer mehr Land unter den Pflug ...“ und stellten damit ihre Leistungsfähigkeit unter Beweis. Es ist denn auch nur Recht, wenn etwaige Ureinwohner davon gejagt werden, denn „... die paar armseligen Wilden, die dort von Jagen und Fischen lebten, waren froh, wenn sie das Leben hatten ...“

Der Rassismus und Fremdenhaß zieht sich durch den gesamten Roman: „Tatern und anderes fremdes Volk ... das wird ohne weiteres mit der Peitsche begrüßt ... Und das ist ganz recht so: denn erstens sind es keine richtigen Menschen, und außerdem, warum bleiben sie nicht, wo sie hingehören?“ ... ob noch Recht und Gerechtigkeit im Lande ist, und ... in einem christlichen Staate leben oder unter Türken und Heiden.“

In Rambo-Manier killt der Held Harm Wulf mit seinen Wehrwölfen nahezu alle Fremden, die sich ihnen nähern: „... und dann schossen sie sie zusammen, wie eingeklappte Hirsche; nicht einer kam gesund davon.“

Am Schluß plagen den „Wulfsbauer“ zwar Gewissensbisse wegen des vielen Blutes an seinen Händen, so daß er die letzten Jahre seines Lebens nicht mal mehr „Wurst, die aus Blut gemacht war, aß“, aber: Es war eben alles notwendig. Es gab ja auch immer wieder Trost. So lobte der Minister des Herzogs die Wehrwölfe: „Wenn sie alle so wären, wenn sie alle so wären! Dann stünde es

„Unsere Flagge und die wehet auf dem Maste, Sie verkündet unsres Reiches Macht, Denn wir wollen es nicht länger leiden, Daß der Englischmann darüber lacht; Gib mir deine Hand, Deine weiße Hand, Leb wohl, mein Schatz, leb wohl, Denn wir fahren gegen Engelland.“

Löns' „Bauernchronik“ „Der Wehrwolf“ wurde 1945 von den Nationalsozialisten zur Steigerung des Durchhaltewillens in Fortsetzungsform in der Zeitung veröffentlicht.

Wozu also die „Löns-Renaissance“? Offensichtlich stellt Löns eine Art von Fusel dar, der ausgeschenkt werden kann in der Hoffnung, Konservative, Erzreaktionäre, Faschisten und bestimmte Leute in oder am Rande der grün-alternativen Bewegung gemeinsam zum Feiern bringen zu können und letztere dann torkeln zu lassen. – (sts)

(Quellen: Fritz Klein, Das Neue Hermann-Löns-Brevier, 1986; Martin Anger, Hermann Löns, 1986; Wilhelm Deimann, Der andere Löns, 1965; Hermann Löns, Leben ist Sterben, Werden, Verderben – Das verschollene Kriegstagebuch, 1986; Hermann Löns, Der kleine Rosengarten, 1951)

besser um unser armes Land.“ Bei der Beerdigung für Harm Wulf hielt der Dorfprediger einen Nachruf, worin er ihn „mit Simson verglich und mit Judas, dem Makkabäer, die ihre Völker vor den Feinden bewahrten, rot bis an den Hals vor Blut gewesen waren und doch Gott wohlgefällig ...“

Löns schrieb den Roman 1910, zu einer Zeit, als sich der Kampf der imperialistischen Mächte um die Vorherrschaft in der Welt immer weiter zuspitzte. Er demonstrierte, wie sich alle in einer großen Gemeinschaft zur „Verteidigung von Volk und Vaterland“ zusammenschließen, über alle Klassengegensätze hinweg, genau das, was das deutsche Kapital brauchte und wünschte.

Löns' Frauenbild: Erzreaktionär, rassistisch

Für Löns ist die Frau das natürliche Anhängsel des Mannes, „damit er sich nehmen kann, was ihm zukommt“. (Wehrwolf, S. 128) So ist erstmal Schönheit gefragt, und schön ist sie, wenn sie blond ist, blauäugig und deutsch. „Reizende, schlanke junge Frau, ganz deutsch und sauber ...“ (Kriegstagebuch, S. 16) Oder „Augen, so blau wie der liebe Himmel“ und „ihr Haar, das leuchtete wie Gold ...“ (Wehrwolf, S. 14 und 90) Verachtenswert hingegen die nicht deutsche Frau: Die französische Frau, „meist plump und überüppig“ (Kriegstagebuch, S. 16). Oder im Wehrwolf das „Tatern(Zigeuner)weibsstück“, deren große Zehen nach außen stehen (S. 103 u.a.), die stehlen, dreckig und Huren der Soldaten sind. Nur als saubere Deutsche ist's die Frau wert, in ihrer Naturbestimmung, dem Kinderkriegen, aufzugehen. Das macht sie gesund und glücklich. „Wenn erst noch ein Kind da ist und Rose mehr Arbeit damit hat, dann wird sie über alles eher fort kommen (Krankheit, Kriegsschrecken, d. Verf.). So wurde es denn auch.“ (Wehrwolf, S. 56) Zu der Frauen Glück gehört für Löns natürlich, auch dem Mann die Wirtschaft, Hof und Garten zu besorgen. Ein selbständiges Leben kommt für die Frau nicht in Frage. Ihre Meinung in wesentlichen Fragen ist nicht gefragt, weder im „Wehrwolf“, noch in „Die Häuser von Ohlenhof“. Allerdings fürs Gemeinwohl darf sie schuften wie ein Mann. „... und was früher für eine Schandnot angesehen war, wenn nämlich ein Frauensmensch sich in den Pflug spannte, jetzt galt es als Vergnügen.“ (Peerhobst in eine Trutzburg zu verwandeln – Wehrwolf, S. 142) Löns Traumfrau? Deutsch, fleißig, gefügig und sanft.

(Quellen: Löns, Der Wehrwolf, 1939; Löns, Die Häuser von Ohlenhof, 1980; Löns, Leben ist Sterben, Werden, Verderben – Das verschollene Kriegstagebuch, 1986)

Landtagswahl Baden-Württemberg

Gegen den Formierungsprozeß von Reaktion und Faschismus Antifaschismus zu einem Sammelpunkt des Widerstandes machen

Die folgenden Beiträge zur Auswertung der Wahlergebnisse des rechten Parteienspektrums sind verfaßt von Mitgliedern der Volksfront Baden-Württemberg. Der Landesverband hatte durch Unterstützung und Beteiligung an entsprechenden Aktionen und durch Herausgabe verschiedener Materialien wie einer Broschüre zur Kritik rechter und faschistischer Programmatik versucht, die antifaschistische Kritik im Wahlkampf zu stärken. Die Volksfront hatte vor Beginn des Wahlkampfes die Auffassung vertreten, daß nur durch das Zustandekommen einer antifaschistischen Bündniskandidatur der Formierung von Reaktion und Fa-

schismus wirksam entgegengetreten werden kann. Die Betrachtung des Wahlergebnisses, bei der auch das Nichtzustandekommen einer solchen Kandidatur einbezogen werden muß, bestätigt diese Auffassung. Vertiefung und Vereinheitlichung der Kritik reaktionärer und faschistischer Programmatik ist dringend geboten. Die Bildung eines antifaschistischen Bündnisses auf dieser Grundlage muß von allen Antifaschisten angestrebt werden. Die folgenden Artikel und Dokumentationen sollen erste Beiträge in dieser Richtung sein. – (heb)

Starke Kräfte in der CDU für Hinwendung zu ganz rechten und faschistischen Positionen

Vor dem Hintergrund des Ergebnisses der baden-württembergischen Landtagswahl (siehe Politische Berichte 7/88, S. 3) wird in der CDU jetzt eine Diskussion geführt unter der vordergründigen Fragestellung: „Wie die Wähler am rechten Rand zurückgewinnen?“ Auch einige Kommentatoren der regionalen Zeitungen im Südwesten der BRD machen den Stimmenzuwachs der Rechten und Faschisten in dieser Weise zum Problem der CDU. Eine andere Betrachtungsweise kam bisher nur durch Jutta Dittfurth in die Medien, die am Wahlabend sagte, die CDU-Regierungspolitik sei verantwortlich für diese Entwicklung.

In der „Erklärung der Volksfront Baden-Württemberg zur Vertretung antifaschistischer Positionen in den Landtagswahlen 1988“ vom 24.10.87 heißt es unter der Überschrift „Gegen die wachsende faschistische Sammlung und Vereinheitlichung mit der Reaktion“:

„Reaktion und Faschismus erweitern ihre Berührungspunkte und Gemeinsamkeiten und erzeugen einen ideologischen Druck, der weit in die Reihen z.B. auch der parlamentarischen Opposition reicht. Politische Maßstäbe und Normen werden nach rechts verschoben ... Die reaktionäre Regierungspolitik bietet den Faschisten sowohl Anknüpfungspunkte für ihre Politik als auch eine Erweiterung ihres Spielraums. Über eher vordergründige Unterschiede kann sich die CDU bei gleichzeitiger Rechtsentwicklung bei Bedarf davon abgrenzen und als ‚Mitte‘ darstellen. Der reaktionäre Liberalismus der FDP gehört zu diesem Formierungsprozeß dazu.“

Das Wahlergebnis und der Verlauf des Wahlkampfes bestätigen diese Feststellungen.

Gegen die These: „Je rechter die CDU, desto schwächer die Faschisten“, spricht einiges. Zum Beispiel unterstellt diese These, die Politik der baden-württembergischen Landesre-

gierung sei bisher eher nicht so rechts gewesen. Das genaue Gegenteil ist der Fall: Gerade auf den Feldern, auf die die Rechten und Faschisten im wesentlichen ihre Wahlkampfpropaganda konzentriert haben, hat die Späth-Regierung eine reaktionäre Vorreiterrolle gespielt:

Beispiel Asyl- und Ausländerpolitik: Es war Späth, der im Bundesrat die Initiative ergriff zur Verschärfung des Asylverfahrensgesetzes 1986. Die NPD konnte der Landesregierung nur noch ihre Unterstützung bei der „Eindämmung der Asylantenflut“ anbieten.

Beispiel Nationalismus und Deutschlandpolitik: Die Praxis der Landesregierung – und nicht nur von Mayer-Vorfelder – in dieser Frage bewegt sich nahe an faschistische Positionen heran: Unter anderem ist in einer Broschüre vom Februar '87 die Rede von „deutschen Kulturlandschaften im

Osten und Südosten Europas“.

Beispiel §218 und „Schutz des werdenden Lebens“: Am 3. Februar 1988 hat der Landtag ein Beratungsgesetz verabschiedet, das die Kontrolle über Schwangerschaftsabbruch bedeutend verschärft. Die Späth-Regierung will jetzt diese Bestimmungen auch im anstehenden Bundesberatungsgesetz unterbringen. Für einen „Werbefeldzug gegen Abtreibung“, der jetzt anlaufen soll, hat sie sich selbst 2 Millionen DM an Mitteln genehmigt.

Stimmen in der CDU wie die von Heck und Todenhöfer oder des nebenstehend zitierten Landrats Steuer beabsichtigen, den reaktionären Kurs in diesen Fragen noch weiter zu verschärfen. Insofern handelt es sich schon um einen realen Streit und nicht um Scheingefechte. Mit das bedenklichste an den Vorgängen ist, daß bis weit ins Lager der parlamentarischen Opposition hinein gedacht wird, die CDU müsse nun durch Verschiebung von Positionen nach rechts Terrain zurückgewinnen. In der SPD wird dabei wohl spekuliert auf zunehmende Anhangbildung in der gehobe-

Auszüge aus einem Interview mit einem CDU-Landrat

Die folgenden Auszüge stammen aus einem Interview mit CDU-Landrat und MdL Steuer aus Biberach, gesendet im Programm Südwest 3 in der Sendung „Politik Südwest“ am 7.4.88. Hier die Wahlkreisergebnisse: CDU – 59,7%; SPD – 20,9%; Grüne – 6,9%; Rechte und Faschisten – 8,6%.

„Wir haben das C im Parteinamen, das muß wieder stärker nach außen kommen: Schutz des werdenden Lebens, §218 ...“

Und diejenigen, die das an der CDU moniert haben, das sind keine Rechtsradikalen, das sind unsere besten Wähler ... Und dann sind natürlich unsere Bürger auch manchmal etwas sehr sensibel, was die ganzen Fragen Rechtsstaat, Radikalerellaß, Ausländer, Asylanten anbetrifft, und auch da meine ich, müssen wir wieder etwas klarere Positionen be-

ziehen. Das hat mit Rechtsradikalismus gar nichts zu tun ...“

Die ÖDP hat mit rechts gar nichts zu tun oder die Christliche Liga, das sind Parteien, die die christlichen Grundsätze stärker durchsetzen wollen; rechts ist nur die NPD, und das sind Protestwähler, Unzufriedene, aber keine Rechtsradikalen, und die werden jetzt sicherlich bald feststellen, daß ihnen die großen Schreier von der NPD auch nicht helfen können, daß sie mit der CDU auf die Dauer doch besser fahren.“

nen Mittelklasse auf Kosten der CDU.

Demgegenüber sehen wir uns bestärkt in der Auffassung, daß Fortschritte im Kampf gegen den Formierungsprozeß von Reaktion und Faschismus nur erzielt werden können

durch Zusammenschluß antifaschistischer Kräfte auf der Grundlage verbesserter inhaltlicher Kritik an den entscheidenden Programmpunkten dieses Formierungsprozesses. – (B.S., heb)

NPD: Erschreckendes Ergebnis

In ihrem kurzen Wahlprogramm (siehe Kasten) legt die NPD den Schwerpunkt auf Ausländerfeindlichkeit, die in vielen Punkten, wenn auch z.T. nur in einem Nebensatz, vorkommt. Auch in den Wahlanzeigen der NPD spielte diese Ausländerfeindlichkeit eine große Rolle. Eine besondere Frechheit sind ihre Ausführungen zur Entwicklungshilfe und zu Aids.

Zum Teil spielten sich während des Wahlkampfes härtere Auseinandersetzungen zwischen der NPD und den Republikanern ab. So warf der Landesvorsitzende der NPD, Schützinger, in einem Leserbrief in der Südwest Presse v. 30.1.88 den Republikanern vor: „... Sowohl die Landes- als auch die Bundesregierung sind froh, daß es dieses Sammelsurium ... gibt. Wird doch dadurch – zumindest versucht man es – das nationale Wählerpotential wieder gespalten und zersplittert. Was Besseres kann den antinationalen Kräften nicht passieren ... Spaltpilze im nationalen Lager haben die etablierten Verfassungsschutz-Schreiber noch immer gerne gesehen ...“

Ein weiterer Schwerpunkt war die Wirtschaftspolitik. Dabei gab Schützinger den Gewerkschaften eine Mitschuld an den Entlassungen, die es in Villingen-Schwenningen gab. Es kam dann auch sofort wieder die Ausländerfeindlichkeit der NPD zum Vorschein. So behauptete Schützinger auf einer Veranstaltung, kein Deutscher hätte entlassen werden müssen, wenn bereits vor Jahren der Ausländerstopp eingehalten worden wäre.

Wahlergebnis und Analyse

Neben dem guten Abschneiden der NPD (2,1%, über 100000 Stimmen) ist erschreckend, daß die NPD in nur zwei Wahlkreisen unter 1% blieb, und zwar in den Wahlkreisen Heidenheim und Freiburg I. Allerdings ist dies für Heidenheim (NPD 0,9%) keineswegs beruhigend, da dort die Republikaner ihr absolutes Spitzenergebnis mit 6,4% (4281 Stimmen) erzielten.

In den Wahlkreisen mit hohen NPD-Ergebnissen (ab 2,5% NPD-Anteil) schneidet die CDU gegenüber dem Durchschnitt z.T. erheblich schlechter ab. Sie hat in 10 Wahlkreisen höhere Verluste gegenüber dem Durchschnitt. Besonders frappierend in den Wahlkreisen Ehingen (– 7,3 Prozentpunkte) und Biberach (– 9,7 Prozentpunkte). In sechs Wahlkreisen

waren die Verluste der CDU nicht so hoch wie im Landesdurchschnitt. Es gelang ihr jedoch in keinem Wahlkreis, den Landestrend (durchschnittlicher Verlust 2,8 Prozentpunkte) zu brechen. Der SPD gelang dies in neun Wahlkreisen mit hohem NPD-Anteil.

Besonders deutlich im Wahlkreis Biberach (+ 2,6 Prozentpunkte). In den anderen sechs Wahlkreisen verlor die SPD einmal unterdurchschnittlich (Rottweil), fünfmal überdurchschnittlich und einmal hatte sie keine Ver-

luste (Villingen-Schwenningen). Die deutlichsten Verluste in den NPD-Hochburgen erlitten die Grünen. In zwei Wahlkreisen konnten sie zwar den Landestrend (– 0,1 Prozentpunkte) umdrehen, in den anderen 14 Wahlkreisen verloren die Grünen jedoch zum Teil sehr deutlich (z.B. 2,9 Prozentpunkte in Villingen-Schwenningen). Die FDP schnitt in den NPD-Hochburgen sehr unterschiedlich ab. Zweimal konnte sie den Landestrend (– 1,3 Prozentpunkte) umdrehen, in Schwäbisch-Hall (+ 2,7) und in Ulm (+ 0,2). Aber sie mußte in diesen NPD-Wahlkreisen auch herbe Verluste hinnehmen, wie in Hohenlohe (– 5,3) sowie in Leonberg und Calw (je – 2,7). Republikaner und ÖDP haben in den NPD-Hochburgen überraschenderweise je siebenmal überdurchschnittliche Gewinne erzielt. Die ÖDP besonders im Wahlkreis Rottweil (+ 3,0), die Republikaner in den Wahlkreisen Ehingen und

Landtagswahlprogramm der NPD

„– Millionen Deutsche sind arbeitslos, während Ausländer ins Land geholt oder hier gehalten werden. Die NPD wird deshalb die Ausländerzuwanderung stoppen und die freiwillige Rückkehrbereitschaft fördern. Kein Wahlrecht für Ausländer!

– Die technische Entwicklung elektronisch-prozeßgesteuerter Anlagen wird Millionen weiterer Arbeitsplätze vernichten. Die NPD will deshalb den deutschen Arbeitnehmern durch breitetes Miteigentum und Beteiligung am Ertrag das wiedergeben, was ihnen durch Automaten an Lohn und Arbeit genommen wird.

Es ist ein Arbeitsplatzsicherungsgesetz zu verabschieden, das einen gestiegenen Kündigungs- und Entlassungsschutz für Deutsche sowie deren generell berechtigten Anspruch bei Einstellungen vorsieht.

– Das Land ist nicht mehr in der Lage, noch mehr Asylanten aufzunehmen, da weder geeigneter Wohnraum noch Geld vorhanden sind. Eine weitere Zuweisung lehnen wir ab.

– Immer mehr ausländische Bauspekulanten sind bei uns tätig. Wir fordern, dem zunehmenden Ausverkauf unserer Heimat entgegenzuwirken.

– Es ist nicht Aufgabe Baden-Württembergs, an alle Welt Entwicklungshilfe zu leisten, sie ist daher einzustellen. Die eingesparten Gelder sind für die innere Landesentwicklung einzusetzen.

– Der anhaltende Geburtenschwund bedroht die Zukunft unseres Volkes. Sozial gerecht gestaffeltes Kindergeld, Mietzuschuß, Darlehen für junge Ehepaare und eigentumsfördernde Maßnahmen sind Schwerpunkte national-demokratischer Politik. Kinderreiche Familien sind besonders zu fördern. Ein Landeskindergeld ist zusätzlich einzuführen.

Besonderer Schutz hat dem werdenden Leben zu gelten. Ein zusätzlicher Familienlastenausgleich soll ermöglichen, daß Mütter oder Alleinerziehende mindestens bis zur Einschulung ihrer Kinder nicht berufstätig sein müssen.

– Kein Kindergeld für Ausländer, das ist Aufgabe der Heimatländer ...

– Die Behandlung von Aids-Kranken bedeutet eine gewaltige Belastung aller Krankenversicherten. Die NPD fordert die Aufnahme der Seuche Aids ins Bundesseuchengesetz und damit die Meldepflicht. Aids-infizierte Ausländer und Asylanten haben unser Land sofort zu verlassen. Ausländer ohne Aids-Test erhalten keine Aufenthaltsmöglichkeit in Baden-Württemberg ...

– Die deutschen Bauern sind Opfer einer unsinnigen EG-Politik. Wir werden ein Landwirtschaftssicherungsgesetz zur Erhaltung und Förderung der bäuerlichen Familien- und Kleinbetriebe erlassen, und wollen die Abkehr von der EG-Massenproduktion. Die Erzeugung gesunder Nahrung ist zu fördern ...

– Das Demonstrationsrecht wird immer mehr von gewalttätigen Chaoten mißbraucht. Wir sind deshalb für ein sofortiges Vermummungsverbot und harte Bestrafung für Randalierer ...

– Bei entscheidenden Fragen der Politik sind Volksabstimmungen durchzuführen (Schweizer Modell!).“

Biberach (je + 2,0). Allerdings erzielten die ÖDP ihre schlechtesten Ergebnisse in NPD-Hochburgen mit je 0,8% in Bietigheim-Bissingen und in Schwäbisch Hall. Die Republikaner erzielten ihr schlechtestes Ergebnis in der absoluten NPD-Hochburg Villingen-Schwenningen mit 0,5%. Landesweit scheint es keine übermäßige Konkurrenz zwischen NPD und anderen Rechten gegeben zu haben, regional war dies aber anscheinend der Fall.

Noch einen kurzen Blick auf die *NPD-Hochburg Villingen-Schwenningen*. Hier erhielt die NPD mit 4,9% ihr landesweit bestes Ergebnis. Die CDU lag mit 53,2% über dem Landesdurchschnitt. Die SPD erzielte mit 28,2% dasselbe Ergebnis wie 1984. Die Republikaner erhielten ihr landesweit schlechtestes Ergebnis (0,5%) und die ÖDP lag mit 1,2% etwas unter dem Landesdurchschnitt.

Ihre besten Ergebnisse erreichte die NPD in den Teilgemeinden Mühlhausen (13,3%) und Tannheim (11,4%) sowie in den beiden Gemeinden Deißlingen (9,9%) und Tuningen (9,6%). Typisch für diese vier Gemeinden ist ihre Struktur. Es gibt, außer in Mühlhausen mit dem Stammsitz der Hommelwerke, keine bedeutende Industrie. Die Gemeinden sind dörflich strukturiert, etwas Landwirtschaft, hauptsächlich jedoch Schlafgebiete für die in Villingen-Schwenningen Arbei-

tenden. In den letzten Jahren sind viele wohlhabendere Bürger aus den Städten Villingen-Schwenningen und Rottweil in diese Gemeinden gezogen. Die Gemeinden sind im großen und ganzen intakt, man kennt sich. Eigentlich typisch für viele Regionen in Baden-Württemberg.

Eine Besonderheit zeichnet jedoch Villingen-Schwenningen aus. Villingen-Schwenningen ist eines der Arbeitslosenzentren in Baden-Württemberg. Die Arbeitslosenrate liegt hier bei 6,4%, landesweit bei 5,4%.

Ein Grund ist aber sicherlich die langjährige, kontinuierliche politische Arbeit, die die NPD-Kandidaten Schützinger, Mager und Mußnug in den Städten Villingen-Schwenningen, Deißlingen und Tuttlingen betreiben. Schützinger ist seit 1980 im Gemeinderat, seit 1984 im Kreistag. Er leistet eine hervorragende Pressearbeit und seine Kommunalpolitik ist in weiten Kreisen angesehen. Die Wahlergebnisse der NPD in Villingen-Schwenningen steigen seit zehn Jahren kontinuierlich. Man wird hier nicht mehr schief angesehen, wenn man seine rechte Meinung öffentlich äußert. Die NPD ist hier nicht verrufen und wurde mit 6,3% die drittstärkste politische Kraft. Diese langjährige politische Arbeit hat sicher dazu geführt, daß die landesweit vorhandene rechte Stimmung in diesen Städten besonders herauskam. – (har)

Akademikern erreichte (4,1%).

„Was könne“ – so fragte die Frankfurter Allgemeine Zeitung am 23.3. 1988 mit Blick auf das Abschneiden u.a. von ÖDP und „Christlicher Liga“ – „so viele Wähler so tief verärgern, da doch für die überwältigende Mehrheit des Volkes der materielle Wohlstand beständig wächst, da der Staat vom einzelnen immer weniger Opfer, Dienst, Verzicht verlangt, da der CDU-Kanzler und mit ihm die ganze Regierung draußen in der Welt hohes Ansehen genießt? Müßten diejenigen, die bisher der Union anhängen, nicht zufrieden sein wie nie? Viele von ihnen sind es nicht, weil ihnen der materielle Überfluß nicht der höchste Wert ist und weil ihnen die Herrschaft des individuellen Beliebens in Staat und Gesellschaft als eine Verirrung erscheint. Solche ihrer bisherigen Wähler nehmen es der Union übel, daß sie auf mehreren Feldern, in unterschiedlichem Maß, mit Tun oder Untätigkeit von ihren einst erklärten Absichten Abstand nimmt: bei Recht und innerer Sicherheit, in der Einwanderungsfrage, in der Außen- und Deutschlandpolitik.“

ÖDP und „Christliche Liga“ werben für Rassismus, staatliche Unterdrückung, Verzicht und Expansion.

Der Kampf wider das materielle Anspruchsdenken und für Verzicht in jeder Form ist zentrales Anliegen der ÖDP. Die Volksgemeinschaft sei dafür Voraussetzung: „Solidarität ist... auch innerhalb unseres Volkes nötig. Eine auf die Zukunft gerichtete Partei darf keine Gruppeninteressen, sondern muß die Gesamtinteressen der Bevölkerung, einschließlich der künftigen Generationen vertreten. Um gemeinsam zu überleben, muß der rücksichtslose materielle Kampf der Klassen und Verbände beendet werden.“ Feind dieser von der ÖDP bevorzug-

ÖDP und „Christliche Liga“ gegen Arbeiterinteressen, für Opfer, Dienst und Verzicht

Die ÖDP konnte bei den Landtagswahlen an einzelnen Orten bis zu 4% erringen (Ravensburg, Wangen). In Ravensburg erreichte die „Christliche Liga“ 3,6%. In Freiburg erzielte die

ÖDP 3,4%, wobei sie die höchsten Zahlen in Wohngebieten mit überdurchschnittlich hohem Anteil an höheren und leitenden Angestellten und Beamten sowie freiberuflichen

„Gastarbeiterfragen“

„Jeder Mensch, vor allem innerhalb einer geschlossenen Wirtschaftsgemeinschaft, muß das Recht auf Auswanderung besitzen, um sein Recht auf Arbeit... wahrnehmen zu können. Besser und vorrangig allerdings wäre, die Wirtschaftsstruktur in den einzelnen Ländern so zu verbessern, daß es nicht mehr notwendig sein wird, Heimat, Familie und den eigenen Kulturraum zu verlassen und sich in einer fremden Nation eingliedern zu müssen. Der Mensch sollte nicht zur Maschine gebracht werden, sondern die Maschine zum Menschen... Dem Gastland muß das Recht eingeräumt werden, den weiteren Zuzug von Gastarbeitern zu stoppen oder nur zeitlich befristete Arbeitsverträge auszustellen, wenn eigene Arbeitsplätze oder die wirt-

schaftliche Existenz gefährdet werden. Lediglich das Nachholen von Familienangehörigen ist grundsätzlich zu gewähren...“

Die CHRISTLICHE LIGA setzt sich für eine Stärkung der Infrastrukturen der Gastarbeiterländer ein, um die Notwendigkeit der ausländischen Arbeitsnahme auf ein Minimum zu verringern. Sie verweigert jedoch jenen Ländern solche Hilfen, welche die gewährten Mittel zweckentfremdet einsetzen, sich nicht auf dem Boden der internationalen Menschenrechtsvereinbarungen bewegen oder die Existenz der Bundesrepublik Deutschland bedrohen.“

(Programm der „Christlichen Liga“)

„Bevölkerungswanderungen sind immer problematisch. Sie gehen einher mit der Zerstörung traditioneller Kulturen und des Sozialgefüges in

den Heimatländern... Aufgabe einer ökologischen Politik muß es daher sein, den Menschen in ihrer eigenen Kultur und Heimat einen sinnvollen Lebensplatz zu ermöglichen, um zu vermeiden, daß fremde Länder aufgesucht werden müssen... Die Bundesrepublik Deutschland gehört zu den am dichtesten besiedelten Ländern der Erde und kann aus diesem Grunde mit Sicherheit kein Einwanderungsland sein. Störung des ökologischen Gleichgewichts und die Zerstörung natürlicher Lebensräume gehen mit der Bevölkerungsdichte Hand in Hand...“ Eine „Förderung des freiwilligen Rückkehrprozesses (erscheint) sinnvoll. Finanzielle Anreize... sollten insbesondere der Existenzgründung im Heimatland dienen...“ (ÖDP, „Ökologisches Gleichgewicht und Bevölkerungsdichte“)



Demonstration am 12.3. in Villingen-Schwenningen gegen die Kandidatur der NPD, 200 Teilnehmer. Ausgerufen hatte das Antifaschistische Bündnis (SMV, GRÜNE, Volksfront, DKP, VVN). – Rechts: Broschüre und Plakat der Volksfront zur Kritik an den rechten und faschistischen Organisationen.

Faschismus führt zu KZ und Krieg Rassismus endet mit Völkermord



Verbot und Auflösung aller
faschistischen Organisationen nach den
Kontrollratsgesetzen (Art. 139 GG)!
Keine Wahlzulassung von Faschisten!

Volksfront gegen Reaktion, Faschismus und Krieg
Landesverband Baden-Württemberg

ten Volksgemeinschaft ist an sich jeder lebende Mensch: „Die große Mehrheit begreift noch nicht einmal, daß jeder lebende Mensch selbst ein Schädiger der Umwelt ist.“ Der Mensch als Feind der Natur und der gottgewollten Ordnung kristallisiert sich in verschiedenen Kategorien heraus: der Familienfeind, die abtreibende Frau, der Staatsfeind, der Tiervernutzer, der Sozialleistungsempfänger, der „aus der Pflichten- und Risikogemeinschaft aussteigt“, letztlich der Lohnabhängige: „Je höher die Produktivität eines Arbeiters auf einem nach neuesten Gesichtspunkten rationalisierten Arbeitsplatz ist, desto mehr Energie und Rohstoffe benötigt er; das heißt auch, desto mehr unwiederbringliche Bodenschätze dieser Erde vernichtet er.“ Daher Verzicht: Verkürzung der Arbeitszeit ohne vollen Lohnausgleich, mehr Teilzeitarbeit und Job sharing, Herabsetzung des Rentenalters bei „entsprechendem Abschlag“. Die Lohnsteuer soll allmählich abgeschafft werden, um die Arbeitskraft zu verbilligen.

Die Antwort der ÖDP auf die hartnäckigen Kämpfe gegen Flexibilisierung, Intensivierung der Arbeit und Lohnsenkungen lautet: „... die großtechnisch organisierte und rationalisierte Arbeit des heutigen Menschen vernichtet das Leben aller übrigen Arten, ohne die der Mensch selbst nicht leben kann.“ Die ÖDP will arbeitsintensive Arbeitsplätze nach Art der Recycling-Firmen, mit niedrigen Löhnen und schweren, die Arbeitskraft frühzeitig ruinierenden Arbeitsbedingungen.

Die „Christliche Liga“ meint, der eigentliche Wert der Arbeit bestehe nicht darin, „was sie produziert, sondern ist vielmehr in der Tatsache zu sehen, daß der Mensch es ist, der arbeitet“. Arbeit sei von Gott gegeben

und „stehe im Dienste Gottes. Daraus ergibt sich nicht nur das Recht auf Arbeit, sondern vor allem auch die Pflicht zu arbeiten“. Die Einsicht darin mindere „soziale Spannungen“ zwischen Arbeitern und Kapitalisten, die daher z.B. über „Begegnungsstätten“ zu einem partnerschaftlichen Verhältnis im Sinne des Schöpfungsauftrags kommen müßten, d.h. zur Betriebsgemeinschaft. Kapital und Arbeit seien „in sich verflochten“, „ergänzen sich gegenseitig“, da Kapital ausschließlich auf Sachwerten beruhe und Ergebnis des arbeitenden Menschen sei. Arbeit sei Tätigsein des Menschen, menschliche Leistung für den Schöpfungsauftrag, daher keine Ware. Ihr Wert könne daher „rein materiell nie angemessen entgolten werden“. Der Lohn müsse so bemessen sein, daß die Familie erhalten werden könne und Eigentumsbildung möglich werde, durch Gewinnbeteiligung, Arbeitnehmeraktien u.ä. Lohnsenkungen ist mit

dieser Position Tür und Tor geöffnet.

Da Arbeit „Tätigsein des Menschen“ bedeute, müsse mit dem falschen Gegensatz von Arbeit und Freizeit aufgeräumt werden. „Arbeit und Freizeit dürfen nicht krasser Gegensatz sein, sondern fließender Übergang und sinnvolles Ineinanderwirken“. Nicht immer weniger Arbeit und mehr Freizeit bei gleichbleibendem Lohn sondern „freiheitliche Gestaltung“ der Arbeitszeit: Sinnfindung durch Flexibilisierung, Teilzeit usw. Und: „Freizeit kann sehr wohl sinnvoll arbeitend gestaltet werden.“ Nacht- und Überstundenarbeit erscheinen hier als Steigerung des „Selbstwertes“ des Menschen.

Quellenhinweis: ÖDP, Grundsatzprogramm; Gruhl, „Zehn weitere Jahre „Plünderung des Planeten““ und „Umwelt: Wie lange leben wir noch?“; „Christliche Liga“, „Dem Leben dienen“, Parteiprogramm. – (ulb)

Die Republikaner: Bindeglied zwischen Konservatismus und Faschismus

Die Republikaner reagierten im Wahlkampf zum baden-württembergischen Landtag äußerst gereizt, wenn sie öffentlich im Zusammenhang mit Faschismus und faschistischen Zielen genannt wurden. U.a. kündigten sie Strafanzeige gegen Ludwig Kemeth, den Redner der IG Metall auf der Demonstration gegen Neofaschismus am 30.1. in Stuttgart, an, weil dieser sie als Naziorganisation bezeichnet hatte; aus gleichem Grund klagten die REP gegen einen Leserbriefschreiber in der Badischen Zeitung. Gleichzeitig fürchten sich die REP vor einer öffentlichen Kritik auf ihren Wahlveranstaltungen, weshalb sie in mehreren

Städten im Zusammenwirken mit der Polizei, geltendes Versammlungsrecht brechend, Kritikern den Einlaß verweigerten. Im folgenden soll an einigen programmatischen Aussagen gezeigt werden, wie die Republikaner Vorstellungen der Reaktion aufnehmen, radikalisieren, zur faschistischen Positionsbildung gelangen und sich dabei, wie die Affinität zum Konzept der Versöhnungsgesellschaft zeigt, auf faschisierende Strömungen im konservativen Lager stützen können.

Volksgemeinschaft der Leistungswilligen

Als Ziel ihrer Wirtschaftspolitik defi-

Deutschland und Europa

„Hat es nicht ein großes, geschlossenes Gebiet als Substrat der deutschen Geschichte gegeben, den Raum Mitteleuropa, der seit einem Jahrtausend zum Volk der Deutschen gehört? Existiert das Land nicht mehr, das den Namen ‚Deutschland‘ getragen hat? ... Unsere Einheit als Volk ist die Garantie, daß es uns gelingt, über kurz oder lang auch unsere politische Einheit zu verwirklichen, Deutschland zu restituieren ... Deutschland läßt sich nicht besser vernichten als durch die Zerstörung der Selbstachtung, die Ausschwemmungen seiner Normen, die Entwertung unserer Geschichte. Ein Volk, das mit sich selbst zerfallen ist, das seine Spiegel verhängt, gibt seine Zukunft auf ... Wer mit sich selbst zerfallen, wer in sich gespalten ist, besitzt keine Identität. Als Volk sind die Deutschen heute vielfach gespalten. Das können wir vorerst noch nicht ändern. Aber wir beschleunigen diesen krankhaften Prozeß, wenn wir ihn als unabänderlich ansehen, ihn womöglich deshalb für normal halten, weil er schon Jahrzehnte dauert und für Millionen Jüngere ein Teil ihrer gelebten Wirklichkeit ist.“ (Prof. Hellmut Diwald in: Der Republikaner, 12/1986)

„Die EG muß die dritte Macht zwischen den bestehenden Blöcken werden – mit ausgleichender und friedensstabilisierender Funktion. Deutschland wird in diesem Rah-

men die Aufgabe zufallen, Nahtstelle und Bindeglied zugleich zum Osten zu sein, politisch und kulturell. Es ist die Alte Welt, die zu ihrer Erneuerung aufgerufen ist ... Es sind das Abendland und das Reich, die einstmalige geistige Einheit waren, die als europäische Gemeinschaft demokratisch verfaßter Völker auferstehen müssen.“ (Ferdinand Yorck in: Der Republikaner, Nr. 2/1987)

„Aber noch etwas anderes lehrt geschichtlicher Vergleich, nämlich, daß keine Nation der Welt gewaltsame Veränderungen ihrer nationalen Einheit so ergeben und selbstzerstörerisch hingenommen hat, ja sogar verteidigt, wie die deutsche ... Wer außer uns Deutschen selbst hätte das Recht und die Pflicht, gebieterisch – und unbequem – die schnelle Beendigung der wahrhaft ahistorischen deutschen Teilung zu verlangen. Ist unseren pflichtvergessenen Politikern wirklich nicht klar, daß nur der so viel verschmähte ‚deutsche Sonderweg‘ Erfolge haben kann?“ (Prof. Dietrich Hofmann, in: Der Republikaner Nr. 10/1987)

„Allein der theoretische Gedanke, daß eine Nationalhymne (!) verbotene Strophen haben könnte, ist so abseitig, daß er nur im bundesdeutschen Absurdistan mit seinem allgegenwärtigen NS-Trauma entstehen konnte ... Der strafrechtliche Schutz des Deutschlandliedes vor Verunglimpfung scheint in der Bundesrepublik nicht mehr ausreichend gewährleistet zu sein.“ (zit. a. Der Republikaner Nr. 2/1988)

nieren die Republikaner in ihrem jüngsten Grundsatzprogramm in Kapitel 6: „Förderung eines Wirtschafts- und Steuersystems, das im Rahmen einer freien und sozialverpflichteten Marktwirtschaft auf die Bildung von Privatinitiative und -eigentum ausgerichtet ist und das den Wettbewerb der Leistungswilligen aller Arbeits- und Lebensbereiche zum Wohle der Gemeinschaft begünstigt ... Durch Förderung der Bildung von Privateigentum und dessen Schutz soll der persönliche Freiheitsraum, der seine Grenzen im Gemeinwohl hat, möglichst groß gehalten werden.“

Viele werden sagen, solches könnte man auch in jeder angebotsorientierten Wirtschaftstheorie finden wie z.B. Milton Friedmans 1971 erschienener Schrift „Kapitalismus und Freiheit“, in der er ausführt, daß „Bürgerfreiheit“ nur durch die Zerstörung des Zusammenschlusses der Lohnabhängigen gegenüber den Kapitalisten zu erreichen sei: „Ein äußerst schwieriges und für diesen Sektor spezifisches Problem bilden die Zusammenschlüsse der Arbeiter ... Die Freiheit, sich zusammenzuschließen und die Frei-

heit, miteinander zu konkurrieren, erweisen sich hier als besonders akutes Problem.“

Hauptzweck der Wirtschaftspolitik der Republikaner ist das Gedeihen des kapitalistischen Privateigentums, weshalb sie – wie die Kapitalistenverbände seit langem – Investitionsanreize für Betriebsstätten, die Auflösung des kollektiven Tarifvertragssystems und die Einführung der „Freiheit im Tarifvertragsrecht für individuelle Lohn- und Arbeitszeitvereinbarungen“ fordern. Zur Sicherung der „Wettbewerbsfähigkeit auf dem Weltmarkt“ wird ergänzend verlangt, Arbeitszeitverkürzungen zu verweigern, den Kündigungsschutz zu lockern und Versicherungsleistungen abzubauen.

Um diese wirtschaftspolitischen Ziele durchzusetzen, wollen die Republikaner die Gewerkschaften als kollektive Vertretung von Lohnabhängigeninteressen beseitigen und verfolgen bei deren Unterordnung unter Kapitalinteressen ein Konzept mit „Gewerkschaften, welche in parteipolitisch-Neutralität ihre Tätigkeit auf das Wohl der Arbeitenden und das Gedeihen

ihrer Arbeitsstätten beschränken und den Preis der Arbeit im Sinne des gesamten volkswirtschaftlichen Vorteils behandeln.“

Hier wird der in reichs- und westdeutschen Konzernwerkszeitschriften seit hundert Jahren kontinuierlich propagierte Gedanke der betrieblichen Höchstleistungs- und Schicksalsgemeinschaft, die gegen Weltmarktkonkurrenz Siege erringt, bei denen ab und an auch Brocken für die Leistungswilligen abfallen können, in den gesellschaftlichen (außerbetrieblichen) Raum übertragen und den Gewerkschaften als ausschließlicher Daseinszweck staatlicherseits aufgeherrscht. Was geschehen soll, wenn sich die heute im DGB zusammengeschlossenen Gewerkschaften dieser Vorstellung nicht beugen, wird im REP-Programm noch nicht beantwortet.

Berührungspunkte mit dem u.a. von Späth propagierten Konzept der „Versöhnungsgesellschaft“, das gegen die „Bürgerfreiheit“ gerichtete Gruppeninteressen ausschließt, sind nicht zu verkennen. Sie finden sich im REP-Programm als Staatsmaßnahmen, „welche das Ausufern von Einzel- und Gruppeninteressen verhindern“ sollen durch „Reform zu einer Sozialordnung, in welcher an Stelle überholter Klassenkampfpraktiken alle Arbeitenden, Arbeitssuchenden und Ruheständler in sozialem Frieden im durch eigene Leistung erworbenen Wohlstand sich entwickeln“, „in der wir (die REP, d. Verf.) für eine Änderung des Bewußtseins Sorge tragen, damit das Gefühl der Zusammengehörigkeit und Leistungsgemeinschaft aller Arbeitenden hergestellt“ wird. In der anvisierten *Volksgemeinschaft der Leistungswilligen* schadet z.B. der Streik für bessere Arbeitsbedingungen und Löhne dem „gesamtwirtschaftlichen Vorteil“, der Konkurrenzposition des Kapitals, stellt eine Klassenkampfpraktik gegen den sozialen Frieden dar und ist somit zu unterbinden. Die REP wollen darüber hinaus die „Verhinderung des Mißbrauchs sozialer Leistungen“, und die „Verweigerung asozialer Ansprüche auf Kosten der Leistungswilligen“, was im bisherigen Kontext die Streichung bestehender sozialversicherungsrechtlicher Ansprüche für Millionen vom Kapitalverwertungsprozeß Ausgestoßener bzw. Unbrauchbarer – Kranke, Frühinvaliden, ältere Menschen, Arbeitslose, v.a. Jugendliche – bedeutete.

Die ausländische Arbeitskraft soll völlig entrechtet, ausgepowert und je nach Konjunktur ohne Federlesens, jeglichen Versicherungsschutzes entkleidet, ausgewiesen werden: „Ausländer sind Gäste. Dieses schließt, wie in der Schweiz, unbefristete Arbeitsverträge und Konzessionsvergaben, Daueraufenthalt, Familienzusammenführung und Sozialleistungsansprüche aus.“ (Programm, S. 9) – (zem)

Radikalisierung im bürgerlichen Lager

Die Kommentare der bürgerlichen Medien zum Abschneiden der rechten Parteien schwankten zwischen Verharmlosung und einer Aufforderung an die CDU, ihre Programmatik und Politik noch weiter nach rechts zu verschieben, um das rechtsradikale Wählerpotential erneut einzubinden.

Harmlos? Tatsächlich kann nicht davon ausgegangen werden, daß nun die Spitze der Wahlergebnisse „am rechten Rand“ erreicht sei.

Die NPD hat seit den Bundestagswahlen 1983 ihre Stimmzahlen von Wahl zu Wahl fast verdoppeln können (Bundestag 83: 18306, Europawahl 84: 25555, Bundestag 87: 47412, Landtag 88: 101815). Die Vermutung, daß durch die gleichzeitige Kandidatur verschiedener rechtsradikaler Parteien eine Zersplitterung eintreffe, ist eindeutig widerlegt. Zutreffend gelangt die Forschungsgruppe Wahlen zu der Einschätzung:

„Durch die Vielfalt des Angebots an Parteien bei dieser Landtagswahl im rechten Spektrum war eine maximale Ausschöpfung des Protestpotentials möglich geworden. Welche der Splitterparteien dann jeweils am meisten profitierte, hat seine Gründe mehr in lokalen Gegebenheiten denn in systematischer Bedingtheit.“ (1)

Zusammengenommen haben die Rechtsradikalen über 200000 Stimmen erreicht, bzw. 4,8%. Dabei ist zu berücksichtigen, daß die Republikaner nur in 49, die „Patrioten“ nur in 34 von 70 Wahlkreisen Bewerber aufgestellt hatten. Von einem zur Zeit bestehenden rechtsradikalen Wählerpotential von über 5% ist daher auszugehen. Das jetzige Ergebnis führt zu massiven Zahlungen an NPD und ÖDP über Wahlkampfkostenerstattung und wird von ihnen als großer Erfolg bezeichnet. Auf die Kommunen berechnet wären nach diesem Wahlergebnis in den meisten Gemeinderäten rechtsradikale Bewerber vertreten, teilweise in Fraktionsstärke. Bei den Europawahlen besteht die Gefahr, daß diese Parteien erneut zulegen können und wegen der geringeren Wahlbeteiligung noch höhere Prozentzahlen erreichen.

Weitere von Bürgerlichen genannte Gründe für das Abschneiden der Rechtsradikalen sind ein angeblicher Linksruck der CDU und unbewältigte Strukturprobleme im ländlichen Raum. Wir behaupten das Gegenteil. Daß die großen Oppositionsparteien SPD und Grüne praktisch kein Konzept zur Kritik der CDU-Politik haben, führt zu einer ungehinderten Ausbreitung konservativer und kleinkal-faschistischer Ideologie und zu einer subjektiven und objektiven Festigung und Radikalisierung des bür-

gerlichen Lagers. Stimmenverluste der CDU und FDP an rechtsradikale Parteien sind keineswegs Ausdruck einer ungerichteten Protesthaltung, sondern stark geprägt von Willenserklärungen eines harten Kerns vermöglicher und herrschender Leute, daß der Staatsapparat weiter zu entfesseln sei.

Wir führen folgende Tatsachen zur Belegung unserer Behauptung an:

1. Bei einer Umfrage der Forschungsgruppe Wahlen kurz vor der Wahl wurde nach der Einschätzung der Spitzenkandidaten gefragt. Auf die Frage, wen die Befragten am liebsten als Ministerpräsidenten hätten, wollten von den SPD-Wählern nur 36,6% Spöri, aber 39,9% Späth, bei den Grünen-Wählern sind 27,6% für Späth, 23,1% für Spöri und nur 12,8% für andere Kandidaten! 1984 sah das Ergebnis der gleichen Befragung ganz anders aus. Damals wollten von den SPD-Wählern 41,9% den damaligen SPD-Kandidaten Lang als Ministerpräsidenten aber „nur“ 21,5% Späth. Bei den Grünen waren ganze 5,6% für Späth als Ministerpräsident, 15,42 für Lang und 41,3% für sonstige Kandidaten. Es ist der CDU also in vier Jahren gelungen, insbesondere im grünen Wählerpotential eine völlige Kehrtwendung der Einstellung zur CDU-Landesregierung zu erreichen. Viele Wähler der Grünen und der SPD gehen heute offenbar davon aus, daß mit einer CDU-Landesregierung ganz gut zu leben wäre. Entsprechend „fair“ war auch der Wahlkampf.

2. Hohe Stimmenergebnisse für rechtsradikale Parteien gab es besonders dort, wo die Opposition schwach ist, während namentlich in den Städten mit hohem Arbeiteranteil die relativ gesehen niedrigen Ergebnisse zu finden sind. Die Ergebnisse der repräsentativen Wählerstichprobe liegen noch nicht vor, einige Hinweise gibt es jedoch. Eine Wahlanalyse des BWK-Freiburg (2) führt aus, daß z.B. die ÖDP in Gebieten mit hohem Anteil an leitenden Angestellten und Beamten 4,1% erzielt, während sie in Arbeitervierteln gerade auf 2,1% kommt. Es gibt weiterhin einen eindeutigen Zusammenhang zwischen extrem hohem Katholikenanteil und hohen Ergebnissen für die ÖDP, deren Programmatik sich zwanglos aus einem Blut-und-Boden-Katholizismus fundamentalen Prägung heraus entwickelt. Die Freiburger Ergebnisse lassen auch die Vermutung zu, daß die Grünen Stimmen an die ÖDP abgeben mußten. Zu bemerken ist, daß ÖDP und die lokal angetretene „Christliche Liga“ ihren Wahlkampf schwerpunktmäßig gegen die Abtreibung und für den „Schutz des unbereinigten Lebens“ führten.

3. Es kann nicht oft genug betont werden, daß die Versagung des Wahlrechts an Menschen ausländischer Nationalität bekämpft und durchbrochen werden muß. In einer Stadt wie Mannheim mit hohem Ausländer- und Arbeiteranteil erringen Rechtsradikale, CDU und FDP zusammen ca. 49% bei einer Wahlbeteiligung von 65%. Das bedeutet, daß nur etwas über ein Viertel der Wohnbevölkerung im wahlberechtigten Alter diese Parteien gewählt haben. Die niedrige Wahlbeteiligung scheint ein Ausdruck dafür zu sein, daß es viele gibt, die in den angetretenen Parteien keine Interessenvertretung sehen. Ob es der SPD hilft, aus dem „30%-Ghetto“ herauszukommen, wenn Spöri jetzt versucht, proletarische Kräfte in der SPD programmatisch und personell auszuscheiden, kann bezweifelt werden.

Die DKP, die 2200 Stimmen verlor (jetzt 11421), und nur in einigen Städten hinzugewinnen konnte, schreibt zum Wahlausgang:

„Das Wahlergebnis zeigt, daß alle demokratischen und antifaschistischen Kräfte noch enger zusammenarbeiten müssen, um breite Bündnisse zu schaffen, wie dies im Wahlkampf teilweise geschah, um den neofaschistischen Kräften den Weg zu verlegen. Der DKP fordert, daß die neofaschistischen Parteien jetzt keine Steuergelder in Form von Wahlkampfgeldern erhalten.“ (3). Gut gesagt – aber wie ist es zu erreichen?

Die Fortsetzung und Verstärkung der Aktionen gegen die Zulassung faschistischer Parteien und für deren Verbot sind notwendig. Der CDU ist es gelungen, durch Zersetzung der politischen Opposition ein politisches Klima zu schaffen, in dem Faschisten gedeihen. In Kritik der CDU-Politik und der mit ihr eng verbundenen konservativ-faschistischen Sammlungsbeziehung ist eine inhaltliche Stärkung der politischen Opposition erforderlich. Darüber hinaus müßte Schluß sein mit der Aufweichung von Standpunkten, die noch Interessen von arbeitenden Menschen anmelden. Auch der DKP-Slogan „Arbeitsplätze statt Raketen“ kann nicht greifen, wenn es vor allem um die Bedingungen der Arbeitsverhältnisse und gegen eine Kriegspolitik geht, die mit dem Abzug der Raketen nicht erledigt ist.

Um eine enge Kooperation der Linken im ideologischen und politischen Kampf muß gerungen werden, sie ist nötig zum Aufbau einer antifaschistischen Widerstandsfront. Man kann wohl sagen, daß eine antifaschistische Bündniskandidatur überfällig ist. – (rih, tob)

Quellen: (1) „Wahl in Baden-Württemberg“, Hrsg: „Forschungsgruppe Wahlen“ (Heft Nr. 51), Mannheim, Postfach 101121. (2) Lokalberichte des Bezirks Freiburg Nr. 7/88. (3) UZ vom 22.3.1988.



Streit um Steuerreform

Der „Richtungsstreit“ zwischen und in den Regierungsparteien CDU, CSU und FDP ist nicht zufällig rund um die Steuerreform entstanden. Der Plan, die massive Steuerentlastung von Kapital und großen Vermögen in der Propaganda als großartige Spenderleistung Stoltenbergs an fast jedermann erscheinen zu lassen, ist vorerst

gescheitert. Die öffentliche Meinung ist sich einig, daß die Steuerreform eine Umverteilung zum großen Besitz hin ist. Die Union steckt daher in einem Konzeptionsproblem, denn Staatsausgaben, um mit dem Hauch von sozial getönter Christlichkeit Wähler zu fangen, das verbieten die Anforderungen der kapitalistischen Wirtschaft nach allgemeiner Senkung des Werts der Arbeitskraft.

Naher Osten: imperialistische Strategien zur Befriedung

Das palästinensische Volk setzt seinen Aufstand fort. Die Nahost-Reisen des US-Außenministers Shultz dienen u.a. dazu, die Entschlossenheit der USA zu bekunden, den militärischen Brückenkopf Israel zu sichern. Währenddessen verstärken die Imperialisten ihren wirtschaftlichen, politischen und militärischen Druck auf die arabischen Staaten, um die palästinensische und antiimperialistische Revolution zu isolieren. So schloß z.B. die EG erst jüngst ein wichtiges Wirtschaftsabkommen mit den Staaten des Golf-Kooperationsrats. Die BRD will über die Kreditvergabe an Syrien Einfluß gewinnen. Welche Pläne der Imperialisten im Nahen Osten zeichnen sich ab?



Kampf gegen Privatisierung

Die gesamte Belegschaft des Waschhauses im Allgemeinen Krankenhaus Barmbek und viele Kollegen aus den anderen Hamburger Krankenhauswäschereien „besuchten“ am 2.2.88 während der Arbeitszeit den Senat vor dem Rathaus, um eine Privatisierung der Wäschereien zu verhindern. In

Hamburg waschen die Kollegen in den Waschküchen mit veralteten Maschinen und nach Einführung des Schichtdienstes um 1 bis 2 Pfennige pro Kilo billiger als die privaten Anbieter. Sie klotzen gewaltig rein, weil sie hoffen, so ihre Arbeitsplätze sichern zu können. Die Waschqualität ist auch wesentlich besser als bei den privaten Wäschereien. Ein Waschaushausarbeiter berichtet.

Ausländergesetznovelle in Vorbereitung

Breit aufgefächert tritt die Koalition zur Neufassung der Ausländergesetze an: Hatte vor Wochen die CDA ihre Thesen verabschiedet, so folgte vor Tagen die FDP. Währenddessen verhandeln Zimmermann (CSU) und Engelhardt (FDP) bereits über einen gemeinsamen Entwurf, der bis Sommer in die Gesetzgebung gebracht werden soll und von dem eine Rohfassung schon vorliegt. Vor allem die ausländischen Lohnabhängigen aus Ländern außerhalb der EG sollen weiter entrechtet werden, außerdem Gesetzesbrecher, Sozialhilfeempfänger usw. Unter der Losung „Abbau der Behördenwillkür“ soll das Ausnahmerecht gegen ausländische Lohnabhängige ausgeweitet werden.



Politische Berichte

Zeitschrift des Bundes Westdeutscher Kommunisten – erscheint vierzehntäglich, Preis 2,50 DM

Nachrichtenheft Chemie und übrige Industrien, erscheint vierzehntäglich, Preis 0,50 DM

Herausgeber

Bundesvorstand des Bundes Westdeutscher Kommunisten (BWK)

5 Köln 1, Zulpicher Straße 7, Postfach 260 226
Tel.: 0221/21 64 42

Sie erscheinen im Verlag GNN Verlagsgesellschaft Politische Berichte m.b.H.

5 Köln 1, Zulpicher Straße 7, Postfach 260 226
Tel.: 0221/21 16 58

Im Verlag GNN erscheint vierzehntäglich:

Arbeitsgemeinschaft Stahl- und Metallindustrie – Nachrichten Stahl- und Metallindustrie. 1,20 DM

Mitteilungen der Arbeitsgemeinschaft Medien in der Volksfront 0,50 DM

Arbeitsgemeinschaft Beschäftigte im Dienstleistungsgewerbe – Berichte aus dem Dienstleistungsgewerbe. 0,80 DM

Arbeitsgemeinschaft gegen reaktionäre Gesundheitspolitik – Informationsdienst Gesundheitspolitik. 1,20 DM

Arbeitsgemeinschaft Jugend, Militär, Gefängnisse – Nachrichten Jugend, Militär, Gefängnisse. 1,20 DM

Arbeitsgemeinschaft für Revolutionäre Hochschulpolitik – Nachrichten, Analysen, Protokolle. 1,20 DM
Arbeitsgemeinschaft für Kommunalpolitik – Nachrichten, Analysen, Mitteilungen. 1,20 DM

Bezugsbedingungen: Ein Halbjahresabonnement Politische Berichte kostet 45,50 DM, ein Jahresabonnement Politische Berichte 91,- DM. Preise für Nachrichtenhefte bzw. Politische Berichte und Nachrichtenhefte entsprechend, also Einzelpreise plus 1,- DM Portopauschale mal Anzahl der Lieferungen.

Bestellungen sind zu richten an:

GNN Verlagsgesellschaft
Politische Berichte m.b.H.
5000 Köln 1, Zulpicher Straße 7, Postfach 260 226

GNN Verlag Schleswig-Holstein/Hamburg
Güntherstr. 6a, 2000 Hamburg 76

GNN Verlagsgesellschaft Westberlin
Czeminskistr. 5, 1000 Westberlin 62

GNN Verlag Niedersachsen/Bremen
Große Düwelstr. 55, 3000 Hannover 1

BWK Nordrhein-Westfalen
Zulpicher Straße 7, 5000 Köln 1

GNN Verlag Hessen
Postfach 11 08 22, 6000 Frankfurt 1

GNN Verlagsgesellschaft Baden-Württemberg
Waldparkstr. 9, 6800 Mannheim 1

GNN Verlagsgesellschaft Bayern
Lerchenauer Str. 18a, 8000 München 40

Herausgeber für die Bundesdelegiertenkonferenz des Bundes Westdeutscher Kommunisten: Christoph Comides, Jörg Detjen, Martin Fochler, Christiane Schneider; 5000 Köln 1, Zulpicher Straße 7, Telefon 0221/21 64 42

GNN Gesellschaft für Nachrichtenerfassung und Nachrichtenverbreitung, 5000 Köln 1, Zulpicher Straße 7, Postfach 260 226, Telefon 0221/21 16 58 Konten: Postgiroamt Köln, BLZ 370 100 50, Kto. Nr. 104 19-507 und Bank für Gemeinwirtschaft, BLZ 370 101 11, Kto. Nr. 11 44 39 36 00 Verantwortliche Redakteure: für Aktuelles aus Politik und Wirtschaft: Rüdiger Lötzer, für Auslandsberichterstattung: Siegmund Elgehausen, für Aus Verbänden und Parteien: Ulrike Detjen, für Reportagen und Berichte regional: Gunter Baumann; für Aus Kultur und Wissenschaft: Diskussionsbeiträge: Angela Lux; für Sozialstatistik, Spezialberichte: Alfred Küster. Druck: Graphischer Betrieb Henke, Rollenoffset, Köln – Beilagenhinweis: Einem Teil der Auflage liegen Nachrichtenhefte bei. Vierteljährlich: Gemeinsame Beilage zu den Publikationen von AAU, BWK, FAU-R, KG (NHT), PA, VSP